

46. Sitzung

am Dienstag, dem 21. Februar 2023

Inhalt

Fragestunde

**Anfrage 1: Hilferuf wegen fehlender
Gewerbeflächen für Start-ups**

Anfrage der Abgeordneten Carsten
Meyer-Heder, Susanne Grobien, Heiko
Strohmann und Fraktion der CDU
vom 18. Januar 2023 2623

**Anfrage 2: Verkehrswende nicht in
Sicht**

Anfrage der Abgeordneten Hartmut
Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion
der CDU
vom 18. Januar 2023 2625

**Anfrage 3: Leistungsfähigkeit und
Zukunftsperspektive des Bremer
Flughafens**

Anfrage der Abgeordneten Dr.
Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen
und Fraktion der FDP
vom 18. Januar 2023 2626

**Anfrage 4: Bremen-Pass und
StadtTicket auch für
Wohngeldempfänger:innen erhältlich
machen**

Anfrage der Abgeordneten Sofia
Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 19. Januar 2023 2628

**Anfrage 5: Radpremiumrouten in
Bremen**

Anfrage der Abgeordneten Thore
Schäck, Lencke Wischhusen und
Fraktion der FDP
vom 19. Januar 2023 2630

**Anfrage 6: Schulsozialarbeit bald an
allen weiterführenden Schulen?**

Anfrage der Abgeordneten Yvonne
Averwenser, Heiko Strohmann und
Fraktion der CDU
vom 24. Januar 20232633

**Anfrage 7: Abordnung von
Lehrkräften an außerschulische
Einrichtungen**

Anfrage der Abgeordneten Yvonne
Averwenser, Heiko Strohmann und
Fraktion der CDU
vom 24. Januar 20232633

**Anfrage 8: Wie ist der aktuelle Stand
der Umsetzung des Konzepts zur
Erhöhung der Quote der sicheren
Schwimmerinnen und Schwimmer?**

Anfrage der Abgeordneten Mustafa
Öztürk, Christopher Hupe, Björn
Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
vom 25. Januar 20232634

**Anfrage 9: Verwirrung um die
Entwicklung des Parkhauses Mitte**

Anfrage des Abgeordneten Heiko
Strohmann und Fraktion der CDU
vom 14. Februar 20232636

*Die schriftlich beantwortete Anfrage der
Fragestunde finden Sie im Anhang.*

Aktuelle Stunde

**Konsequenter Mieter:innenschutz vor
unvertretbaren Wohnverhältnissen2637**

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner
(SPD).....2637

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU)2639

Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	2640	Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 35 vom 17. Februar 2023 (Drucksache 20/849 S).....	2672
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE).....	2642	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 133 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) („Blumenstraße“) für eine Bebauung westlich der Blumenstraße zwischen Ostertorsteinweg, Bauernstraße und Beim Steinernen Kreuz in Bremen-Mitte Mitteilung des Senats vom 21. Februar 2023 (Drucksache 20/850 S).....	2673
Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen).....	2645	Drei Jahre wieder nichts passiert: Wie geht es weiter mit der Innenstadtentwicklung? Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 14. Juni 2022 (Drucksache 20/712 S)	
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD).....	2647	Dazu	
Senator Ulrich Mäurer	2648	Mitteilung des Senats vom 30. August 2022 (Drucksache 20/754 S)	
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	2650	Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU).....	2673
Eine halbe Milliarde Euro sind weg, und die GeNo steht wieder am Rande des Abgrunds – Senat ohne langfristige Lösung für kommunale Kliniken	2651	Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD)	2675
Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU)	2651	Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE).....	2678
Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)	2654	Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen)	2680
Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen).....	2655	Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	2683
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	2658	Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)	2685
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE).....	2660	Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU).....	2686
Senatorin Claudia Bernhard.....	2664	Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE).....	2687
Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU)	2666	Abgeordneter Volker Stahmann (SPD)	2688
Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)	2668	Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU).....	2689
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE).....	2669	Staatsrätin Gabriele Nießen.....	2689
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	2670	Anhang zum Plenarprotokoll	
Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen).....	2671	Schriftlich vom Senat beantwortete Anfrage aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 21. Februar 2023	2693
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	2671		
Wahlausschüsse für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen sowie JugendSchöffinnen und JugendSchöffen für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028 Mitteilung des Senats vom 17. Januar 2023 (Drucksache 20/832 S).....	2672		
14. Ortsgesetz zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen Unter den Linden, Lesumer Heerstraße, Birkenhof, Neue Konsulnstraße, Bundesautobahn A 270 und Waldwinkel Mitteilung des Senats vom 24. Januar 2023 (Drucksache 20/839 S).....	2672		

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Peter Beck, Birgit Bergmann, Michael Keller, Frank Magnitz, Carsten Meyer-Heder und Kai-Lena Wargalla.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 46. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer:innen und Vertreter:innen der Medien.

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an Tagesordnungspunkt 2 die Tagesordnungspunkte 5, 12, 13 und 16 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich dabei um die Tagesordnungspunkte 19 und 20.

Nachträglich wurde zudem interfraktionell vereinbart, den Tagesordnungspunkt 4 für diese Sitzung auszusetzen.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Klaus-Rainer Rupp zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen! Alles Gute aus diesem Haus!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zehn frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Hilferuf wegen fehlender Gewerbeflächen für Start-ups

Anfrage der Abgeordneten Carsten Meyer-Heider, Susanne Grobien, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 18. Januar 2023

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Susanne Grobien (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den öffentlichen Hilferuf des Vereins NaGeB – Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft Bremen, NaGeB – vom 20. Dezember 2022, in dem dieser wegen der mangelnden Verfügbarkeit von Erweiterungsflächen für zwei am Standort ansässige Start-ups der Nahrungs- und Genussmittelbranche sein Netzwerk um Hilfe bittet, um Flächen zur Untervermietung zu finden?

2. Wann und mit welchem Ergebnis hat sich die WFB mit dem NaGeB und den beiden betroffenen Unternehmen in Verbindung gesetzt, um ihnen geeignete Gewerbeflächen in der Stadtgemeinde Bremen anzubieten, beziehungsweise warum geschah dies nicht?

3. Welche Schlussfolgerungen zieht der Senat aus diesem Sachverhalt sowie dem Umstand, dass der NaGeB die Einstellung der Werbung für den Standort Bremen erwägt, für seine Wirtschafts- und Gewerbeflächenpolitik, insbesondere sein Gewerbeentwicklungsprogramm 2030?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Sven Wiebe.

Staatsrat Sven Wiebe: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat begrüßt, dass der NaGeB junge Gründer:innen durch sein Netzwerk unterstützt. Dies geschieht insbesondere im Rahmen des Projektes „Entwicklung der Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft im Land Bremen 2023“, das von der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa

gefördert wird. Ein wesentliches Ziel dieses Projektes ist die Unterstützung bei der Entwicklung und Ansiedlung von Start-ups in Kooperation mit der HANSE KITCHEN sowie die Unterstützung von Vernetzungen und Kooperationen zwischen etablierten Unternehmen und Start-ups. Die Idee, dass der NaGeB in seinem Netzwerk nach verfügbaren Flächen fragt, ist im Austausch mit der HANSE KITCHEN entstanden. Beide in der Anfrage der CDU genannten Start-ups sind Mitglieder im NaGeB. Durch die etwaige Untervermietung eines Start-ups bei einem etablierten Unternehmen würde der Austausch gefördert, und es könnten Synergieeffekte entstehen.

Wichtig ist, dass es sich bei den gesuchten Flächen um Spezialimmobilien beziehungsweise speziell für die Produktion von Lebensmitteln geeignete Produktionsstätten handelt. In beiden genannten Fällen trat die Herausforderung nicht bei der Verfügbarkeit von Erweiterungsflächen auf, sondern betraf Erstproduktionsstätten für neu gegründete Unternehmen. Für beide Start-ups konnten zwischenzeitlich Lösungen gefunden werden.

Zu Frage 2: Für eines der Start-ups war die HANSE KITCHEN Anfang November in Kontakt mit der WFB und wurde entsprechend beraten. Allerdings waren im von der WFB geführten Immobilienfinder aktuell keine speziell für die Lebensmittelproduktion geeigneten Immobilien verfügbar. Das andere Start-up stand nicht in Kontakt mit der WFB, die Immobilie konnte mit Unterstützung des NaGeB gefunden werden.

Zu Frage 3: Das Gewerbeentwicklungsprogramm für die Stadt Bremen 2030, GEP 2030, bildet die übergeordnete Strategie der Wirtschaftsflächenentwicklung für die Stadt Bremen. Mit dem GEP 2030 werden die Voraussetzungen geschaffen, die in der Innovationsstrategie benannten Schlüsselbranchen wie Nahrungs- und Genussmittel unter Berücksichtigung aktueller und künftiger Megatrends zu stärken und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.

Insbesondere im Hinblick auf die erforderlichen Flächenanforderungen von Start-ups und Gründungen wurde im Rahmen der Erarbeitung des GEP 2030 eine Studie „Gründungen und Start-ups in Bremen, Flächen- und Immobilienbedarfe für die Zukunft“ – empirica ag, Januar 2021 – erstellt und ein entsprechender Fachdialog durchgeführt. Als Handlungsempfehlung wurde hier unter anderem festgehalten, dass die Realisierung des geplanten

Foodhubs vorangetrieben werden sollte, um die Attraktivität des Standortes Bremen für Start-ups aus der Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen. Mit den neu geschaffenen Angeboten der HANSE KITCHEN, die gezielt Anreize zu Neugründungen im Foodbereich in Bremen schaffen soll, wird dieser Handlungsempfehlung bereits gefolgt. Insofern ergeben sich hieraus für die Ausformulierung der strategischen Zielsetzungen der Wirtschaftsflächenpolitik der kommenden Jahre im GEP 2030 keine Konsequenzen.

Für den Wirtschaftsstandort Bremen ist die Standortbewerbung durch organisierte Branchenvertretungen ein wichtiger Baustein. Dem Senat ist nicht bekannt, dass der NaGeB die Einstellung der Werbung für den Standort Bremen erwägt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Susanne Grobien (CDU): Wir kennen alle diese Projekte HANSE KITCHEN und Food Hub, die ja auch sehr erfolgreich sind. Haben Sie weitere strategische Flächen, weil es ja doch eine sehr spezielle Produktion ist, gerade im Nassbereich und Ähnlichem, die Sie da in Bremen im Auge haben? Können Sie da etwas konkreter werden?

Staatsrat Sven Wiebe: Entschuldigen Sie, Frau Abgeordnete, ob ich weitere Flächen im Blick habe, die aktuell für diese Klientel verfügbar sind?

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Ja, oder wo man sagt, in der – –. Wir sind ja dabei, neue Standortquartiere zu entwickeln, ob man da so etwas auch direkt mit einplanen kann?)

Wir haben an diesen Beispielen ja gesehen, dass es schwierig ist, derartige Flächen jetzt im Sommer aktuell vorzuhalten, und wir haben auf dieser Grundlage jetzt Gespräche zwischen dem NaGeB, HANSE KITCHEN und der WFB initiiert, um hier auch eine bessere Vorsorge treffen zu können, weil unser Ziel ja ist, weitere Start-ups aus der Nahrungs- und Genussmittelbranche hier am Standort zu etablieren.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

**Anfrage 2: Verkehrswende nicht in Sicht
Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit,
Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 18. Januar 2023**

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wann wird die BSAG nach Einschätzung des Senats wieder in der Lage sein, den Regelbetrieb anzubieten – bitte einen konkreten Zeitpunkt nennen –?

2. Wann wird die BSAG nach Einschätzung des Senats die erste Ausbaustufe des VEP personell umsetzen können – auch hier bitte einen konkreten Zeitpunkt nennen –?

3. Wie viel zusätzliches Fahrpersonal wäre für den Regelbetrieb – bei jährlich wiederkehrenden Grippewellen, Überstundenabbau et cetera – und die erste Ausbaustufe erforderlich, und wie viel Fahrpersonal plant die BSAG in diesem Jahr einzustellen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der aktuell seit 9. Januar 2023 eingerichtete erweiterte Ferienfahrplan mit Verstärkern im Schülerverkehr wurde in Abstimmung mit dem ZVBN und der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau eingerichtet, um einen zuverlässigen Fahrplan ohne Ausfälle von Fahrzeugumläufen sicherzustellen. Die BSAG leidet momentan unter den Ausläufern der Coronainfektion in Kombination mit der derzeitigen Erkältungs- und Grippewelle. Hier ist zu beachten, dass die Anforderungen an den Fahrdienst im ÖPNV aufgrund der hohen Verantwortung höher sind bezüglich des Gesundheitszustands als in anderen Berufen.

Es wird vom ÖPNV-Aufgabenträger erwartet, dass der Regelbetrieb mit Einführung des Deutschlandtickets wieder möglich wird. Ob dies endgültig möglich ist, wird circa sechs Wochen vorher durch die BSAG in Abstimmung mit dem ZVBN und der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität,

Stadtentwicklung und Wohnungsbau als Aufgabenträger für den ÖPNV gemeinsam erörtert. Ein verlässlicher Fahrplan hat dabei Vorrang vor einem Fahrplan, der die Gefahr hoher Fahrtenausfälle birgt.

Wichtige Parameter bei der Prognose für die Umstellung auf Regelbetrieb sind unter anderem die Kapazitäten im Personalbereich, die Anzahl der eingegangenen Bewerbungen, sowohl mit als auch ohne Patent, die Fahrschulkapazitäten, die Erfolgsquote der Ausbildung, ein erfolgreiches Onboarding und die Entwicklung des Krankenstands.

Zu Frage 2: Zunächst muss der Regelfahrplan wieder erreicht werden. Wenn dieser über einige Wochen stabil gefahren wird, kann die Umsetzung der Angebotsstufe 1 terminiert und die Diensteinteilung dahin gehend mit dem entsprechenden Vorlauf bei der BSAG angepasst werden.

Zu Frage 3: Die BSAG plant im Jahr 2023 bis zu 150 neue Einstellungen. Angesichts des aktuellen Stands werden circa 50 zusätzliche Mitarbeitende von den 150 geplanten Einstellungen für die Angebotsstufe 1 benötigt, jedoch jeweils in Abhängigkeit der unbekanntenen Fluktuation, der tariflichen Rahmenbedingungen sowie weiterer personeller Maßnahmen und der Entwicklung des Krankenstands. Mit Senkung des Krankenstands auf ein normales Maß sinkt auch der Personalbedarf im Fahrdienst. Ziel der BSAG ist es, in den nächsten Monaten wieder einen branchenüblichen Krankenstand zu erreichen – derzeit durchschnittlich circa 15 bis 16 Prozent –, aktuell lag dieser bei der BSAG im Monat Januar bei durchschnittlich 18,9 Prozent. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Wir hören ja jetzt gerade auch in den Medien – gestern war es ja auch wieder der Fall – von schlimmen Übergriffen auf das Fahrpersonal, das macht natürlich betroffen. Meine Frage ist noch einmal: Wie ist Ihre Einschätzung, was die Beschaffung von Fachkräften angeht, bei der BSAG? Hat das irgendwo Auswirkungen, oder wie ist Ihre Einschätzung?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Erst einmal lassen Sie mich gern die Vorbemerkung machen, ich verurteile all diese gewalttätigen Übergriffe, egal, ob auf das Fahrpersonal oder auf die Fahrgäste.

(Beifall)

Das ist ein nicht hinnehmbarer Zustand. Ich wünsche auch dem Fahrer – oder wir alle sicherlich – von hier aus die besten Genesungswünsche!

Natürlich hat das auch Auswirkungen, deswegen kümmern wir uns ja verstärkt – wir hatten das ja auch schon in der Deputation – auch um das Thema Sicherheit. Wir haben mit Notfallknöpfen nachgerüstet, das haben wir Ihnen ja auch mitgeteilt. Ich war selbst in der vorletzten Woche in der Leitstelle der BSAG, wo ich mir das noch einmal anschauen konnte, auch mit den Videoüberwachungen oder was passiert, wenn ein Notruf hereinkommt. Die neuen Busse werden abgeschottete Fahrerkabinen haben und so weiter.

Das Thema Sicherheit ist wichtig, weil es natürlich auch potenzielle Bewerberinnen und Bewerber abschreckt, wenn sie Angst haben müssen, dass sie während ihrer Arbeit Konfrontationen oder vielleicht sogar gewalttätigen Konflikten ausgesetzt werden. Im Moment ist es aber so, dass wir eigentlich eine gute Bewerberlage haben, wir haben allerdings auch eine hohe Fluktuation. Also auch bei denen, die neu eingestellt worden sind, wird gerade mit Interviews nachgefragt, warum sie die BSAG auch verlassen, also sind es solche Vorfälle, die dazu führen, sind es vielleicht auch woanders bessere Angebote, weil in anderen Jobs vielleicht doch besser bezahlt wird. Das versucht man gerade herauszubekommen, um dann auch entsprechend nachzubessern.

Deswegen müssen wir aber nicht nur bei der BSAG in Bremen, sondern eigentlich generell im ÖPNV sowohl die Sicherheit, die Sicherheitsaspekte als auch das Personalrecruiting, Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und so weiter ernst nehmen, damit wir dann eben auch das Personal bekommen und auch halten können.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Thore Schäck. – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Das ist ein ganz spannendes Thema. Mich würde einmal interessieren, ob es irgendwelche Erkenntnisse gibt, inwieweit auch psychische Belastungen für den Ausfall verantwortlich sind. Ich weiß, die Erhebung darüber, welcher Krankheitsgrund vorliegt, ist datenschutzrechtlich für den Arbeitgeber nicht direkt zu erfassen, und das ist auch richtig so, trotzdem gibt es ja auch einen persönlichen Eindruck, dass

man sagt, wir haben da jetzt gerade ein Problem. Es macht ja einen Unterschied, ob sich jemand mit einem Virus infiziert oder ob die Arbeitsbelastung, die Bedrohungslage so groß ist, dass sich jemand krankschreiben lässt. Gibt es da irgendwelche Erkenntnisse?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das sind zumindest die Aussagen der Personalvertretungen im Aufsichtsrat, die ja doch auch einen engen Kontakt mit dem Fahrpersonal haben. Der größte Faktor, warum im Moment der Krankenstand so hoch ist, ist, dass die permanenten Ausfälle während der Coronazeit – also auch da waren viele erkrankt oder in Quarantäne – dazu führten, dass diejenigen, die gerade vor Ort waren, viel mehr Schichten fahren mussten als üblicherweise, und dann kann man sich vorstellen, dass sie nach zweieinhalb Jahren einfach auch durch sind, also wenn man nicht nur seinen normalen Regeljob macht, sondern man noch immer für die Ausfälle der erkrankten Kolleginnen und Kollegen Schichten mit übernehmen muss, dass das an die Substanz geht. Das, was wir mitbekommen haben, ist, dass das der größere Grund ist, warum sich die Fahrerinnen und Fahrer, aber auch generell das Fahrpersonal derzeit überlastet fühlt oder eben auch krank wird.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 3: Leistungsfähigkeit und Zukunftsperspektive des Bremer Flughafens

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhler, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 18. Januar 2023

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit wurde die Leistungsfähigkeit des Bremer Flughafens hinsichtlich Fluggästen, Airlines, ansässigen Unternehmen und so weiter in den letzten vier Jahren auch unter Berücksichtigung der Krisen ausgebaut beziehungsweise optimiert?

2. Inwieweit und in welchem Umfang könnte in den letzten vier Jahren – auch unter Berücksichtigung der Krisen – das Ziel, bestehende Flugverbindungen zu erhalten und neue Flugdestinationen dazuzugewinnen, umgesetzt werden?

3. Welche Zukunftsfähigkeit sieht der Senat mittel- bis langfristig für den Bremer Flughafen hinsichtlich Flugverkehr, Passagieraufkommen und Ansiedlungsstandort für luftfahrtaffine Branchen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski.

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Schon vor dem Beginn der jüngeren Krisen mit der weltweiten Coronapandemie, dem Krieg in der Ukraine und seinen Folgen, unter anderem der Energiekrise und der massiven inflationsbedingten Kostensteigerungen, haben die Flughafen Bremen GmbH und ihre Tochtergesellschaften die wirtschaftliche Sanierung des Gesamtunternehmens zur Bewältigung der im Jahr 2019 eingetretenen wirtschaftlichen Unternehmensschiefelage eingeleitet. Ziel war und ist es, den Flughafen Bremen mit einem attraktiven und wettbewerbsfähigen Angebot vor allem als Anbindung des Wirtschaftsstandortes an die großen europäischen Drehkreuze zu sichern.

Neben den erforderlichen Sanierungsmaßnahmen – mit deutlichen Kostenreduzierungen, einem sozialverträglichen Personalabbau im Umfang von rund 100 Mitarbeiterstellen und Sanierungsbeiträgen der Stadtgemeinde Bremen, zum Beispiel in Form von Kostenübernahmen für den Brandschutz am Flughafen – wurde die Leistungsfähigkeit des Flughafens durch ein kontinuierliches Investitionsprogramm für die Erneuerung und Ertüchtigung der Flughafeninfrastruktur erhöht.

Wesentliche Auswirkung der Coronapandemie war ein deutlicher Rückgang der Passagierzahlen im internationalen Luftverkehr, auf der nationalen Ebene insbesondere durch die vollständige Einstellung des kommerziellen Flugbetriebs im Frühjahr 2020. Mit dem Rückgang der Pandemie steigen die Passagierzahlen im nationalen und internationalen Flugverkehr wieder an, für das Jahr 2023 werden am Flughafen Bremen 1,9 Millionen Passagiere erwartet.

Zu Frage 2: Die wichtigen Hubverbindungen nach Frankfurt, München, Amsterdam und Istanbul konnten trotz Pandemie gehalten werden. Das Angebot auf diesen Strecken wird voraussichtlich ab dem Sommerflugplan 2023 wieder auf 90 bis 100

Prozent des Vorkrisenniveaus liegen. Die Hubverbindungen nach Paris und Zürich wurden seit dem Beginn der Pandemie noch nicht wieder aufgenommen. Sowohl mit Air France als auch mit Swiss laufen Gespräche über eine Wiederaufnahme im Sommer 2024.

Im touristischen Sektor konnten auf den Strecken nach Mallorca und Antalya bereits im Sommer 2022 die Zahlen von 2019 übertroffen werden. Auf beiden Strecken wurde eine Rekordzahl an Passagieren erreicht. Mit den griechischen Inseln Kreta, Kos und Rhodos sowie Hurghada und Fuerteventura sind weitere wichtige Urlaubsdestinationen erhalten geblieben und konnten 2022 teilweise Passagierzahlen über dem Niveau von 2019 erzielen. Mit Sundair ist seit 2022 wieder eine touristische Airline mit zwei Flugzeugen am Flughafen Bremen beheimatet. Im Jahr 2023 erhöht die Fluggesellschaft die Sitzplatzkapazität durch den Einsatz eines größeren Flugzeugs.

Ryanair hat noch nicht das Vorkrisenniveau erreicht. Diese Situation entspricht der an vielen deutschen Airports, da viele Low-Cost-Carrier aufgrund der vergleichsweise hohen Entgelte und Gebühren an deutschen Standorten ihre Flugzeugkapazitäten an ausländische Flughäfen verlegen.

Zu Frage 3: Der Flughafen ist und bleibt für die Region ein wichtiger Standort- und Wirtschaftsfaktor.

Trotz der zunehmenden Klimadiskussion hat sich das Reiseverhalten nicht grundsätzlich geändert. Der Luftverkehr wird sich aus heutiger Sicht in den kommenden Jahren weiter erholen. Das Passagieraufkommen des Flughafens Bremen kann sich im weiteren Verlauf der 2020er Jahre wieder auf ein Niveau von 2,5 Millionen Passagieren pro anno entwickeln. Der Flughafen und seine unmittelbare Umgebung sind und bleiben insbesondere für die Luftfahrtbranche attraktive Standorte. Die Ausweitung bestehender und die Ansiedlung neuer Unternehmen der luftfahrtnahen Wirtschaft sind dabei gleichermaßen von großer Bedeutung.

Um die Akzeptanz und Unterstützung für den Flughafen dauerhaft zu erhalten, arbeitet die Flughafen Bremen GmbH mit Blick auf die eigenen sowie die Klimaziele der Freien Hansestadt Bremen mit Nachdruck daran, einen CO₂-neutralen Flughafenbetrieb zu verwirklichen. Mit dem neu geschaffenen Angebot von Sustainable Aviation Fuel am Flughafen Bremen, einem Flugzeugtreibstoff mit pflanzlichen Anteilen, der bei der Betankung von

Flugzeugen der Belugaflotte von Airbus beige-mischt wird und auch den weiteren Airlines am Flughafen Bremen angeboten wird, stellt der Flughafen die dafür erforderliche Infrastruktur bereit, um auch das Fliegen selbst weniger klimaschädlich zu machen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Ich habe eine Nachfrage zu dem Thema, das Sie eben zum Schluss angesprochen haben: Muss ich mir das so vorstellen, dass Hamburg das Vorbild als Green Airport ist, oder was verstehen Sie genau darunter? Gibt es irgendeinen Benchmark, an das Sie sich richten?

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Der Benchmark ist insofern tatsächlich das, was in Hamburg ja auch als Ziel ausgegeben wurde, aber auch noch nicht erreicht ist, nämlich erst einmal den Betrieb des Flughafens, also alles außer den Flugzeugen, tatsächlich CO₂-neutral aufzustellen. Da haben wir mit dem Investitionsförderprogramm der Freien Hansestadt Bremen auch schon wichtige Schritte eingeleitet. Da geht es um die Fahrzeuge, die auf dem Vorfeld eingesetzt werden, da geht es um die Energieversorgung im Ganzen, und das wird jetzt kontinuierlich fortgesetzt, und sicherlich wird der Flughafen dem auch noch eine nette Überschrift geben.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Jetzt ja, vielen Dank! „Nette Überschrift“ finde ich gut! Können Sie sich vorstellen – also das ist ja eine Net-zero-Strategy –, tatsächlich zu versuchen, auch sogar wieder etwas einzuspeisen, indem sie zum Beispiel die Wärme nutzen, die entsteht, um auch wieder Energie zu kreieren, also sogar ein Minus, und damit eigentlich statt „green“ fast „clean“ Airport zu produzieren?

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Das ist tatsächlich etwas, woran der Flughafen arbeitet, wo er nicht im Bereich Wärme-, aber im Bereich Stromerzeugung prüfen wird. Es gibt ja zum Beispiel viele Flächen. Es sind auch interessante Fragen für die Frage des Flugverkehrsrechts, aber auf diesen vielen Flächen kann man zum Beispiel auch Solarpanels installieren, mit denen der Flughafen dann so viel eigenen Strom produziert, dass er eben auch etwas in das allgemeine Netz einspeisen kann.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Ich bin jetzt ganz beflügelt von Ihren Antworten, Herr Staatsrat!

(Zurufe)

Ihnen ist ja sicherlich nicht entgangen, dass ihre Kolleg:innen der Koalition gewisse flughafenablehnende Ideen haben. Verstehe ich es richtig, dass der Senat ein klares Bekenntnis zum Bremer Flughafen und damit auch dessen Standort abgibt?

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Der Senat hat während der gesamten Legislaturperiode – und Gelegenheiten bestanden ja viele – immer wieder ein klares Bekenntnis zum Flughafen abgegeben, und die Koalition spricht da auch absolut mit einer Stimme.

(Abgeordnete Lencke Wischhusen [FDP]: Sehr schön! Vielen Dank!)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 4: Bremen-Pass und StadtTicket auch für Wohngeldempfänger:innen erhältlich machen
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 19. Januar 2023

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Plant der Senat vor dem Hintergrund der Wohngeldreform, die Vergünstigungen des Bremen-Passes, den momentan etwa Grundsicherungsbeziehende erhalten können, auch auf diese Personengruppe zu erweitern?

2. Inwiefern sieht der Senat ein Gerechtigkeitsproblem darin, dass Menschen unter 25 Jahren, die Haushaltsmitglieder im Wohngeldbezug sind, ein stark vergünstigtes StadtTicket für den ÖPNV erhalten können, ältere Menschen aus einem Haushalt mit dem gleichen Sozialleistungsbezug aber nicht?

3. Plant der Senat, entsprechend die Beantragung des StadtTickets der BSAG für Wohngeldbeziehernde insgesamt zu öffnen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Jan Fries.

Staatsrat Jan Fries: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Den Bremen-Pass erhalten aktuell alle Kinder und Jugendlichen der Rechtskreise SGB II, SGB XII, Asylbewerberleistungsgesetz und im Bezug von Wohngeld und/oder Kinderzuschlag als Nachweis der Anspruchsberechtigung auf diese Leistungen. Im Weiteren wird der Bremen-Pass für Erwachsene im Leistungsbezug nach SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz zur Ermöglichung der Inanspruchnahme von Vergünstigungen im kulturellen Bereich je nach Leistungsbezug vom Jobcenter oder dem Amt für Soziale Dienste ausgestellt. Eine Erweiterung des Personenkreises auf volljährige Wohngeldberechtigte ist derzeit nicht geplant.

Zu Frage 2: Wohngeldhaushalte haben einen Anspruch auf Bildungs- und Teilhabeleistung. Das Bildungs- und Teilhabepaket umfasst unter anderem Leistungen beim Schulbedarf, bei Klassenfahrten, bei der Beförderung in öffentlichen Verkehrsmitteln und in Bremen darüber hinaus unter gewissen Umständen auch den Zugang zum kostenlosen StadtTicket bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und zum vergünstigten StadtTicket bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres. Der Senat ist der Auffassung, dass die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen sowie von in der Ausbildung befindlichen jungen Erwachsenen – auch im Sinne der frühen Förderung und Prävention von Armutslagen – besonders unterstützenswert ist und sieht daher keine Gerechtigkeitslücke.

Zu Frage 3: Die Wirkungen der Wohngeldreform werden sich frühestens im Herbst 2023 zeigen. Auf der Grundlage der Erfahrungen kann der Senat eine Öffnung der Berechtigten für das StadtTicket prüfen. Die Mittel für eine solche Erweiterung sind in der Finanzplanung bisher nicht vorgesehen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Herr Staatsrat, Sie haben ja in den Antworten dargelegt,

dass Kinder in einem Haushalt mit Wohngeldbezug und auch Kinder im Haushalt mit Kinderzuschlagbezug bis zum 18. Lebensjahr den Bremen-Pass erhalten, die Erwachsenen des gleichen Haushalts aber nicht, so habe ich jetzt Ihre Antworten verstanden. Beide Leistungen sind ja dafür gedacht, den Leistungsbezug von ALG-II-Leistungen, Sozialhilfe oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu vermeiden, sprich, wir haben es hier mit Haushalten mit niedrigen Einkommen zu tun. Sind Sie mit mir der Auffassung, dass es hier auch bei Erwachsenen um Armutsprävention gehen kann beziehungsweise auch darum, den Weg zur Arbeit zu vergünstigen, denn wir haben es ja, wie gesagt, mit Personen zu tun, die arbeiten, aber ein geringes Einkommen haben?

Staatsrat Jan Fries: Ich teile die Einschätzung nicht vollständig, weil das Sozialsystem aus gutem Grund abgestuft ist in einerseits einen Transferleistungsbezug nach den Sozialgesetzbüchern und dann einem vorgelagerten System, das auf bestimmte Problemlagen ausgerichtet ist, nämlich einerseits auf Leute, die nur, um ihre Unterkunftskosten zu tragen, sonst in den Sozialleistungsbezug rutschen würden, oder diejenigen, weil für ihre Kinder das Einkommen nicht reicht, und da sehen wir schon eine Abstufung auch in der Hilfebedürftigkeit. Das ist, glaube ich, vom Gesetzgeber auch so angelegt.

Die Unterscheidung beim StadtTicket beruht darauf, dass die Leistung der Schülerbeförderung ein expliziter Teil der Bildungs- und Teilhabeleistungen ist und wir in Bremen – ich finde, da sind wir als Senat auch stolz darauf – auch geschaut haben, wie wir das möglichst unbürokratisch umsetzen und ob man da nicht einen Weg findet, das nicht in jedem Einzelfall nachzuweisen und zu beantragen, sondern dass man über die Erweiterung des Bezugs des StadtTickets hier eine unbürokratische Umsetzung gefunden hat. Von daher ist auch die Begründungslage ein Stück weit anders, als sie es bei den SGB-II- und SGB-XII-Beziehern ist.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Sie haben ja dargelegt, dass der Senat gegen Herbst die Auswirkungen der Wohngeldreform evaluieren möchte, die ja richtigerweise den Kreis der Berechtigten für den Wohngeldbezug ausgeweitet hat. Inwiefern muss man aber die Prüfung, ob die Inanspruchnahme des Bremen-Passes, also auch des

StadtTickets, auch für Wohngeldberechtigte ermöglicht werden kann, abhängig von der Evaluation der Wohngeldreform machen, oder kann man das nicht auch jetzt schon machen, denn es gibt ja auch jetzt bereits Wohngeldberechtigte, die auch das StadtTicket in Anspruch nehmen könnten, wenn man es wollte?

Staatsrat Jan Fries: Das ist vor allem eine finanzielle Frage, und das ist sozusagen eine Frage dessen, wofür man in einem begrenzten Haushalt das Geld aufwendet. Deswegen ist die Frage, wie viel Geld man braucht, um diese Leistung zu öffnen, für uns eine ganz entscheidende Planungsgrundlage. Dafür muss man wissen, wie viele Menschen im Leistungsbezug sind, und dann kann man entscheiden, ob das eine Priorität des dann aktiven Haushaltsgesetzgebers und des Senats ist, der das vorschlägt. Aus der Antwort lesen Sie heraus, dass wir im Zweifel andere Prioritäten mit dem Geld setzen würden, aber ich glaube, es ist unredlich, diese Entscheidung zu treffen, ohne zu wissen, wie viel Geld es kostet.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Inwiefern gehen Sie davon aus, dass die Inanspruchnahme von zum Beispiel vergünstigten Eintrittspreisen für Kultur oder auch die Inanspruchnahme des StadtTickets nicht steigen würde, wenn man die vergünstigten Tarife anbieten würde, oder gehen Sie davon aus, dass es eine Eins-zu-eins-Inanspruchnahme gäbe und somit zum Beispiel die Einnahmen der BSAG sinken?

Staatsrat Jan Fries: Ich bin jetzt nicht ganz firm darin, wie die Ausgleichstechnik bei der BSAG funktioniert, aber wenn ich es noch richtig im Kopf habe, wird für die Inanspruchnahme jeweils zum vollständigen Fahrpreis ausgeglichen, weil das ja auch die Kosten oder die erwarteten Einnahmen sind. Das heißt, eine steigende Inanspruchnahme führt zu einem steigenden Ausgleichsbedarf bei der BSAG, und von daher ist das da auf jeden Fall eine finanzielle Größe.

Bei den Kultureinrichtungen ist das sozusagen eine Leistung, die wir von denen erwarten, ohne dass wir in der Regel zusätzliches Geld da hineingeben. Auch da würde ich gern vorher wissen, um wie viel die Anspruchsberechtigung steigt, bevor ich da Entscheidungen treffe.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Bevor ich die nächste Anfrage aufrufe, möchte ich Ihnen sagen, mir ist zugetragen worden, dass wir heute ein weiteres Geburtstagskind unter uns haben, und zwar unseren Staatsrat Herrn Cordßen-Ryglewski.

Herzlichen Glückwunsch hier vom ganzen Haus, unsere Wünsche sind Ihnen gewiss!

(Beifall)

**Anfrage 5: Radpremiumrouten in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke
Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 19. Januar 2023**

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit sind die angekündigten Radpremiumrouten umgesetzt worden?
2. In welchen Bereichen oder Abschnitten wurden die Kosten- oder Zeitpläne bisher nicht eingehalten, und warum?
3. Mit welchen Kosten rechnet der Senat unter der aktuellen Situation bis zur Fertigstellung aller Abschnitte für die Radpremiumrouten in Bremen, welche Fördergelder wurden in welcher Höhe eingeworben, und mit welchen weiteren Fördergeldern rechnet der Senat aktuell?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Zurzeit befinden sich die Radpremiumroute D.15 von Bremen-Nord nach Hemelingen und die Radpremiumroute Wallring in der Umsetzung.

Auf der Radpremiumroute D.15 ist der Abschnitt zwischen Alter Postweg und Wehrschloss fertiggestellt. Die Radpremiumroute Wallring ist links der Weser zwischen Stephanibrücke und Friedrich-

Ebert-Straße fertiggestellt. Auf der Seite der Innenstadt sind die Abschnitte zwischen Tiefer und Ostertorstraße, zwischen Bürgermeister-Smidt-Straße und Doventor sowie zwischen Faulenstraße und Stephanibrücke fertiggestellt.

Zu Frage 2: Auf der Radpremiumroute D.15 konnten die Kosten- und Zeitpläne entsprechend den in der Deputation kommunizierten Angaben eingehalten werden. Auf der Radpremiumroute Wallring fehlen in Teilbereichen noch Markierungen, die witterungsbedingt nicht fertiggestellt werden konnten. Aufgrund der allgemein gestiegenen Kosten muss grundsätzlich mit Kostensteigerungen gerechnet werden.

Zu Frage 3: Eine Gesamtkostenabschätzung für sämtliche Radpremiumrouten kann aufgrund des Umsetzungszeitraums und der zu erwartenden Kostensteigerungen aufgrund von steigenden Energiepreisen, hohen Baumaterialpreisen und Lieferkettenengpässen derzeit nicht seriös abgegeben werden.

Die Radpremiumroute D.15 sowie die Radpremiumroute Wallring werden durch Förderprogramme des Bundes mit Quoten von 90 Prozent gefördert. Bei der Fahrradroute Wallring werden insgesamt 3,8 Millionen Euro gefördert. Bei der Radpremiumroute D.15 wird vor allem das Sonderprogramm „Stadt und Land“ des Bundes in Anspruch genommen. Dieses wird derzeit bis Ende 2028 verstetigt und bietet daher auch künftig die Möglichkeit zur Förderung von großen Teilen der Premiumroute durch den Bund. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Bei den Abschnitten, die sich gerade in der Umsetzung befinden, wie ist denn da die Zeitprognose? Bis wann werden sie fertig?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Jetzt wäre mein Vorschlag eher, dass wir Ihnen noch einmal einen Bericht in der Deputation geben. Ich könnte Ihnen das jetzt alles vorlesen, aber ich glaube, das würde den Rahmen sprengen.

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Das können Sie sich gar nicht merken!)

Herr Bücking, vielleicht „what the heck“, Herr Schäck kann sich das, glaube ich, schon merken,

aber ich fange einmal an: In der Ahlringstraße fangen wir jetzt im März an, Alter Postweg zwischen Föhrenstraße und Ahlringstraße wird im April fertig sein. Andere Abschnitte sind schon fertig, das hatte ich vorhin auch schon vorgelesen, also in der Föhrenstraße zwischen Kraftwerk und Alter Postweg, zwischen dem Hastedter Osterdeich, Kraftwerk und Wehrschloss und so weiter. Deswegen, das ist ernst gemeint, gebe ich Ihnen das gern noch einmal schriftlich, das ist vielleicht für alle anderen in der Deputation auch noch einmal ganz spannend. Es ist so, dass die Planungen vorangeschritten sind und einige Abschnitte jetzt wirklich auch in diesem Frühjahr anfangen.

Beim Osterdeich ist es so, dass es eine Einigung mit dem Beirat gab. Auch da sind es unterschiedliche Streckenabschnitte, also zum Beispiel zwischen Stader Straße und Lüneburger Straße, da ist der Baubeginn 2025, woanders ist es dann im Jahr 2024 angedacht. In der Langen Reihe – wir haben ja lange Radpremiumrouten – wird der Bau bis September 2023 fertiggestellt werden, Stephanibrücke bis Friedrich-Ebert-Straße ist schon fertig. Also ich erspare es Ihnen, das jetzt herunterzurattern, aber Sie sehen, entweder haben wir schon fertiggestellt, wir fangen – das ist witterungsbedingt im Winter schwierig – dann jetzt im Frühjahr an oder sind in den Planungen und Abstimmungsprozessen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ja, darum würde ich bitten, dass das noch einmal schriftlich nachgeliefert wird, damit wir uns das auch noch einmal in Ruhe anschauen können! Ich hätte dann noch zwei Fragen zu Kosten, die würde ich einmal zusammenfassen: Es ist ja allgemein bekannt, dass es Förderungen von bis zu 90 Prozent gibt, aber „bis zu“ heißt ja nicht, dass auch jedes Mal 90 Prozent gefördert werden. Vielleicht können Sie noch einmal kurz etwas dazu sagen, welche Förderquoten wir da jetzt im Moment im Schnitt erreichen.

Meine zweite Frage ist: Sie sagten, aufgrund verschiedener gestiegener Preise sei im Moment eine realistische Kostenabschätzung, wo wir dort landen werden, nicht möglich. Das kann ich nachvollziehen, trotz alledem werden Sie ja nicht einfach so durch die Rechnungen stolpern, sondern irgendwie eine Idee davon haben oder zumindest eine rollierende Planung, wovon Sie jetzt im Moment ausgehen, wo man eventuell landen könnte.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Beim Wall ist es so, dass 90 Prozent durch den Bund gefördert werden, bei den anderen Projekten liegt die Förderquote zwischen 80 und 90 Prozent. Allerdings ist es so, bei Mehrkosten fördert der Bund nicht, das wäre dann eine Doppelförderung, und das bereitet uns auch ein bisschen Kopfzerbrechen. Wir haben das Geld, aber das wird dann nicht –. Wie gesagt, Mehrkosten werden nicht vom Bund aufgefangen. Deswegen ist die Frage nach erhöhten Kosten auch durchaus berechtigt.

Im Hoch- und Tiefbau rechnen wir im Moment immer mit 30 Prozent Kostensteigerungen. Sie kennen das – ob es jetzt große Bauprojekte sind oder eben auch im Straßenbau, Tunnelbau, bei der Bahn –: Egal, wo gerade gebaut wird, kann es bis zu – im Moment! – 30 Prozent teurer werden. Das hängt manchmal auch von den Baumaterialien ab, aber im Worst Case rechnen wir im Moment mit solchen Steigerungen; also nicht nur wir, sondern alle aus der Baubranche.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Das heißt, ich habe es richtig verstanden, dass gerade nicht am Ende eines Projektes geschaut wird, wie teuer es wurde und es dann bis zu 90 Prozent Förderung gibt, sondern es wird am Anfang geschaut, dann wird der Bescheid erstellt, und dann, wenn sich das Projekt verteuert, werden diese Zusatzkosten aber nicht mehr bezuschusst?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Genau, so ist! Wir können ja nicht ein Projekt fertigstellen und dann zum Bund gehen und sagen, lieber Bund, gib uns einmal das Geld, sondern der Bund will ja wissen, wofür er sein Geld ausgibt, und er will auch den Kostenrahmen wissen. Das heißt, an dem Tag, an dem wir das beim Bund einreichen, sind die Kosten Status quo, an dem Datum. Planungen haben ja einen längeren Vorlauf, und dann entscheidet der Bund, das ist förderfähig, das machen wir, ja oder nein, und wenn ja, mit wie viel Prozent; so wie beim Wall, da wissen wir einfach, wir konnten mit 90 Prozent rechnen.

Ansonsten wäre es für uns auch schwierig, wenn wir nicht wüssten, ob etwas vom Bund gefördert wird. Das sind ja dann schon Millionenbeträge, da müsste man dann neu ausloten, macht man das Projekt oder nicht. Deswegen, wir können nicht am Ende beim Bund etwas einreichen, sondern die Re-

gularien besagen, am Anfang, und der Bund beschließt. Wenn es teurer wird – und darunter leiden alle Bauprojekte in ganz Deutschland, glaube ich –, auch mit Bundesförderung, dann muss man selbst sehen, wie man die Mehrkosten dann bewältigt.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ich habe tatsächlich noch eine weitere Zusatzfrage, und dann kommen wir gern zur nächsten Anfrage! Das heißt aber, man geht beispielsweise von zehn Millionen Euro aus, es gibt neun Millionen Euro Förderung, eine Million Euro Eigenanteil, und wenn wir jetzt sagen, 30 Prozent on top, dann kann es sein, dass sich der Eigenanteil vervierfacht?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Genau! Das ist leider so, und ehrlicherweise hat ja vor zwei Jahren auch keiner damit gerechnet, dass die Energiepreise oder die Materialkosten explodieren; aber es ist so, dass sich dann die Summe durch die Bundesförderung relativiert, also der Eigenanteil entsprechend höher wird, ja!

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Ralph Saxe. – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Mich interessiert natürlich auch, wie teuer das wird, aber mich interessiert vor allen Dingen: Wie sieht das denn hinterher aus? Wir wollen ja einen selbsterklärenden Verkehrsraum haben, dass jeder weiß, aha, das ist eine Radpremiumroute. Arbeiten Sie daran, dass das dann wirklich ein selbsterklärender Raum ist und jeder Verkehrsteilnehmer weiß, das hier ist jetzt eine Radpremiumroute, und sieht das dann am Ende auch gut aus?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Wir wollen nicht nur Fahrradverkehr irgendwie besser und sicherer für die Fahrradfahrer machen und dann auch für alle anderen Verkehrsteilnehmenden entsprechend ordnen, sondern es muss leicht erkennbar sein, und es muss ansprechend aussehen. Das kann man durch Farbgestaltungen machen, und deswegen setzen wir schon auf so ein Corporate Design.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 6: Schulsozialarbeit bald an allen weiterführenden Schulen?

Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwesser, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 24. Januar 2023

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Yvonne Averwesser (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Welche Bedeutung misst der Senat der institutionalisierten sozialen Arbeit an Schulen der Stadtgemeinde Bremen bei, und mit welchen Maßnahmen gewährleistet er zu diesem Zweck ein funktionierendes innerbehördliches Aufsichts- und Unterstützungssystem?

2. Welche einzelnen weiterführenden Schulen innerhalb der Stadtgemeinde Bremen, beruflich wie allgemeinbildend, verfügen aktuell – Stichtag 15. Januar 2023 – noch über keine eigene Vollzeitstelle für die dortige Schulsozialarbeit?

3. Inwiefern beabsichtigt der Senat, auch diese Schulen mit eigenen Vollzeitstellen für Schulsozialarbeit auszustatten, und wann soll dies nach aktueller Planung konkret erfolgen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Torsten Klieme.

Staatsrat Torsten Klieme: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Senatorin für Kinder und Bildung misst der institutionalisierten sozialen Arbeit an Schulen der Stadtgemeinde Bremen eine große Bedeutung bei. Im Rahmenkonzept Schulsozialarbeit ist eine fachliche Begleitung als Instrument der fachlichen Steuerung zur Unterstützung und Vernetzung mit der Zielrichtung der Qualitätssicherung und fachlichen Weiterentwicklung vorgesehen. Zusätzliche Kapazitäten sind bislang noch nicht im Stellenplan verankert. Die Fach-, Dienst- und Rechtsaufsicht wird im Rahmen der formalen Zuständigkeit von der Schulaufsicht wahrgenommen.

Die Fach-, Dienst- und Rechtsaufsicht über die Schulsozialarbeiter:innen liegt bei der Schulaufsicht in Abteilung 4 bei der Senatorin für Kinder und Bildung. Im Referentinnenbereich sind alle Planstellen besetzt. Im Bereich der Sachbearbei-

tung ist die vorhandene Stelle in Teilzeit durch einen Schulsozialarbeiter besetzt, der eine fachliche Begleitung im Rahmen seiner Arbeitszeit wahrnimmt.

Zu Frage 2: Alle berufsbildenden Schulen und Werkschulen sind mit mindestens einer Vollzeitstelle ausgestattet. Alle weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in den Sozialstufen zwei bis fünf sind mit mindestens einer Vollzeitstelle ausgestattet. Die weiterführenden Schulen in der Sozialstufe eins sind bis dato ohne Ressource im Bereich Schulsozialarbeit. Dies sind das Gymnasium Vegesack, die Gesamtschule Bremen-Mitte, die Oberschule Am Barkhof, die Wilhelm-Focke-Oberschule, das Hermann-Böse-Gymnasium, die Oberschule an der Ronzellenstraße, die Oberschule Rockwinkel, das Alte Gymnasium, das Kippenberg-Gymnasium, das Gymnasium an der Hamburger Straße und das Gymnasium Horn.

Zu Frage 3: Die Senatorin für Kinder und Bildung möchte alle Schulen mit Schulsozialarbeit ausstatten. Der Bedarf und die Notwendigkeit verlangen Ressourcen in besagten Bereichen.

Ob eine Erhöhung der personellen Ausstattung angesichts der erwähnten steigenden Bedarfe an den Schulen und dem damit einhergehenden Anstieg der Beschäftigtenzahlen im Bereich der Schulsozialarbeit vollzogen werden kann, wird im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen zu bearbeiten und dementsprechend zu bewerten sein. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 7: Abordnung von Lehrkräften an außerschulische Einrichtungen

Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwesser, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 24. Januar 2023

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Yvonne Averwesser (CDU): Wir fragen den Senat:

1. In welchem Umfang – Vollzeitäquivalent – werden Lehrkräfte aus dem Schuldienst der Stadtgemeinde Bremen aktuell, Stichtag 15. Januar 2023, in außerschulischen Einrichtungen außerhalb und innerhalb des Produktplans Bildung auf der Grundlage von Voll- und Teilabordnung eingesetzt?

2. Inwiefern sind derartige Abordnungen angesichts eines eklatanten Fachkräftemangels mit der Prämisse vereinbar, Lehrkräfte prioritär in den hiesigen Schulen, statt beispielsweise in den behördlichen Verwaltungen zum Einsatz zu bringen?

3. Was unternimmt der Senat, damit derzeit abgeordnete Lehrkräfte in außerschulischen Einrichtungen – außerhalb und innerhalb des Produktplans Bildung – zukünftig wieder in Bremer Schulen zur Erteilung von Unterricht zur Verfügung stehen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Torsten Klieme.

Staatsrat Torsten Klieme: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Zum angegebenen Stichtag 15. Januar 2023 waren 23 Lehrkräfte mit Stellenanteilen im Umfang von 14,55 Vollzeitäquivalenten außerhalb des Schulbereichs eingesetzt.

Zu Frage 2: Außerschulische Einsätze erfolgen ausschließlich dann, wenn dadurch ein unmittelbarer Nutzen für den Schulbereich anerkannt werden kann und die Personalmaßnahmen insoweit im dienstlichen Interesse liegen.

Zu Frage 3: Da die Einsätze regelmäßig zeitlich befristet ausgestaltet sind, erfolgt die Prüfung einer möglichen Verlängerung unter den oben angegebenen dargestellten Maßstäben. Dadurch ist sichergestellt, dass außerschulische Einsätze nur dann umgesetzt werden, wenn dies unter Berücksichtigung der Gesamtsituation weiterhin gerechtfertigt ist. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Yvonne Averwieser (CDU): Was ist denn die längste Abordnungszeit, die dann möglich ist, wenn sie begrenzt ist?

Staatsrat Torsten Klieme: Das kann man pauschal nicht beantworten. Es gibt in dem Normativen da keine Festlegung, wie lange eine Abordnung sein kann. Ganz regelmäßig machen wir Abordnungen in der Regel maximal für eine Dauer von zwei Jahren, und dann muss erneut geprüft werden, ob die dienstliche Notwendigkeit noch gegeben ist. Ein größerer Teil der Abordnungen, über die wir jetzt gerade gesprochen haben, geht an die Universität Bremen für Kolleginnen und Kollegen, die dort im

Rahmen der Lehrerbildung tätig sind, wo also zum Beispiel Studierende Schulpraktika betreuen und ähnliche Dinge machen, und dort arbeiten wir regelmäßig, wenn es nicht zum Beispiel mit einem Promotionsvorhaben gekoppelt ist, mit Abordnungen von zwei Jahren.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 8: Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung des Konzepts zur Erhöhung der Quote der sicheren Schwimmerinnen und Schwimmer?

Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Januar 2023

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Auf welchem Umsetzungsstand befindet sich das Konzept zur Erhöhung der Quote der sicheren Schwimmerinnen und Schwimmer?

2. Wie sind die weiteren inhaltlichen und zeitlichen Planungen für eine zügige vollständige Umsetzung des Konzepts?

3. Auf welchem aktuellen Umsetzungsstand befindet sich die Vorverlegung des Schwimmunterrichts auf die zweite Klasse?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Jan Fries.

Staatsrat Jan Fries: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass es trotz der zahlreichen Beschränkungen durch die Coronapandemie positive Entwicklungen gegeben hat. Das im Jahr 2018 beschlossene Konzept beinhaltet unterschiedliche Teilbereiche, die seitdem sukzessive und fortlaufend umgesetzt werden. Dies zeigt sich insbesondere beim Schwimmschwimmunterricht. Für das laufende Schuljahr 2022/2023 haben die Verantwortlichen der Senatorin für Kinder und Bildung und der Bremer Bäder GmbH die Wasserzeiten für Drittklässlerinnen und Drittklässler von 30 auf 45 Minuten pro Unterrichtseinheit angehoben. Daneben hat sich inzwischen

das Projekt „Kids in die Bäder“ etabliert, das im Jahr 2018 in einer Kooperation zwischen der Bremer Sportjugend und der Bremer Bäder GmbH gegründet wurde und das von der Stadtgemeinde Bremen gefördert wird. Eine konstruktive Rolle spielen zudem die Angebote des Vereins SCHWIMM MIT e. V., zu denen unter anderem mobile Schwimmbecken gehören.

Zu Frage 2: Mit der Erhöhung der Wasserzeiten um 50 Prozent wurde im laufenden Schuljahr ein erster Schritt gemacht. Eine erste Auswertung und Bewertung kann erst nach Ende des laufenden Schuljahres 2022/2023 vorgenommen werden. Auf dieser Grundlage soll die weitere Umsetzung in Abstimmung mit den Grundschulen, der Bremer Bäder GmbH und den übrigen Beteiligten beraten werden. Zuletzt hat der Senat im Mai 2022 zu einer Arbeitsgruppe „Schwimmen lernen“ geladen, um unter anderem die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure zu fördern und fachliche Themen zu vertiefen.

Zu Frage 3: Die Vorverlegung des Schwimmunterrichts auf die zweite Klasse kann aktuell noch nicht erfolgen. Maßgeblich hierfür sind fehlende Wasserflächen, die personelle Situation in den Grundschulen sowie der enorme Mehrbedarf bei den Bremer Bädern durch die bereits erfolgte Erhöhung der Wasserzeiten. Zudem bestehen höhere personelle Anforderungen an die Betreuung von Schülern der zweiten Klasse. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Eine Nachfrage ergibt sich trotz der Bemühungen des Senats, hier nachzubessern, dieses Konzept ein Stück weit umzusetzen! Meine Frage betrifft die Frage 3, da geht es um die Vorverlegung in Klasse zwei. Aus Ihrer Antwort habe ich vernommen, dass es da Schwierigkeiten gibt. Sieht sich der Senat imstande, in Zusammenarbeit mit den anderen Ressorts die Vorverlegung zeitnah so weit hinzubekommen, dass es nicht nur an der Wasserfläche scheitert oder am Personal?

Staatsrat Jan Fries: Aus der Antwort ist deutlich geworden, dass der Senat diesen Auftrag der Bremischen Bürgerschaft aufgenommen hat und auch weiterhin ernst nimmt. Die vorhandenen Schwierigkeiten muss man aber auch deutlich machen, denn ich habe, um auch das Problem der Ressour-

cen sowohl der Wasserflächen als auch des Personals deutlich zu machen, dann einen doppelten Jahrgang, wo ich gleichzeitig den Schwimmunterricht der dritten Klassen, die ihn ja noch nicht in der zweiten Klasse hatten, und den der Zweitklässler, die ihn dann ja nicht mehr in der dritten Klasse haben werden, hinbekommen muss. Das ist sowohl in den Plätzen in den Schwimmbädern als auch durch alles Personal, Buskapazitäten, Betreuung, eine riesige Herausforderung, und das kostet uns viel Schweiß und Mühe, da eine Lösung zu finden. Wir sind aber dran.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Da ist bei mir auch eine Frage, wenn es an der Wasserfläche scheitert: Wäre eine Bereitstellung weiterer Wasserflächen vielleicht ein Erfolgsmodell, um die Vorverlegung auch hinzubekommen?

Staatsrat Jan Fries: Theoretisch sicher, aber woher nehmen, wenn nicht stehlen? Nein, die Wasserflächen – -. Wasserflächen sind ja etwas, was man nicht kurzfristig zur Verfügung stellen kann. Mir fehlt da etwas die Fantasie, wo diese zusätzlichen Wasserflächen herkommen sollen, aber wir prüfen alle Möglichkeiten.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Eva Quante Brandt. – Bitte sehr!

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD): Erst einmal herzlichen Dank für die Beantwortung der Fragen! Meine Frage betrifft auch Frage 3, und zwar: Worin liegen denn die enormen gesteigerten personellen Anforderungen zwischen Schülerinnen der zweiten und der dritten Klasse?

Staatsrat Jan Fries: Die Hinweise, die wir sowohl aus dem Bildungsressort als auch von den Bremer Bädern bekommen – Sie entschuldigen, wir sind da als Ressort nicht direkt beteiligt –, sind, dass die Fähigkeit oder der Unterstützungsbedarf beim Umziehen, Duschen und solchen Sachen bei Kindern, die ein Jahr jünger sind, noch deutlich größer ist als bei Dreijährigen. Das ist die Erklärung, die uns da – -. Entschuldigung, bei Drittklässlern!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wir haben es verstanden!)

Das ist die Erklärung, die mir da gegeben wurde.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD): Eine weitere Frage bezieht sich auf die Beantwortung der Frage des Kollegen, der eben vor mir gefragt hat, und zwar: Ihre Antwort lautete, die Doppelbelegung, also dritte Klasse/zweite Klasse und die Verknappung der Wasserfläche machen den besonderen Mehraufwand für die Bremer Bäder aus. Das heißt aber, doppelt so viele Gruppen von Kindern können jetzt schon mehr schwimmen lernen?

Staatsrat Jan Fries: Die Frage habe ich jetzt nicht –

Präsident Frank Imhoff: Bitte, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD): Also meine Frage ist: Erscheint der Mehraufwand für die Bremer Bäder daraus, dass sie jetzt Doppelbelegungen haben durch zweite Klasse/dritte Klasse?

Staatsrat Jan Fries: Nein, es ist einfach ein Umstellungsproblem. In dem Jahr, wo ich umstelle, muss ich doppelt so viele Unterrichtseinheiten in den Bremer Bädern unterbringen und betreuen, und da die Belegungsdichte in den Bädern jetzt schon sehr hoch ist, ist das ein großes logistisches Problem, für das wir noch keine abschließende Lösung gefunden haben.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD): Also zu meinem Verständnis: Das heißt, Sie belegen die Zweitklässler deswegen nicht, weil die Drittklässler im Bad sind?

Staatsrat Jan Fries: Das ist genau eines der Hauptprobleme, die wir lösen müssen, genau!

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Cindi Tuncel. – Bitte sehr!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Herr Staatsrat meine Frage betrifft auch die Frage 3: Wie schätzen Sie das ein? Wann kann man damit rechnen, dass dann irgendwann auch die Schüler der zweiten Klassen schwimmen lernen können, dass es vorverlegt wird? Haben Sie da einen Zeitplan?

Staatsrat Jan Fries: Ich kann dazu keinen Zeitplan geben. Wir berichten aber ja regelmäßig sowohl in der Sport- als auch in der Bildungsdeputation darüber, und da können wir sicher im nächsten Bericht noch einmal einen Zeitplan mitgeben.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 9: Verwirrung um die Entwicklung des Parkhauses Mitte
Anfrage des Abgeordneten Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 14. Februar 2023

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Mit welchen Rechten Dritter zu wessen Gunsten ist die Liegenschaft der Immobilie Parkhaus Mitte belastet, inwiefern können diese von der Stadtgemeinde Bremen beziehungsweise der BREPARK nachverhandelt, abgelöst oder gekündigt werden?

2. Welche Initiativen hat der Senat seit Juli 2022 ergriffen, um die oben genannten Rechte Dritter im Hinblick auf das Ziel einer Umnutzung und Entwicklung der Fläche des Parkhauses Mitte abzulösen?

3. Kann der Senat, wie in seiner Pressemitteilung vom 3. Februar 2023 zum Ausdruck gebracht, ohne Unterstützung angrenzender Eigentümer das Parkhaus Mitte abreißen und entwickeln, und wenn ja, wann soll der Abriss erfolgen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Nach Kenntnis des Senats bestehen folgende dinglichen Rechte, Dienstbarkeiten, auf Teilen des Parkhaus-Mitte-Grundstücks zugunsten Dritter: Überbauungsrecht, Unterbauungsrecht, Überwegungs-, Rampenzufahrts- und Nutzungsrecht, Leitungs- und Trafostationsrecht. Eine Nachverhandlung oder Ablösung dieser Rechte durch die Stadtgemeinde beziehungsweise die BREPARK

ist nicht erforderlich. Überwegungsrechte – Dienstbarkeiten – zugunsten des benachbarten DIC-Grundstücks, ehemals Galeria, oder dessen Eigentümers bestehen nicht.

Weitere Rechte ergeben sich aus den Mietverträgen zwischen der BREPARK und Dritten. Diese Verträge können ordentlich gekündigt werden. Aus datenschutzrechtlichen Gründen dürfen die Begünstigten nicht genannt werden.

Zu Frage 2: Der Senat hat die Rechte Dritter juristisch prüfen lassen. Eine Ablösung dieser Rechte ist nicht erforderlich.

Zu Frage 3: Soweit Dritte durch Dienstbarkeiten gesicherte Rechte an dem Parkhaus-Mitte-Grundstück haben, dürfen diese Rechte durch einen Abriss des Gebäudes nicht beeinträchtigt werden. Diese Erkenntnisse sind in die vom Senat Mitte 2022 veranlasste bautechnische Untersuchung zum Abriss des Parkhauses eingeflossen. Diese empfiehlt, das Untergeschoss des Parkhauses Mitte beizubehalten. Ein Abbruchkonzept wurde noch nicht erstellt, der Abbruch ist derzeit für 2026 avisiert. Im Rahmen der Untersuchung wurde die prinzipielle Machbarkeit untersucht und entsprechend nachgewiesen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet. (Die vom [Senat schriftlich beantwortete Anfrage der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite Fehler! Textmarke nicht definiert.](#))

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde liegen zwei Themen vor, und zwar erstens auf Antrag der Abgeordneten Falk-Constantin Wagner, Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör, Sofia Leonidakis, Ralf Schumann, Björn Fecker und den Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen das Thema „Konsequenter Mieter:innenschutz vor unvertretbaren Wohnverhältnissen“ und zweitens auf Antrag der Abgeordneten Jens Eckhoff, Rainer Bensch, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU das Thema „Eine halbe Milliarde Euro sind weg, und die GeNo steht wieder am Rande des Abgrunds – Senat ohne langfristige Lösung für kommunale Kliniken“.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Themen wird nach der Reihenfolge des Eingangs verfahren. – Ich stelle Einverständnis fest.

Ich rufe jetzt das erste Thema auf:

Konsequenter Mieter:innenschutz vor unvertretbaren Wohnverhältnissen

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Ulrich Mäurer.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit fünf Wochen sind in den Wohnungen am Grünenweg über dem früheren Stubu inzwischen die Heizungen kalt. Seit fünf Wochen in der eigenen Wohnung ohne Heizung bei Außentemperaturen um den Gefrierpunkt, und das alles nicht deswegen, weil die Menschen ihre Rechnungen nicht bezahlt hätten oder weil sie sich sonst in irgendeiner Weise falsch verhalten hätten, sondern weil der Eigentümer der Wohnung ihr Geld nicht an die swb weitergeleitet hat! Es ist ein Horrorszenario für jede Mieterin und jeden Mieter, dass grundlegende menschliche Bedürfnisse wie das Heizen der eigenen Wohnung so eingeschränkt werden und man gleichzeitig ohnmächtig ist, irgendetwas an der eigenen Lage zu ändern.

Es ist in diesen Extremfällen Aufgabe des Staates, eigentliche Selbstverständlichkeiten wiederherzustellen, den Eigentümer in die Pflicht zu nehmen und das Recht der Bewohnenden zu schützen, und das lautet ohne Wenn und Aber: Jeder Mensch hat das Recht auf eine warme Wohnung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das Ordnungsamt, das möchte ich ausdrücklich sagen, hat schnell gehandelt, obwohl es von der Lage wieder einmal spät erfahren hat, und das Ordnungsamt hat unbürokratisch geholfen. Die Kolleginnen und Kollegen haben nicht nur den Eigentümer kontaktiert und mit den Möglichkeiten des Wohnungsaufsichtsgesetzes an seine Pflichten erinnert, die Kolleginnen und Kollegen sind auch zum Baumarkt gefahren und haben den Menschen in den Wohnungen Heizlüfter besorgt, sie haben dazu auch kleine Stromzähler besorgt, damit der Stromverbrauch der Heizlüfter dokumentiert werden kann und sichergestellt wird, dass derjenige

die Kosten tragen muss, der die Situation zu verantworten hat, nämlich der Eigentümer. Das ist, liebe Kolleginnen, so einfühlsam wie wirkungsvoll, und ich möchte den Kolleginnen und Kollegen des Ordnungsamtes und auch der Sozialbehörde sagen: Vielen Dank für Ihre hervorragende Arbeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Dass der Staat in Bremen diese Aufgabe überhaupt wahrnehmen kann, ist, so unglaublich das klingt, keine Selbstverständlichkeit. Das Ordnungsamt kann nur helfen, weil wir hier in Bremen vor einigen Jahren von unserer Gesetzgebungsbefugnis als Stadtstaat Gebrauch gemacht und mit dem Bremischen Wohnungsaufsichtsgesetz die gesetzliche Grundlage für diese Eingriffe geschaffen haben. Wie gut in solch einer Situation, dass Bremen dieses Gesetz geschaffen hat! Es hat sich aus unserer Sicht bereits in vielen Fällen bewährt.

Es hat sich in der Neuwieder Straße 3 in Tenever immer wieder bewährt – von der defekten Gasleitung, wegen der die Menschen wochenlang in Containern duschen mussten, bis hin zur Befestigung loser Gerüstteile an dem Gerüst, das wir auch jetzt gerade an dem Hochhaus sehen können, lose Gerüstteile an einem Hochhaus, wohlgemerkt, man muss sich einmal vorstellen, welche Gefahr für die Menschen davon ausgehen kann! –, es hat sich bewährt zuletzt in Huchting in der Robinsbalje, wo ebenfalls eine Gassperre erfolgte, weil Gelder nicht weitergeleitet wurden und die Eigentümergemeinschaft und die Hausverwaltung sich dafür gegenseitig die Schuld zuschoben. Für die Menschen, die betroffen waren, war es einerlei. Es hat sich auch bewährt beim sogenannten Haus des Grauens in Oslebshausen, wo die Baubehörde und das Ordnungsamt unisolierte Elektrokabel feststellten, der Hof offenbar als Toilettensersatz diente und sich zwischen den Gegenständen der verwahrlosten Wohnung noch die Ankündigung einer Mieterhöhung des Eigentümers befand.

An dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat das Gesetz die nötigen Handlungsspielräume eröffnet, die Wohnungen sofort zu räumen und den Menschen eine Ersatzunterbringung anzubieten, gerechterweise auf Kosten des Eigentümers.

Im Fall der Bahnhofsvorstadt ist die Sache allerdings leider komplizierter, denn hier sind nach Auskunft der Innenbehörde inzwischen auch Strom und Wasser von einer Sperre durch den Energieversorger bedroht. Die Heizlüfter sind in den sehr kleinen Wohnungen in diesem Haus ein Behelf,

aber spätestens ohne Wasser werden die Wohnungen unbewohnbar; und jetzt kommt das dickste Ende: Der Eigentümer – und das unterscheidet es von allen vorhergegangenen Fällen – ist abgetaucht und nach allem, was wir wissen, für niemanden mehr erreichbar. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es fehlen mir die Worte für solche Verantwortungslosigkeit! Es gibt hierfür keine Rechtfertigung, und es kann nur eine Antwort darauf geben: Der Staat muss das Recht der Betroffenen auf menschenwürdiges Wohnen schützen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich wertschätze sehr – das sage ich auch in die Richtung des Innensenators –, dass das Ordnungsamt hier genauso entschlossen vorgeht wie in den anderen Fällen. Wir müssen allerdings auch als Gesetzgeber, als Parlament sicherstellen, dass das Ordnungsamt alle nötigen Befugnisse hat, um die Menschen zu schützen, und darüber möchten wir heute in dieser Aktuellen Stunde diskutieren.

Aus Sicht der SPD-Fraktion geht es an dieser Stelle um drei Dinge. Erstens: Das Gas muss wieder angeschlossen werden, und zwar auch ohne Kooperation des Eigentümers.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das Wohnungsaufsichtsgesetz sieht schon heute das Instrument der Ersatzvornahme vor, das heißt, das Ordnungsamt darf auch ohne Einverständnis des Eigentümers handeln, und ich bin froh darüber, dass die Innenbehörde bereits in der Prüfung ist, ob diese rechtliche Grundlage ausreicht, mit der swb eine Regelung zu finden, wie das Gas wieder angeschlossen werden kann.

Spätestens aber – und das ist Punkt zwei –, wenn Strom- und Wasserversorgung bedroht sind, brauchen wir eine umfassendere Lösung, denn wenn versucht werden soll, all das noch über das Ordnungsamt abzuwickeln, dann kommen wir an den Punkt, wo wir feststellen, dass unser Ordnungsamt nicht im Nebenjob noch die Aufgabe einer Hausverwaltung für Bremens schlechtesten Vermieter übernehmen können wird. In diesem Fall braucht das Ordnungsamt deswegen die Möglichkeit, eine Hausverwaltung einzusetzen, also diese Immobilien unter Zwangsverwaltung zu stellen und sie so lange treuhänderisch verwalten zu lassen, bis die ordnungsgemäßen Zustände wiederhergestellt sind.

Eine solche Treuhänderregelung, das müssen wir feststellen, fehlt dem Wohnungsaufsichtsgesetz bisher, und die Wahlperiode, das wissen wir alle, ist nicht mehr lang. Deswegen ist es mir und meiner Fraktion wichtig, heute den Diskurs darüber zu beginnen, dass wir es schaffen, dass das Parlament auch in einer solchen Situation und auch, wenn bald Wahl ist, Handlungsfähigkeit beweist und die nötigen Eingriffsbefugnisse sicherstellt. Deshalb, Herr Innensenator: Wenn das Ordnungsamt diese Eingriffsmöglichkeit braucht, dann kann ich Ihnen dafür schon einmal sagen – ich kann nur für die SPD-Fraktion sprechen –: Sie können sich auf die volle Unterstützung der SPD für ein sehr schnelles Gesetzgebungsverfahren verlassen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das Dritte und Letzte ist: Wir brauchen eine Meldepflicht für die swb und auch für jeden anderen Energieversorger, dass dem Ordnungsamt das Abstellen zentraler Energieversorgung vorab angezeigt werden muss. Es kann doch nicht wahr sein, dass das Ordnungsamt von diesen Fällen regelmäßig erst aus der Zeitung erfährt oder wenn sich tatsächlich Betroffene melden, weil ihre Wohnungen schon kalt sind! Wir möchten sicherstellen, dass das Ordnungsamt schon informiert ist, bevor es in den Wohnungen kalt wird, und dafür müssen wir ebenfalls eine gesetzliche Grundlage schaffen. Das ist unser dritter Vorschlag, und über die Vorschläge möchten wir heute im Rahmen dieser Aktuellen Stunde ins Gespräch kommen, um sicherzustellen, dass Bremen das Recht der Betroffenen auf menschenwürdiges Wohnen frühzeitig schützen und damit wirkungsvoller als bisher garantieren kann. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Silvia Neumeyer.

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Wie war es bei Ihnen in den letzten Monaten? Der fürchterliche Krieg in der Ukraine ist ausgebrochen, und die Diskussion über Energieengpässe ging ja um, und damit verbunden eventuelle Einschränkungen, mit denen zu rechnen ist. Haben Sie auch darüber nachgedacht, was Sie machen, wenn das Gas und der Strom stundenweise abgestellt werden müssen, ihren Vorrat an Kerzen, Wasserflaschen oder wenn Sie einen Kamin besitzen, Ihren Holzeinkauf etwas zu erhöhen oder einen Heizstrahler anzuschaffen?

Zum Glück ist es ja bis jetzt nicht so weit gekommen, und doch gibt es Menschen in unserer Stadt, die unverschuldet Tage und Wochen in ungeheizten Wohnungen sitzen und denen das Wasser abgedreht wurde: Mieter und Mieterinnen, die ordnungsgemäß Abschlagszahlungen für Strom, Gas und Wasser an ihren Vermieter geleistet haben, leider an einen korrupten Vermieter, der ihre Zahlungen nicht weitergeleitet hat! Ein aktuelles Thema, wie man an den Fällen in Huchting in der Robinsbalje und in Bremen-Mitte im Grünenweg sieht! Leider kein neues Thema!

Ich schaue jetzt einmal zu meinem Fraktionskollegen Detlef Scharf hinüber, der im Sommer 2014 tagelang Kanister mit Wasser in ein Mehrfamilienhaus in der Georg-Gleistein-Straße in Vegesack geschleppt hat, um den Bewohnern zu helfen.

(Beifall CDU)

Auch sie waren von einem korrupten Vermieter betrogen worden. Leider trifft es auch nicht selten Menschen, die bereits in prekären Verhältnissen leben und die sich schlecht wehren können. Da ist es gut, wenn der Senat jetzt auf Grundlage des Wohnungsaufsichtsgesetzes unbürokratisch Hilfe leisten kann.

In der Begründung Ihres Antrags zur Aktuellen Stunde steht, dass in Zeiten eines angespannten Wohnungsmarktes solche Fälle immer wieder traurige Realität sind. Ich befürchte, dass diese Fälle sich noch vermehren werden, und nicht nur im Bereich der Strom-, Heiz- und Wasserversorgung, sondern auch im baulichen Bereich. Schimmel in Wohnungen oder der wochenlange Ausfall von Fahrstühlen in Hochhäusern, die dazu führen, dass die Menschen in ihren Wohnungen gefangen sind, sind nur zwei Beispiele.

Die CDU-Fraktion hat deshalb bereits im Dezember 2020 eine Kleine Anfrage zur Umsetzung des Wohnungsaufsichtsgesetzes gestellt. In der Beantwortung des Senats, Drucksache [20/828](#) vom Februar 2021, steht auf unsere Frage, welche Vorkehrungen der Senat treffen will, wenn es möglicherweise zu einem zunehmenden Aufkommen von Missständen kommt, folgende Antwort, ich zitiere: „Da bisher nicht mit einem erhöhten Aufkommen von Missständen zu rechnen ist, sind diesbezüglich keine Vorkehrungen getroffen und sind entbehrlich.“ Wie sieht der Senat das heute?

Die Koalition beklagt in ihrem Antrag auch, dass sie erst durch die Presseberichterstattung von

Strom- und Wassersperren erfährt. Wir haben damals in unserer Anfrage auch gefragt, wie die Behörden von diesen Missständen erfahren. Unter Ziffer 4 b kann man dann nachlesen, dass die derzeitige Datenschutzlage es nicht zulässt, dass die swb AG präventiv bevorstehende Strom- und Wassersperren an den Senat melden darf. Ich frage mich, ob das noch richtig ist.

Sie von der Koalition schreiben auch in Ihrem Antrag, dass man Meldepflicht neu diskutieren muss. Das sehe ich genauso. Sie sollten zusammen mit der Datenschutzbeauftragten über bessere Lösungen nachdenken, zumal es sich ja oft um die gleichen unzuverlässigen Vermieter und Vermieterinnen handelt. Wir müssen uns vor unsere Mieter und Mieterinnen stellen und sie vor solchen Vermietern und Vermieterinnen schützen.

(Beifall CDU)

Lassen Sie mich zum Schluss noch sagen, dass es sich bei der Mehrheit der Vermieter und Vermieterinnen nicht um solche Schurken, sondern um verlässliche Vermieter handelt, und lassen Sie mich auch noch sagen, dass wir durch verstärkten Wohnungsbau viel von diesem Elend vermeiden können. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben nicht zum ersten Mal Fälle über fürchterliche Wohnverhältnisse, die durch die Medien gehen. Einmal sind es verschimmelte Wohnungen, einmal ist es der abgestellte Strom, einmal ist es die kaputte Heizung, der nicht funktionierende Fahrstuhl, der seit Jahren defekt ist und ältere Menschen dazu zwingt, viele Treppen zu steigen. Das ist keine neue Situation, sie tritt immer wieder auf. Es ist besonders dann tragisch, wenn Mieterinnen und Mieter ihren Teil geleistet haben, das heißt, sie beispielsweise bei Strom oder Gas ihre Abschlagszahlung an den Vermieter geleistet haben, er diese aber nicht weitergeleitet hat. Das ist deswegen ein ganz besonderes Problem, weil es in der Regel die Schwächsten der Gesellschaft trifft.

Es trifft Menschen, die sich sowieso am Rande der Gesellschaft bewegen, es trifft Menschen mit Migrationshintergrund, die vielleicht der deutschen Sprache nicht so mächtig sind, wie sie es für diese

Situation benötigen, die vielleicht auch nicht durch den Behördenschwund durchsteigen. Das betrifft insbesondere häufig auch Rentnerinnen und Rentner, die teilweise schon seit Jahrzehnten in ihren Wohnungen wohnen und nicht wie vielleicht junge Menschen dann einfach schnell einmal eine neue Wohnung suchen können, und es trifft insbesondere – und das ist, glaube ich, ein gemeinsamer Nenner – häufig Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten.

Das ist auch deswegen ein Problem, weil es ja kaum juristische Möglichkeiten gibt. Auf dem Papier gibt es sie natürlich, klar, jeder Bürger/jede Bürgerin hat die Möglichkeit, sich sein oder ihr Recht zu erklagen, das ist auch gut, und das ist auch richtig so, aber in der Praxis sieht es dann eben manchmal doch anders aus: Einen Rechtsprozess gegen einen großen Vermieter, vielleicht sogar gegen eine juristische Person zu führen, das muss man sich erst einmal trauen. Das kostet auch Geld, und das kostet insbesondere auch Zeit. Solche Verfahren ziehen sich über Monate, manchmal sogar über Jahre, und in dieser Zeit bleibt im Zweifelsfall die Heizung aus, und das kann in den Wintermonaten nicht nur unangenehm werden, sondern auch gefährlich.

Natürlich muss ein Vermieter, der entsprechende Abschlagszahlungen einkassiert hat und sie nicht weiterleitet, zur Rechenschaft gezogen werden, das ist gar keine Frage, aber was in dieser Situation am allerwichtigsten ist, ist, dass die Heizungen erst einmal nicht abgestellt werden. Was bringt es dem Mieter, was bringt es der Mieterin, wenn der Vermieter in einigen Wochen oder in einigen Monaten zur Verantwortung gezogen wird, aber über die gesamte Zeit die Heizung ausgestellt ist? Das sind zwei Paar Schuhe, die natürlich zusammenhängen: Man muss das eine tun, ohne das andere zu lassen.

(Beifall FDP)

Das Wichtigste ist, dass die Menschen in dieser Situation erst einmal nicht in der Kälte sitzen, ich glaube, da sind wir uns alle einig. Das große Problem ist – und das hat der Kollege Wagner eben schon formuliert –, dass solche Fälle bei denen, die die Entscheidung treffen können, ob das Gas, ob die Heizung abgestellt wird oder nicht, offensichtlich häufig erst über die Medien aufkommen, und das ist eine Frage des Informationsflusses. Natürlich kann ein großer Energieversorger im Zweifelsfall nicht sehen: Was ist dort eigentlich der Fall? Hat da einfach nur jemand seine Rate nicht bezahlt – dann ist das im Zweifelsfall eine notwendige

Maßnahme, auch einmal den Strom oder die Heizung abzustellen –, oder ist das eine Situation, wie wir sie jetzt gehabt haben, dass beispielsweise Abschlagszahlungen geleistet worden sind, aber nicht weitergeleitet worden sind? Das kann ein Energieversorger natürlich im Zweifelsfall nicht so ohne Weiteres wissen. Das heißt, wir müssen an der Stelle den Informationsfluss sicherstellen, er muss gewährleistet werden.

Da sich beispielsweise die großen Energieversorger, zum Beispiel die swb, in öffentlicher Hand befinden, ist es, glaube ich, auch machbar, eine entsprechende Infrastruktur zu schaffen, um sicherzustellen, dass solche Fälle in Zukunft bei den Versorgern nicht mehr durch die Medien aufploppen, sondern frühzeitig gemeldet werden und dort nachsichtig im Sinne der Mieterinnen und Mieter gehandelt werden kann. Das muss der allererste Zweck in dieser Situation sein.

(Beifall FDP)

Ich wehre mich aber gegen den Eindruck, und das möchte ich auch sagen, dass die Vermieterinnen oder die Vermieter sich so verhalten. Das stimmt eben nicht. Es gibt ja ein gewisses Muster der Fälle, wo das immer wieder auftritt: Es sind oft große Vermieter, es sind oft Vermieter, die eine große Anzahl an Wohnungen haben, wo teilweise Fonds dahinterstecken, es sind Vermieter, die in den seltensten Fällen hier in Bremen vor Ort ansässig sind. Da muss man sich natürlich einmal die Frage stellen, inwieweit uns das eigentlich in die Situation bringt, auch dort einmal dagegen vorzugehen – nicht gegen Vermieter allgemein, aber ein größeres Augenmerk auf große Vermieter zu haben, wo vielleicht die Betreuung jedes einzelnen Mieters oder jeder einzelnen Mieterin nicht mehr so gewährleistet ist.

Ich will aber auch ganz deutlich sagen, die ganz, ganz überwiegende Mehrheit der Vermieterinnen und Vermieter, insbesondere der privaten, der kleinen Vermieter verhält sich anständig, sie haben ein großes Interesse an einer langfristigen, vertrauensvollen Vermieter-Mieter-Beziehung, und ich wehre mich dagegen, dass irgendwie der Eindruck entstehen könnte, dass diese Menschen, die ja auch Verantwortung übernehmen, indem sie Wohnraum vorhalten, indem sie Wohnraum in Schuss halten, indem sie im Zweifelsfall auch auf den Euro mehr Miete verzichten, weil sie sagen, mir ist ein Mieter wichtiger und lieber, der über Jahre vertrauensvoll in meiner Wohnung wohnt, der damit gut umgeht,

der regelmäßig seine Miete zahlt, unter Generalverdacht gestellt werden. Das darf auf gar keinen Fall passieren.

(Beifall FDP – Vizepräsidentin Sülmez Çolak übernimmt den Vorsitz.)

Ja, wir müssen ganz dringend bessere, schnellere und barrierefreiere Möglichkeiten schaffen, damit sich solche Zustände, wenn sie auftreten, gerade nicht über Wochen oder Monate hinziehen und dann vielleicht zufällig über die Medien bei den Versorgungswerken ankommen, damit im Zweifelsfall die Versorgung – in diesem Fall mit Gas – aufrechterhalten werden kann und schnell reagiert werden kann, aber wir müssen natürlich auch dafür sorgen, dass wir in Bremen noch mehr Wohnraum schaffen. Auch das gehört natürlich zur Wahrheit dazu. Nur in dem Fall, wo ausreichend Wohnraum vorhanden ist und ein Mieter sagen kann, lieber Vermieter, ich habe mir das jetzt eine Zeit lang angesehen, so geht es nicht mehr, ich kann jetzt auch einfach in eine neue Wohnung ziehen, hat der Mieter ja auch wieder überhaupt die Möglichkeit, ein Stück weit seine Macht auszuspielen, die in den vergangenen Jahren nicht gegeben war.

(Beifall FDP)

Wir brauchen dringend mehr Wohnraum, und den schafft man eben nicht durch mehr Regeln und mehr Vorschriften, sondern durch das genaue Gegenteil: Wir müssen attraktiv werden für Investoren, die hier Wohnraum schaffen.

(Beifall FDP)

Die Probleme sind monokausal, und sie treten ja auch insbesondere dann auf, wenn man einen Vermieter hat. In dem Moment, wo ich in meinem Eigentum wohne und eine direkte Verbindung, eine direkte Geschäftsbeziehung zum Energieversorger habe, kann es ja nicht mehr passieren, dass die Beiträge einbehalten und nicht weitergeleitet werden. Das heißt, wir müssen auch an dieser Stelle dafür sorgen, dass wir mehr Menschen in Eigentum bringen, beispielsweise durch einen Mietkauf – ein Vorschlag, den wir seit Jahren hoch- und herunterbeten! –, der es auch Menschen mit einem kleinen Einkommen ermöglicht, ins eigene Wohnheim zu ziehen, in die eigene Wohnung oder sogar in das eigene Haus. Da müssen wir ran, weil der Erwerb von Eigentum für Menschen jetzt noch schwieriger geworden ist als sowieso schon in den vergangenen Jahren.

Wir sehen, die Probleme sind monokausal – sie liegen meistens in der Verantwortung eines einzelnen Vermieters, der sich einfach nicht ordentlich verhält, der sich nicht anständig verhält –, aber die Antworten sind multikausal. Wir brauchen verschiedene Wege, wie wir darauf reagieren, und ich glaube, mehr Kontrolle oder mehr Strafe, und dann wird das schon, das ist eine Annahme, die so nicht zutrifft.

(Beifall FDP)

Was mich ein Stück weit wundert, ist: Wir haben jetzt hier eine Aktuelle Stunde zu dem Thema. Herr Wagner, Sie sagten, wir müssen handeln, wir müssen da auch entsprechendes Recht schaffen. Sie hätten ja die Möglichkeit gehabt, einen Antrag einzureichen. Das hätte man ja machen können. Wir haben jetzt hier „nur“ eine Aktuelle Stunde.

(Abgeordneter Falk-Constantin Wagner [SPD]: Das ist das Wesen einer Aktuellen Stunde, dass sie nach der Antragsfrist eingereicht wird! – Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Sie können einen Dringlichkeitsantrag stellen, auch für ein Ortsgesetz!)

Auch das ist möglich, vielen Dank, Herr Kollege Dr. Buhlert! Wir hätten da jetzt quasi konkret über Inhalte sprechen können, jetzt haben wir leider nur eine Aktuelle Stunde, die zwar auf das Problem aufmerksam macht,

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Und da geht es nicht um Inhalte in einer Aktuellen Stunde?)

aber am Ende das Problem nicht löst.

Womit ich mich ein bisschen schwertue, und das wird Sie nicht wundern, ist der Vorschlag, dort, wo einmal etwas schief läuft, beispielsweise in einem größeren Wohnungskomplex, ihn sofort unter staatliche Aufsicht zu stellen. Das mag in einzelnen Situationen, wo wir über lange Zeit über eine problematische Situation sprechen, in Einzelfällen notwendig sein, aber ich habe große Sorge vor der Tür, die damit geöffnet wird, dass dieses Instrument am Ende immer sofort da genutzt wird, wo irgendjemand etwas macht, was einem nicht passt. Die Erfahrung mit diesem rot-grün-roten Senat zeigt uns: Vorsicht mit solchen Instrumenten! – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte eigentlich in die Debatte einsteigen mit der Feststellung, dass wir hier eine große Einigkeit in der Debatte haben, die letzten Äußerungen des Kollegen Schäck haben mich zu einer Änderung dieses Gedankens bewogen. Herr Kollege Schäck, ehrlich gesagt ist meine größte Sorge, dass solche Zustände wieder vorkommen, und mein größeres Ansinnen ist, dass wir genau das verhindern. Insofern glaube ich, das ist die Aufgabe, die sich auch aus dieser Debatte ergibt, und zumindest da habe ich eine große Einigkeit wahrgenommen, dass wir solche Zustände in Zukunft verhindern wollen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Richtig finde ich aber den Hinweis, und den habe ich hier fraktionsübergreifend wahrgenommen, dass die Betroffenen von solchem Fehlverhalten von Vermieter:innen – -. Es stimmt ja, das kann man nicht jedem Vermieter/jeder Vermieterin

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Der Mehrheit kann man das nicht vorwerfen!)

zur Last legen, das stimmt auch, aber wenn es eben vorkommt, dann ist das eine eklatante Einschränkung der Wohnverhältnisse der Betroffenen, und es stimmt auch – und dieser Hinweis ist ja auch wichtig –: Das trifft eben nicht diejenigen, die in der Villa in Schwachhausen wohnen, sondern es trifft diejenigen, die in prekären Lebensverhältnissen leben, die häufig nicht die Sprachkenntnisse haben, nicht die finanziellen Mittel haben, um juristische Prozesse anzustrengen, die nicht den entsprechenden Zugang zu den Behörden haben, die möglicherweise gerade neu hierher geflüchtet sind und eben gerade nur da Wohnraum finden, weil er woanders nicht zur Verfügung steht. Gerade deswegen, weil das so ist, brauchen die betroffenen Mieterinnen und Mieter eine besondere Unterstützung, weil sie auch besonders betroffen sind.

Vielleicht versetzen wir uns noch einmal zurück in den vergangenen November! Wir hatten Minusgrade, nachts teilweise zweistellige Minustemperaturen, und in dieser Zeit lebten 27 Menschen in Huchting in der Robinsbalje über zwei Wochen lang ohne Heizung. Darunter waren Familien mit Kindern, teilweise Säuglinge in den Haushalten, und es gab Berichte von Familien, von Eltern, die von ihren Kindern gebeten wurden, trotz mehrerer

Schichten Kleidung und trotz Heizstrahlern mit dem Föhn aufgewärmt zu werden, weil die Kälte unerträglich war. Solche Zustände haben nicht die Eltern als Mieterinnen und Mieter verschuldet, sondern auch in der Robinsbalje war es die gleiche Situation: Die Mieterinnen und Mieter, acht Wohneinheiten, hatten ihre Vorauszahlung an die Vermieter geleistet, aber diese hatten sie nicht weiter an den Versorger, in dem Fall die swb, weitergeleitet.

Solche Fälle kommen jetzt wiederholt vor, und die Leidtragenden dieser rücksichtslosen und verantwortungslosen Vermieter sind die betroffenen Mieterinnen und Mieter, denn wenn die Vermieter den Versorgungsvertrag mit den Energieversorgern abgeschlossen haben und die Rechnung der Energie- und Wasserversorger nicht begleichen, dann richtet sich auch die Androhung der Gas-, Wasser- oder Stromsperre an die säumigen Vermieter. Die Mieter:innen bekommen davon im Zweifel gar nichts mit, und wenn sie etwas mitbekommen, dann können sie relativ wenig tun, außer ihre Vermieter immer wieder zu bitten – und das ist auch in der Robinsbalje passiert –, die Vorauszahlung bitte weiterzuleiten. Wenn das dann aber nicht passiert, dann sind die Mieterinnen und Mieter der Strom-, Gas- oder Wassersperre hilflos ausgesetzt, und teilweise sind sie davon auch kalt überrascht, kalt im wahrsten Sinne des Wortes.

Ich finde, wir müssen hier und heute – und diese Einigkeit habe ich hier wahrgenommen – darüber diskutieren, wie wir ein solch rücksichtsloses und verantwortungsloses Verhalten unterbinden können und den betroffenen Mieter:innen Hilfe und Schutz zukommen lassen können.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Aktuell passiert das Gleiche ja wieder im Grünenweg hier in Bremen-Mitte am Rembertikreisel: Seit fünf Wochen, liebe Kolleginnen und Kollegen – wir befinden uns im Januar/Februar, es ist Winterzeit! –, sind dort 24 Wohneinheiten unbeheizt. Die Behörde hat hier sehr schnell reagiert, das wurde bereits gesagt, sie hat elektrische Heizgeräte besorgt, sie hat Zähler besorgt. Die zusätzlichen Stromkosten werden von der Sozialbehörde übernommen, und das wiederum wird dann dem Vermieter in Rechnung stellt, was ja richtig ist, denn er ist der Verursacher dieser Misere. Das ist gut, und den beteiligten Behörden gebührt dafür unser aller Dank. Es ist aber natürlich nur eine Notlösung, und auch die Heizstrahler, die besorgt werden, die kleinen Elektroheizungen, können natürlich keine normale

Heizung ersetzen. Es wird berichtet, dass in den Wohnungen 15 bis 16 Grad sind. Das ist natürlich immer noch relativ kalt, aber besser als nichts.

Besser wäre es natürlich, solche Sperren kämen gar nicht vor, und noch besser wäre es, wenn die Sperre jetzt im Grünenweg so schnell wie möglich aufgehoben würde, denn wir sehen ja, das wurde bereits gesagt, der Vermieter hat auch die Zahlungen für Wasser und Strom nicht weitergeleitet, und deswegen werden Ende Februar, also nächste Woche, die rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllt sein, die Stromsperre zu verhängen. Das Drama hat dann im Zweifel kein Ende, und Herr Wagner hat bereits erwähnt, der Vermieter ist abgetaucht. Insofern steht tatsächlich reell zu befürchten, Ende März könnte auch noch eine Wassersperre dazukommen. Eine so umfassende und so lange Sperre ist mir bisher noch nicht untergekommen. Wir hatten die Wassersperre in Vegesack im Jahr 2014, sie wurde erwähnt, wir hatten die Gassperre in der Robinsbalje, aber eine so umfassende und so lange andauernde Sperre wie jetzt im Grünenweg ist mir bisher so nicht untergekommen, und ganz ehrlich, da müssen bei uns auch angesichts der Häufung und angesichts der Schwere und der Dramatik für die betroffenen Mieterinnen und Mieter die Alarmzeichen wirklich auf Rot stehen.

(Beifall DIE LINKE)

So etwas müssen wir in Zukunft verhindern.

Übrigens hat der Vermieter auch die vom Bund übernommenen Abschlagszahlungen der Dezemberabschläge nicht weitergeleitet. Also, hier wird kassiert, die Vorauszahlungen werden seitens des Vermieters gern eingenommen, die übernommenen Dezemberabschläge werden gern eingenommen, aber das Geld wird nicht weitergeleitet. Das geht wirklich gar nicht!

Im November habe ich mich mit den Betroffenen in der Robinsbalje getroffen, und ich war auch mit der swb im Austausch. Die swb gab an, dass sie die Mieter:innen zwar schriftlich in den Briefkästen informiert hat, aber die Sperre wurde natürlich nicht verhindert. Ich finde es in Ordnung, dass informiert wird, aber es muss auch aufsuchend beraten werden über die Rechte, die die Mieterinnen und Mieter in solchen Fällen haben, und es braucht auch eine Bereitschaft der swb, bei Versorgungsverträgen mit so unzuverlässigen Vermietern, mit denen wir es jetzt offenbar wiederholt zu tun haben, auch die Versorgungsverträge in Einzelverträge mit den

Mieterinnen und Mietern der einzelnen Wohneinheiten abzuändern. Diese Bereitschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist meiner Wahrnehmung nach – und ich habe, wie gesagt, auch direkte Gespräche geführt – durchaus ausbaufähig.

(Beifall DIE LINKE)

Wir müssen Lösungen als Stadtparlament finden, also legislative Lösungen. Es braucht auch eine Erweiterung des Instrumentenkastens, das wurde auch bereits gesagt, und wir müssen diskutieren, wie wir hier schnell reagieren können. Das Problem ist ja tatsächlich, dass das Ordnungsamt, also die Wohnungsaufsicht, teilweise erst aus der Presse davon erfahren hat – das war in der Robinsbalje auch so –, und dann kann man natürlich nicht mehr schnell reagieren, beziehungsweise dann ist die Wohnung im Zweifel schon kalt, oder dann haben die Mieterinnen und Mieter möglicherweise auch schon kein Wasser mehr. Im Fall des Grünenwegs wurde, als man Kenntnis hatte, dann sehr schnell reagiert.

Das Ordnungsamt hat auch ein Mietertreffen organisiert, das finde ich sehr gut, und die Gründung einer Mieternotgemeinschaft angeregt. Dann können die Mieterinnen und Mieter an den Vermietern vorbei die Vorauszahlung direkt an den Versorger überweisen. Die swb allerdings besteht dann auf Überweisung einer Gesamtsumme und möchte bisher nicht Einzelzahlungen annehmen. Für das Sammeln dieser Teilbeiträge wäre die Führung eines Sammelkontos notwendig, und dazu war niemand bereit. Ich kann das ehrlich gesagt verstehen, denn dann hat man ja die Verantwortung für das Sammeln der gesamten Summe.

Das Sozialressort will deshalb jetzt mit der swb verhandeln, ob Einzelverträge mit den Mieterinnen und Mietern zur Wasser- und Gasversorgung möglich sind. Auch hier muss ich sagen, da kann sich die swb auch gern einmal selbst bewegen, denn es wäre durchaus möglich, da dann auch einzelne Summen pro Wohneinheit zu akzeptieren. Das würde die Lage tatsächlich sehr vereinfachen.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, wir sind uns einig, es muss sichergestellt werden, dass bei einer Sperrandrohung gegenüber Vermietern, wenn sie den Versorgungsvertrag haben, die Wohnungsaufsicht informiert werden muss, und zwar schon bei der Sperrandrohung und nicht erst bei der Verhängung der

Sperre. Vermieter sind ja nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz verpflichtet, vermietete Wohnungen bewohnbar zu halten. Wenn Energie oder Wasser gesperrt ist, weil der Vermieter nicht bezahlt hat, dann ist das ganz klar ein Verstoß gegen das Wohnungsaufsichtsgesetz, und um das zu ahnden, braucht aber natürlich die Wohnungsaufsicht eine rechtzeitige Information darüber, dass eine solche Situation droht.

Deswegen schlagen wir vor – und Herr Kollege Schäck, ich glaube, Sie können sich darauf verlassen, dass das nicht nur ein Beitrag in einer Aktuellen Stunde ist, sondern dass wir das auch entsprechend umsetzen werden können –, dass eine solche Meldepflicht gesetzlich vorgesehen wird, wenn Vermieterinnen, die den Versorgungsvertrag innehaben, eine solche Sperrandrohung bekommen. Das sollte auch gesetzlich als Instrumentarium und als gesetzliche Pflicht im Wohnungsaufsichtsgesetz aufgenommen werden.

Man könnte das auch bei städtebaulichen Verträgen jetzt schon ohne Gesetzesänderung vorsehen. Im Bremer Standard sind ja einige Auflagen für Neubau vorgesehen. Da könnte man auch eine solche Pflicht relativ unkompliziert beim Abschluss von städtebaulichen Verträgen aufnehmen. Es braucht aber auch nicht nur schriftliche Informationen zu den Handlungsmöglichkeiten, sondern auch aufsuchende Beratung, und das wurde ja auch in dem Fall getan.

Was wir auch prüfen können, wäre – und dafür ist ja eine Aktuelle Stunde gut, um solche Vorschläge auch zu debattieren –, ob die Landeshauptkasse ein solches Sammelkonto, wie es die swb und möglicherweise auch andere Versorger verlangen, bereitstellt, um die Teilzahlungen der Vorauszahlung für die Nebenkosten dort zu sammeln und dann weiterzuleiten, um die Sperre abzuwenden.

Die Behörde kann auch anordnen, das ist bereits enthalten, dass die Sperre abgewendet wird, und sie kann auch – auch das wurde bereits erwähnt – zur sogenannten Ersatzvornahme greifen, also ein solches Instrument gibt es bereits im Wohnungsaufsichtsgesetz. Sie kann die offenen Rechnungen bezahlen und dem Eigentümer in Rechnung stellen. Hier könnte man gegebenenfalls auch den Härtefallfonds nutzen, und für eine weitere Ersatzvornahme – auch das ist im Instrumentenkasten enthalten – kann auch die Unterbringung der Mieter in anderen Wohnungen oder in anderem Wohnraum erfolgen, sollte der, in dem sie sich befinden,

unbewohnbar sein; das dann auf Kosten der Eigentümer.

Es gibt also genügend Instrumente im Wohnungsaufsichtsgesetz, oder es gibt viele Instrumente. Es gibt auch das Instrument, Zwangsgelder zu verhängen – ich glaube, das sollte man in solchen Fällen auch tun –, und es gibt die Möglichkeit, eine Wohnung für unbewohnbar zu erklären. Ich glaube, insbesondere, wenn so umfassende Sperren so lange vorhanden sind, dann muss man auch irgendwann darüber diskutieren.

Lange Rede kurzer Sinn: Ich glaube, wir sind uns relativ einig, und ich bin froh darüber, dass wir solchen ausbeuterischen Wohnverhältnissen und einer so skrupellosen Bereicherung einiger Vermieterinnen und Vermieter den Riegel verschieben müssen.

Ich möchte abschließen mit dem Zitieren des Artikels 14 Grundgesetz, darin steht, dass Eigentum verpflichtet. Ich bin der Auffassung, dass die Eigentümerinnen und Eigentümer, über die wir hier in dieser Debatte sprechen, dass diese Vermieterinnen und Vermieter ihre Pflicht als Eigentümerin und Eigentümer nicht erfüllen, sondern sie begehen eine grobe Pflichtverletzung. Ja, es sind wenige, aber diese wenigen fällen Entscheidungen und legen ein Verhalten an den Tag, die tatsächlich für die betroffenen Mieterinnen und Mieter eklatante Einschnitte in die Lebensverhältnisse bedeuten. Da kann man irgendwann auch einmal darüber nachdenken, ob man sie nicht besser enteignet, denn sie sind meiner Meinung nach wirklich nicht mehr geeignet, als Vermieterinnen und Vermieter aufzutreten. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Solveig Eschen.

Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen! Ich möchte noch einmal herausstellen, in dieser Aktuellen Stunde geht es hauptsächlich um Menschen; Menschen, die ihre Rechnungen bezahlt haben, die ihre Abschläge für ihre Nebenkosten an ihre Vermieter:innen bezahlt haben und die nun dennoch von Energiesperren betroffen sind. Das macht wütend, und ich bin ehrlich gesagt in diesem Fall besonders wütend, weil wir ja sicherlich alle noch all die Dinge in Erinnerung haben, all

die Bemühungen, die in den letzten Monaten erfolgt sind, um Menschen vor Energiearmut zu schützen, um Sperren zu vermeiden, Gelder, die geflossen sind, um Menschen in Zeiten erhöhter Energiekosten zu entlasten. All diese Bemühungen sind gerade für die Menschen, über die wir jetzt sprechen, ins Leere gelaufen, und Menschen frieren, weil Vermieter:innen den im Vertrauen auf einen rechtmäßigen Umgang mit den Abschlägen, die gezahlt wurden, diese Abschläge nicht weitergegeben haben. Das ist unerträglich, und das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Daher ist es auch genau richtig, dass als erste Akutmaßnahme die Zentralstelle für Wohnen des Sozialressorts in Kooperation mit der Wohnungsaufsicht die schon viel erwähnten Heizlüfter zur Verfügung gestellt hat, aber uns ist sicherlich auch allen klar, das ist natürlich nur eine Notlösung, und wir müssen uns dem Kern des Problems nähern, nämlich: Wie kann vermieden werden, dass es zu solchen Situationen überhaupt erst kommt?

Das derzeitige Problem, das wurde jetzt auch schon vielfach angesprochen, ist natürlich, dass die Wohnungsaufsicht solche Ausstände bisher erst mitbekommt, wenn es zu spät ist, wenn eine Sperre bereits erfolgt ist. Die Kolleg:innen haben es hier schon ausreichend erläutert: Es muss in Zukunft möglich sein, dass wir präventiv handeln können, dass also bei der Wohnungsaufsicht rechtzeitig gemeldet werden kann, und hierzu muss auch der Datenschutz noch einmal angefasst werden, damit das möglich ist und gehandelt werden kann, bevor es zu spät ist.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist auch schön, darüber habe ich mich gefreut, dass wir uns auf die SPD hinsichtlich eines schnellen Gesetzgebungsverfahrens verlassen können. Das ist auf jeden Fall schon einmal gut. Ich würde allerdings in diesem Zusammenhang davon abraten, die missliche Lage der Menschen hier zur eigenen Profilierung zu nutzen und jetzt möglichst schnell irgendwelche Gesetzgebungen in den Raum zu stellen. Natürlich muss gehandelt werden – schnell, aber durchdacht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Es muss in diesem Zusammenhang zum Beispiel das Zusammenspiel mit der Datenschutz-Grund-

verordnung genau geprüft werden. Es ist nicht einfach so möglich zu sagen, wir machen das jetzt plötzlich anders, sondern es muss mit den relevanten Akteur:innen erörtert werden, welche Veränderungsmöglichkeiten es gibt. Ja, liebe Abgeordnete der FDP, von Ihrer Seite wurde das Thema Erhebung von Bußgeld angesprochen, das sei keine Lösung. Ich bin mir da nicht so sicher. Auch diese Dinge muss man noch einmal besprechen und sehen, vernünftig und in Ruhe: Was sind jetzt gute Möglichkeiten, hier sinnvoll vorzugehen?

Es geht ja heute nicht nur um das Thema der aktuellen Energiesperren, sondern es geht in dieser aktuellen Stunde auch allgemein um die verschiedenen Aspekte unvertretbarer und menschenunwürdiger Wohnverhältnisse. Das Problem ist natürlich nur, dass bei diesem Thema Energie die Dinge nicht sofort sichtbar sind. Selbst, wenn zum Beispiel auffällige Gebäude, problematische, schon einmal in Erscheinung getretene Vermieter:innen angeschaut werden, wenn da die Wohnungsaufsicht einmal durchgeht und von außen schaut, sind diese Energiethemen nicht sichtbar. Das heißt, wir müssen eine Lösung finden, um auch bei diesen nicht sichtbaren Missständen dann vorgehen zu können.

Auch die Mieter:innen selbst – das ist ja das Gemeine an dieser Situation – haben ja keine Chance, etwas frühzeitig zu erkennen. Sie haben ihre Nebenkosten bezahlt und darauf vertraut, dass ihre Abschläge ordnungsgemäß weitergeleitet werden. Ich möchte daher auch an dieser Stelle zusätzlich zu dem, was wir als Staat hier tun können, einfach noch einmal dringend an alle appellieren, bei bestimmten Anzeichen auch ruhig misstrauisch zu werden, denn wenn wir uns die Berichterstattung in Ruhe und sorgfältig durchlesen, dann stellen wir fest, dass dort unter anderem berichtet wurde, dass es gar keine Nebenkostenabrechnungen gegeben hat. Das ist natürlich so ein Fall, wo man sagen muss, es ist auf jeden Fall sehr wichtig, da misstrauisch zu werden und dann auch das Recht, das allen zusteht, in Anspruch zu nehmen, sich Hilfe zu holen, zum Beispiel bei der Verbraucherzentrale, beim Mieter:innenverein und so weiter und so fort.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Man muss in diesem Zusammenhang, denke ich, auch noch einmal darüber nachdenken, was es darüber hinaus für Aufklärungsmöglichkeiten geben kann, denn es ist einfach so, dass auch nicht alle Menschen über die Rechte Bescheid wissen, die sie hier haben. Das heißt, man muss sich überlegen, ob man die Situation einer An- und Ummeldung nutzt,

wo Menschen ja dann einmal in die Behörde gehen, um sich an- oder umzumelden, um dann einfach noch einmal ein Infoblatt in verschiedenen Sprachen mitzugeben. All solche kleinen Dinge können dann ja insgesamt dazu führen, dass auch Menschen besser wissen, was sie überhaupt für Rechte haben, denn es ist unser Ziel und muss weiter unser Ziel sein, jede Energiesperre zu vermeiden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte nicht unterwähnt lassen, dass es trotz der aktuell unschönen Vorfälle auch in den letzten Jahren schon einiges gegeben hat, was getan wurde und dass auch in guter Kooperation mit der swb einiges erreicht werden konnte, um die Zahl der Sperren zu reduzieren. Hier hat es einen runden Tisch „Energie- und Wassersperren vermeiden“ gegeben, der auch sehr erfolgreich war und dazu beigetragen hat, Prozesse zu etablieren, die solche Sperren dann vermeiden lassen. Gelingen ist dies unter anderem durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit und Einbeziehung verschiedener Beratungsinstitutionen, ich hatte eben schon die Verbraucherzentrale erwähnt, aber auch Schuldnerberatungsstellen und so weiter, und auch die swb hat zum Beispiel Entgegenkommen gezeigt, indem es jetzt möglich ist, mit Kleinstraten Tilgungen von Schulden zu ermöglichen.

Ich möchte aber auch noch einmal betonen, das sind dann natürlich Dinge, die gelten nicht für die Vermieter:innen. Das sind Dinge, die können Menschen in Anspruch nehmen, die durch andere soziale Härten, wie auch immer, in diese Lage geraten sind, und es gibt ja auch den schon von Frau Leonidakis erwähnten Härtefallfonds als weiteres flankierendes Instrument zur Verringerung und Vermeidung von Sperren. Auch hier: Dieser Fonds ist für betroffene Bewohner:innen eingerichtet worden, nicht für Vermieter:innen und Eigentümerinnen, die die Vorauszahlungen ihrer Mieterinnen nicht an die Versorger weiterleiten. Diese erhalten selbstverständlich keine Leistungen aus dem Fonds.

Das Grundproblem, wenn Zahlungen nicht weitergeleitet werden, kann also so ein Fonds nicht lösen, und hier muss man auch ganz klar noch einmal sagen, bei allen Hilfsleistungen für betroffene Mieter:innen, die absolut richtig sind, ist ein wichtiger Punkt zu beachten: Es muss erreicht werden, dass bei Vorleistungen durch die Behörde nicht am Ende die Allgemeinheit auf den Kosten sitzen bleibt, die ja aus Steuermitteln bezahlt werden,

sondern es müssen die zuständigen Wohnungsbesitzer:innen zur Verantwortung gezogen werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Der Staat kann also in einem Fall wie dem vielfach beschriebenen nicht pauschal einspringen und alle Kosten übernehmen, denn wir dürfen natürlich auch nicht eine Einladung für Menschen aussprechen, sich auf Kosten anderer bereichern zu wollen, vorrangig erst einmal auf Kosten der Bewohner:innen, aber auch auf Kosten öffentlicher Gelder. Das darf keine gute Geschäftsidee sein!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich möchte noch einmal auf das Thema Vermieter:innen eingehen! Es wurde hier jetzt schon vielfach gesagt, dass sich selbstverständlich die meisten an die Regeln halten, und Herr Schäck, ich habe hier auch von niemandem gehört, dass hier jetzt irgendwer die Vermieter:innen alle unter Generalverdacht gestellt hätte, das ist nicht der Fall. Wir wissen alle, die allermeisten halten sich an die Regeln, und sie kümmern sich um ihre Immobilien, sie kümmern sich um ihre Mieter:innen. Auch gerade in der aktuell angespannten Situation bei der Unterbringung von Geflüchteten zum Beispiel haben viele einen Beitrag geleistet, und das ist ein wichtiger Beitrag für unsere Stadt.

Es wurde noch einmal das Thema Erwerb von Eigentum angesprochen. Das ist ganz sicher eine gute Möglichkeit, um selbstständig Verträge mit Versorgern abzuschließen, aber ganz ehrlich, wenn wir uns jetzt fragen – diese Menschen am Rembertikreisel, die Menschen in der Robinsbalje –: Wie viele von diesen Menschen werden aktuell mit dem Gedanken abends ins Bett gehen, Mensch, wie finanziere ich mir denn demnächst mal mein Eigentum?

(Zuruf Abgeordnete Silvia Neumeyer [CDU])

Das ist nicht der Fall, und dementsprechend ist das auch für diese Menschen nicht die richtige Lösung, und es ist ein Hohn, ihnen so etwas vorzuschlagen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich gern für meine Partei den Versuch unternehmen, die FDP in ihrer Rolle als Vermieterpartei zu überholen. In der Tat ist es ja so und völlig unzweifelhaft, dass wir hier von einem Ausnahmefall am Wohnungsmarkt reden, zum Glück, denn ansonsten hätten wir ja desaströse Zustände, wenn es nicht so wäre! Deshalb reden wir nicht nur davon, dass die Mehrheit der Vermieterinnen und Vermieter damit nichts zu tun hat, sondern 99,x Prozent – und die Nachzahl kann sich Herr Schäck jetzt aussuchen –, und vor dem Hintergrund brauchen wir, glaube ich, gar keine Scheindebatten darüber zu führen, ob das jetzt ein Generalverdacht gegen Vermieter ist oder nicht. Ich glaube, jeder kann das sehr gut einordnen.

Es gibt aber drei Punkte, auf die ich gern noch einmal eingehen würde! Das Erste ist die Frage der swb. Ich finde schon, dass man das Engagement der swb in dieser Frage schon einmal kritisch hinterfragen darf und fragen darf, ob sie nicht eigentlich mehr machen kann.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich gehe davon aus, dass auch die swb weiß, in welchen Fällen es sich um zentral versorgte Mehrfamilienhäuser handelt, zumindest weiß sie es, wenn es in der Zeitung steht,

(Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

und man darf schon fragen, ob die swb nicht einen kulanteren Umgang mit diesen Fällen findet, denn auch für die swb gilt ja die Schlussfolgerung, dass es sich um einen winzigen Bruchteil aller ihrer Fälle handelt. Deshalb kann es auch nicht sein, dass es die Gewinn- und Verlustrechnung des Unternehmens jetzt entscheidend beeinflusst.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Ja!)

So oder so, ob kulanter oder weniger kulant: In jedem Fall ist es sinnvoll, eine Meldepflicht einzuführen, damit die zuständigen Stellen der Stadt frühzeitig Bescheid wissen. Natürlich, das ist ja völlig richtig, gibt es Datenschutzrecht, und das ist wahn-sinnig kompliziert, und damit muss man sich auseinandersetzen. Ich finde, das müssen wir nicht bei

dieser Gelegenheit hier, da würde ich ehrlich gesagt voll auf die Innenbehörde vertrauen, dafür haben wir sie, und die Justizbehörde auch. Das sollen die ausarbeiten. Wozu es nur nicht führen darf, ist: Frau Kollegin Neumeyer, ich habe nichts dagegen, dass man sich auch einmal mit der Landesdatenschutzbeauftragten zusammensetzt, es darf nur nicht enden in „wenn man nicht mehr weiterweiß, gründet man einen Arbeitskreis“, sondern wir brauchen ja an dieser Stelle auch eine schnelle Hilfe,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

ansonsten laufen wir wieder in den nächsten Missstand.

Deshalb werbe ich auch so dafür, dass wir schnell handeln, auch bei der Frage der Treuhänder. Da stellt sich konkret auch noch für den Grünenweg die Frage, ob das ein Instrument sein kann, mit dem wir den Menschen helfen können. Da geht es in der Tat darum, die Menschen schnell zu schützen, und deshalb kann es nicht für Fälle greifen, wie Herr Schäck es formuliert hat, wo die Missstände über lange Zeit anhalten, denn das hieße ja, dass die Menschen über lange Zeit frieren. Das kann offensichtlich nicht das Kriterium für die Anwendung sein.

Wo ich aber ganz dabei bin, ist, wenn die FDP sagt, das muss auf Extremfälle beschränkt sein. Das ist so, und von nichts anderem reden wir hier ja überhaupt in dem ganzen Sachverhalt. Also die Schwere der Beeinträchtigung, das ist ein relevantes Kriterium, die Dauer kann es allerdings nicht sein. Deshalb sage ich auch noch einmal ganz deutlich: Es gibt natürlich berechnete Dinge, die man bedenken muss, das ist gar keine Frage, aber man muss sich, glaube ich, hüten, sie so aufzubauschen und das Thema komplizierter zu machen, als es ist, mit dem Ergebnis, dass der gesamte Prozess verzögert wird und die Menschen in irgendeiner Form länger frieren als nötig.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Drittens hatte die FDP ja gesagt, Aktuelle Stunde gut und schön, aber warum gibt es denn keinen Antrag oder Gesetzentwurf oder so etwas Ähnliches. Die ehrliche Antwort ist: Ich nehme jetzt einmal in Anspruch, diese Koalition ist schnell, aber so schnell sind nicht einmal wir. Das ist die ehrliche Antwort. Ich glaube, so schnell bekommt man das dann doch nicht hin, aber ich nehme das einmal als Auftrag von der FDP mit,

(Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf FDP)

dass sie die Koalition auffordert, zügig einen Gesetzentwurf vorzulegen. Ich arbeite gern daran mit, dass wir dem nachkommen können, und ich freue mich dann auf die Zustimmung der FDP-Fraktion.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Nach dieser letzten augenzwinkernden Bemerkung jetzt die ernsthafte: Ich freue mich wirklich darauf, wenn es zu einer Zustimmung käme, weil ich es wichtig finde, weil es ein ernstes Anliegen ist, dass das Parlament auch wenige Monate vor dem Ende der Legislaturperiode, aber in einer Situation, in der es um existenzielle Bedarfe von Menschen geht, Handlungsfähigkeit beweist und zeigt, dass es Menschen vor Betrug – und nichts anderes ist es! – und Ausbeutung am Wohnungsmarkt effektiv zu schützen vermag. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Ulrich Mäurer.

Senator Ulrich Mäurer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wohnungsaufsicht ist das Thema unserer Aktuellen Stunde. Es ist für mich ein noch relativ junges Thema, ich habe mich lange bemüht, dass dieser Bereich in meine Zuständigkeit kommt. Das war früher einmal anders. Wir sind zuständig seit Sommer 2020, und es ist wie bei allen Dingen: Man braucht immer etwas Zeit, bis dann eine solche Entscheidung auch Früchte trägt.

Wenn ich mir die Bilanz des Jahres 2022 anschau, dann muss ich sagen, wir haben zwar nur eine Stelle dafür bekommen, aber dafür haben wir eine ganze Menge bewegt. Es sind viele Beschwerden eingegangen, und unsere Koordinierungsstelle beim Ordnungsamt hat sich über 79 Objekte angeschaut. Das ist schon ganz ordentlich. Sie haben ja viele prominente Beispiele heute schon angesprochen, die zeigen, dass natürlich diese Einsatzmöglichkeiten sehr unterschiedlich sind. Wir haben Bereiche gehabt, das war in Gröpelingen, wo eingeschritten wurde vor dem Hintergrund massiver Baumängel, auch bei Problemen beim Brandschutz, und im Ergebnis wurde dann dieses Objekt stillgelegt und die Nutzung untersagt. Das ist gemeinsam mit der Bauaufsicht passiert. Dann haben wir andere Fälle, da leiden die Mieter darunter, dass ihnen einfach die Warmwasser- oder die Gasversorgung abgestellt wird. Da kann man natürlich

nicht das Gebäude einfach schließen, sondern das Ordnungsamt hat dann schnell gehandelt und dann Heizlüfter besorgt. Das ist auch keine normale Tätigkeit, die man so üblicherweise macht, aber es war klug, es war hilfreich, und auch das war eine Erfahrung mehr.

So kann ich dieses Thema fortsetzen. Das heißt also, wir haben einen massiven Handlungsbedarf in diesem Bereich, und ich glaube, dass sich die aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt mit den vielen Flüchtlingen, die wir unterbringen müssen, weiter verschärft. Deswegen müssen wir uns auch überlegen: Wie können wir in diesem Bereich noch besser werden? Wie können wir insbesondere auch im Vorfeld handeln?

Sie haben das hier zu Recht angesprochen: In der Regel werden wir mit einer Berichterstattung in der Presse kalt überrascht. Das heißt, dann ist das Kind schon in den Brunnen gefallen, die Lieferungen sind eingestellt, die Menschen frieren, und dann muss man aus dieser Situation heraus kurzfristig handeln. Das ist nicht hilfreich. Deswegen ist diese Idee durchaus zu verfolgen, dass man sagt, wir müssen eigentlich dafür Sorge tragen, dass wir von den Energieversorgern rechtzeitig alarmiert werden, denn es ist ja nicht so, dass von heute auf morgen einfach abgeschaltet wird, sondern ich vermute einmal, da laufen Abmahnungen voraus, sie werden sich mit den Eigentümern auseinandersetzen. Das heißt, es ist erkennbar, wohin diese Reise geht. Deswegen wäre es wichtig, dass wir das mitbekommen. Dazu brauchen wir eine gesetzliche Grundlage. Das haben wir auch längst mit unserer Datenschutzbeauftragten geklärt. Ja, es geht, aber die Energieversorger können uns nicht einfach einmal so diese Daten geben. Es scheitert da nicht am guten Willen, sondern es fehlt einfach eine Rechtsgrundlage, und diese muss man schaffen. Das ist eine Erfahrung, die wir aus diesem Geschäft bisher gewonnen haben.

Die zweite Erfahrung ist, dass wir uns überlegen müssen: Was machen wir mit komplexen Immobilien, wo viele Mietparteien sind, wenn es sich um strukturelle Probleme handelt? Wenn man da hineingeht, hat man nicht nur das Problem, dass möglicherweise kein Strom, kein Gas, kein Wasser da ist, sondern dass die gesamte Infrastruktur irgendwie grundlegend marode ist, wo etwas passieren muss. Da können wir nicht einfach dem Ordnungsamt sagen: Das müsst ihr übernehmen, ihr müsst Maler, ihr müsst Handwerker organisieren, damit das hier weitergeht. Da braucht man jemanden, der dann professionell diese Aufgabe übernimmt. Das

ist die Idee, dass man da jemanden mit der treuhänderischen Wahrnehmung beauftragt, der das dann also im staatlichen Auftrag steuert, und die Kosten trägt natürlich der Eigentümer. Auch das bedarf einer gesetzlichen Grundlage.

Sie werden fragen: Warum haben wir das noch nicht alles gemacht? Ich gestehe, wir lernen dazu. Wir sind ja auch noch sehr neu auf diesem Gebiet, aber ich würde das sofort morgen noch im Senat regeln können, wenn uns die Zeit nicht davonlaufen würde. Das heißt, wir bekommen das, aber ich sage einmal, wenn die Bremische Bürgerschaft sich dieses Themas annimmt, tun Sie mir einen großen Gefallen.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Ein Gesetz müssen sowieso wir beschließen! – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Es geht um die Einbringung! – Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Dann, wie gesagt, wir helfen auch gern, wenn es darum geht, Gesetze zu formulieren, auch dafür zu sorgen, dass alle anderen, die zu beteiligen sind, da mitmachen, kein Thema; aber nur, wenn die Bremische Bürgerschaft selbst das aus ihrer Mitte heraus entwickelt, gern mit unserer Unterstützung, kann das kurzfristig gehen. Anderenfalls müssen wir das im Senat behandeln, aber der Weg ist zu lang. Wir würden dann die Bremische Bürgerschaft in dieser Legislaturperiode nicht mehr erreichen, und das fände ich nicht hilfreich. Ich würde das also gern mit Ihnen gemeinsam diskutieren, sodass wir es schaffen, das Ganze noch vor dem Ende dieser Legislaturperiode im Gesetzblatt zu verkünden.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Das wäre eine Sache.

Dann ist natürlich die Frage: Was für Erfahrungen haben wir in dieser sehr kurzen Zeit noch gesammelt? Wir haben festgestellt, dass die Welt sehr differenziert ist. Wenn man sich einmal anschaut, wie viele Immobilienkategorien wir überhaupt haben, mit denen wir uns beschäftigen, so ist das bestechend: Wir haben leer stehenden Wohnraum, der bewohnbar ist. Wir haben leer stehenden Immobilien, die nicht bewohnbar sind. Wir haben bewohnte Immobilien, die verwahrlost oder überbelegt sind. Wir haben bewohnte Immobilien, die zweckentfremdet genutzt werden, und schließlich haben wir noch den Missbrauch von Wohnraum zur Erlangung von Rechten oder Leistungen. Das ist so das gesamte Feld, auf dem man sich bewegen

kann, und wenn man sich dann anschaut, wer dafür zuständig ist, dann stolpert man sehr wahrscheinlich über die verschiedenen Rechtsvorschriften.

Die zitierte Antwort, Frau Kollegin, die Sie da vom Senat wiedergegeben haben, hat mit unserem Thema hier gar nicht so recht etwas zu tun. Das muss eine Antwort der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau gewesen sein, die für diesen Bereich zuständig ist. Jedenfalls ging es nicht um Wohnungsaufsicht. Ich räume aber ein, das Ganze ist sehr verwirrend, denn wir haben drei Dinge zu beachten: auf der einen Seite das Baurecht mit den ganzen feuerschutzpolizeilichen Vorschriften. Dann haben wir das Wohnungsaufsichtsgesetz, und wir haben das Wohnraumschutzgesetz – drei Dinge, die ja alle nebeneinanderstehen –; und wir haben natürlich auch diese fünf Kategorien der Immobilien, mit denen wir uns beschäftigen, und jedes Mal ist für eine Immobilie eine andere Behörde zuständig.

Das heißt, wir haben das Ordnungsamt, wir haben die Bauaufsicht, und wir haben eine weitere Abteilung bei der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, die auch noch herbeigerufen werden muss. Mein Vorschlag wäre – das ist dann eine Sache, da sind Sie nun nicht federführend, sondern das müssen wir im Senat angehen, und dazu würde ich auch meine Kollegin ansprechen wollen –, ob wir nicht etwas schaffen wie eine ständige Vollzugseinheit, eine exekutive Einheit,

(Beifall SPD)

wo wir diese Dinge zusammenziehen. Das heißt, jeder hat zwar die Zuständigkeit in seinem Bereich, das kann man nicht ändern, wir wollen nicht die Zuständigkeit für die Bauaufsicht haben, aber ich sage mal, wenn man so eine Personalstruktur entwickeln würde, wo dann alle Bereiche ständig zusammensitzen, koordiniert, abgestimmt, dann wäre das eine große Hilfe. Es wäre viel effektiver und schneller vorzugehen, und ich glaube, dass gerade auch die heutige Diskussion gezeigt hat, wir haben Handlungsbedarf.

Und auch, wenn die Zeit fortgeschritten ist, habe ich noch eine weitere Bitte: Schauen Sie doch einfach einmal ein bisschen nach Bremerhaven, denn viele Probleme, die wir da haben, liegen eher im Bereich der Städtebauförderung. Das sind so Fragen der Erschließung von Quartieren, und wenn unsere städtischen Wohnungsbaugesellschaften

zum Beispiel die Möglichkeiten hätten, Immobilien anzukaufen, Vorkaufsrechte zu erwerben und vieles andere mehr,

(Beifall SPD)

dann hätten wir noch weitere Gestaltungsmöglichkeiten, um auf dieses komplexe Thema einzugehen. Sie sehen, es mangelt da nicht an Fantasie, und ich glaube, dass wir mit Ihrer Unterstützung einen Schritt vorankommen. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Jetzt stehen hier zwei angebrochene Gläser.

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Brauchen Sie ein Glas?

(Zuruf SPD: Suchen Sie sich eins aus! – Heiterkeit!)

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ich halte es auch eben so – –. Alles gut, für den Nächsten! Danke schön! Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ich jetzt direkt angesprochen wurde, will ich noch einmal zwei, drei Sätze sagen, und ich mache es auch kurz, versprochen! Herr Kollege Wagner, unser Wunsch war, dass Sie einen Antrag eingebracht hätten, denn dann hätten wir über etwas Konkretes sprechen können. Das heißt nicht, dass wir dem automatisch zustimmen,

(Zurufe Bündnis 90/Die Grünen, CDU: Aha!)

aber wir hätten etwas Konkretes gehabt, über das wir hätten konkret debattieren können. Jetzt bewegt sich sehr viel im luftleeren Raum, da müssen wir einmal schauen, was da am Ende wirklich bei herunkommt. Ich bin sehr gespannt auf Ihren Vorschlag, den Sie uns vorlegen, denn dann können wir uns auch konkret dazu positionieren. Thema eins!

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir können Wetten aufnehmen zum Thema Abstimmungsverhalten!)

Thema zwei: Wir müssen Möglichkeiten für Menschen schaffen, schnell Missstände zu melden, und zwar mit einer niedrigen Einstiegsstufe, ich glaube, das ist ganz entscheidend. Wir neigen ja manchmal dazu, dann sofort wieder das nächste Internetportal

zu entwickeln, aber wir dürfen nicht vergessen, es gibt auch noch Menschen, die haben kein Internet oder kein Smartphone, und selbst wenn, sind diese Masken, die man da benutzen kann, auch nicht immer so wahnsinnig selbsterklärend, insbesondere für Menschen, die der deutschen Sprache nicht so mächtig sind. Das heißt, wir müssen beispielsweise auch Möglichkeiten schaffen, über eine Telefonnummer schnell Missstände zu melden, dass das auch entsprechend bewertet wird, vielleicht auch durch einen Algorithmus, durch eine digitale Unterstützung, dass klar wird: Haben wir da eigentlich ein Problem, haben wir da eine Häufung von Meldungen oder nicht? Da müssen wir aber, glaube ich, besser werden.

Ich habe vorhin gesagt, die Gründe, warum wir solche Fälle immer einmal wieder als Einzelfälle – –. Ich bin sehr dankbar, dass das auch gesagt wurde: Es ist nicht die Mehrheit der Vermieterinnen und Vermieter, es sind Einzelfälle, aber jeder Fall ist einer zu viel. Ich glaube, da sind wir uns auch einig.

Die Gründe dafür sind monokausal. Es beginnt immer damit, dass ein Vermieter sich nicht vernünftig verhält, dass er seiner Verantwortung nicht gerecht wird. Die Antworten darauf, die möglichen Lösungen, die sind aber multikausal, und ich habe vorhin schon zwei, drei aufgezählt. Erstens, wir brauchen schnellere und bessere Meldemöglichkeiten, wir brauchen zweitens schnellere Durchgriffsmöglichkeiten gegen Vermieter, wenn sie dort über einen gewissen Zeitraum ihrer Verantwortung nicht nachkommen, und da freue ich mich, wenn es eine Einheit geben soll: sehr gern!

Drittes Thema: Was auch kommen muss, ist mehr Wohnungsbau, das hatte ich angesprochen. Wir müssen natürlich die Möglichkeit bieten, dass ein Mieter im Zweifelsfall auch Schluss mit seinem Vermieter machen und sagen kann, ich miete nicht mehr bei dir, sondern woanders, denn dort geht es mir für den gleichen Preis besser. Wenn er aber seit fünf Jahren in der Wohnung wohnt, wird er in der aktuellen Situation kaum noch eine Chance haben, zum gleichen Preis eine Wohnung mit einer gleichen Leistung zu bekommen, also das ist eine Frage des Wohnungsbaus.

Das Vierte ist das Thema des Mietkaufs, und da ärgere ich mich ein wenig über Ihren Kommentar, Frau Dr. Eschen: Das Modell des Mietkaufs richtet sich doch gerade an Menschen, die sonst nicht in der Lage sind, Eigentum zu erwerben, weil sie beispielsweise keinen Kredit bekommen, weil sie gar

nicht in der Lage sind, entsprechendes Eigenkapital anzusparen. Selbst, wenn sie dann zur Bank gehen, würden sie gar keinen Kredit von der Bank bekommen. Das Modell richtet sich doch gerade an die Menschen, die keinerlei Chancen haben, irgendwann ins Eigentum zu gehen, irgendwann auch mietfrei zu wohnen. Wir müssen alle davon ausgehen, dass die Mieten in den nächsten Jahrzehnten weiter steigen, und gerade das Modell des Mietkaufs ermöglicht es doch diesen Menschen auch, sich irgendwann freizumachen vom Vermieter, sich freizumachen von steigenden Mieten und im Eigentum zu wohnen. Das als Hohn zu bezeichnen, finde ich gegenüber diesen Menschen eine Frechheit. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen zum ersten Thema der Aktuellen Stunde nicht vor.

Damit ist das erste Thema der Aktuellen Stunde beendet.

Wir kommen jetzt zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde:

Eine halbe Milliarde Euro sind weg, und die GeNo steht wieder am Rande des Abgrunds – Senat ohne langfristige Lösung für kommunale Kliniken

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Claudia Bernhard.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jens Eckhoff.

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst einmal bedanke ich mich bei Herrn Schäck dafür, dass er mir jetzt hier ein sauberes Glas stehen gelassen hat, damit ich die Möglichkeit habe, dann doch das eine oder andere Mal auch dazu zu greifen. Wir hatten ja gerade eine sehr harmonische Debatte. Ich bin mir nicht ganz so sicher, ob das bei diesem Punkt auch so harmonisch verlaufen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wieder einmal debattieren wir über die GeNo, eine schier unendliche Geschichte! Wir beenden im Endeffekt diese Legislaturperiode, wie wir mit Debatten die Legislaturperiode begonnen haben oder aber auch,

wie wir sie schon im Nachtragshaushalt 2018/2019 hatten. Die Situation kann man im Endeffekt so beschreiben: Alle Krankenhäuser in Bremen erhalten seit Jahren zu wenig Investitionsmittel, doch es gibt einen Klinikverbund im Land Bremen, der seit Jahren immer wieder Schlagzeilen mit schlechten Zahlen macht. Daran sind nicht die Mitarbeiter der Kliniken schuld, das möchte ich als Erstes einmal deutlich betonen. Ich selbst habe ja in den letzten eineinhalb Jahren zweimal das „Vergnügen“ gehabt, im Klinikum Links der Weser auch versorgt zu werden, und ich kann Ihnen sagen: motivierte Teams, gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! Was einem allerdings zu denken gibt, ist, Frau Senatorin, wenn die Mitarbeiter einem dort schon sagen: Ja, wir bemühen uns hier, das gutzumachen, was im Endeffekt an der Spitze kaputtgemacht wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, so darf es nicht bleiben,

(Beifall CDU)

sondern die gute Arbeit, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gemacht wird, muss auch in der Spitze und auch in der Spitze der Behörde gemacht werden!

Zu diesen schwierigen Bedingungen in der Branche, die ja insbesondere während Corona waren, kommt nämlich das weitere Problem zustande: Im Endeffekt schwebt die GeNo in einer permanenten Insolvenzgefahr. Alle paar Monate kommen Pakete in den Haushalts- und Finanzausschuss, und es werden kurzfristig Maßnahmen beschlossen, die dann einmal für sechs, einmal für neun Monate reichen, dann geht es häufig darum, ein Testat zu bekommen. Langfristige Sicherheit für die Beschäftigten muss aber anders aussehen. Wir können uns das nicht mehr leisten.

(Beifall CDU)

Ich habe – der Kollege Gottschalk hat sich gerade schon zu Wort gemeldet, als wenn ich es antizipiert habe – mir noch einmal die Debatte von 2018 angesehen, und ich zitiere den Kollegen Gottschalk: „Wir haben mit diesen Maßnahmen jetzt die Situation, dass wir die GeNo entlasten, sie finanziell stärken und sie in die Lage versetzen, sich den Aufgaben zu widmen, vor denen sie steht. Da haben Sie in der Tat recht, die Herausforderung, sich auch im operativen Bereich zu entwickeln und dafür zu sorgen, dass ein operatives Ergebnis über null erwirtschaftet wird, und zwar deutlich über null, das ist die Herausforderung, die bewältigt werden muss.“

(Zuruf Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE])

Lieber Herr Gottschalk, ich bin sehr gespannt – –.

(Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE]: Wann genau war das noch mal?)

31. Mai 2018, damals in der Debatte, als es um den Nachtragshaushalt ging!

(Abgeordneter Dr. Carsten Sieling [SPD]: Fünf Jahre her!)

Ich verzichte jetzt einmal, weil der Kollege Fecker sich heute nicht zu Wort meldet, wie ich gehört habe, ich könnte ihn deshalb – –. Ich will das vielleicht ganz kurz zitieren.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihm würde sonst etwas fehlen!)

Ihm würde etwas fehlen? Okay, dann mache ich das gern! Der Kollege Fecker hat dort auch gesagt: „Das heißt aber auch, dass wir nicht bereit sind, alles mitzutragen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ – das hat er damals schon gesagt – „machen unter schwierigen Bedingungen einen sehr guten Job. Auch zur Absicherung ihrer Arbeitsplätze ist diese Schuldübernahme richtig, meine Damen und Herren, die GeNo-Geschäftsführung und das fachlich zuständige Gesundheitsressort müssen jetzt aber auch liefern.“ So die Worte des Fraktionsvorsitzenden der Grünen! Wenn wir jetzt heute hier stehen, ist die Frage: Haben sie geliefert? Nach unserer Auffassung nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Ich kann mich auch noch gut an die erste Debatte im Rathaus zu Beginn dieser Legislaturperiode erinnern, Frau Senatorin Bernhard: Sie haben im Endeffekt angekündigt, es soll alles anders werden, es wird jetzt mit offenen Karten gespielt, und Sie werden kurzfristig dort auch entsprechende Sanierungskonzepte vorlegen. Ich weiß, dass der Kollege Röwekamp, der damals geantwortet hat, Ihnen breite Unterstützung zugesagt und gesagt hat, wir sind gern bereit, auch im Endeffekt mitzutragen, wenn es unangenehme Entscheidungen gibt. Leider ist in den letzten dreieinhalb Jahren in diesem Bereich wenig passiert. Sie haben uns als Gesundheitssenatorin in diesen Zeitreihen keinen Krankenhausrahmenplan vorgelegt, Sie haben keine auskömmlichen Krankenhausinvestitionen

vorgelegt, und es sind im Endeffekt auch über dreieinhalb Jahre im Bereich der GeNo Entscheidungen unterblieben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist ein Versäumnis dieser Legislaturperiode.

(Beifall CDU)

Die Probleme der GeNo haben strukturell, das muss man sagen, auch nichts mit Corona zu tun. Viele Probleme sind bekannt: Man hat zu hohe Vorhaltekosten, man hat Doppelstrukturen, man hat Umsätze, die sich häufig nicht an den Kosten orientieren – beziehungsweise die Kosten orientieren sich nicht an den Umsätzen, sie sind nämlich fix und nicht variabel –, und insbesondere das Thema Leiharbeit wird immer größer. Frau Senatorin, wie Sie es als linke Senatorin zulassen können, dass unter Ihrer Ägide die Leiharbeitskosten noch einmal explodiert sind, dass sie deutlich über dem Plan liegen – ich glaube, 2021 waren die Kosten der Leiharbeit zweieinhalbmal so hoch, und 2022 waren sie doppelt so hoch, als sie in den Plänen Anfang des Jahres ausgewiesen worden sind –,

(Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

das unter einer linken Senatorin, das ist doch schon fast eine Bankrotterklärung!

(Beifall CDU – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Hätten die Kranken nach Hause geschickt werden sollen, oder was?)

Nun lässt sich der Senat – und das muss man sich vorstellen, wir sind im Februar – ja im Endeffekt wieder einmal neue Maßnahmen einfallen, um der GeNo zu helfen. Letzte Woche konnten wir uns damit im Haushalts- und Finanzausschuss beschäftigen, und man hat im Endeffekt zwei Pakete beraten. Eines davon ist beschlossen worden. Zum einen gibt es 24 Millionen Euro für die GeNo als Vorabzuschuss für die Verluste durch Corona in diesem Jahr. Heute weiß man allerdings noch nicht, wie die Auswirkungen von Corona in diesem Jahr wirklich sind, wie es ablaufen wird. Eigentlich ist Corona ja vorbei, wenn man sich die Bundesverordnungen ansieht. Spätestens in den Krankenhäusern enden Anfang April die entsprechenden Bestimmungen über das Infektionsschutzgesetz, und Sie bewilligen eben einmal 24 Millionen Euro auf die Coronazuschüsse dieses Jahr. Meine sehr verehrten Damen und Herren, darauf muss man erst einmal kommen, um dies auch tatsächlich zu machen!

Darüber hinaus – und das war der Punkt, der eigentlich auch letzte Woche beschlossen werden sollte, der allerdings noch einmal vertagt wurde – soll es zusätzlich einen Kredit von 48 Millionen Euro geben. Dieser, Senat, wird ausgereicht, auch ohne dass eine positive Kapitaldienstfähigkeit durch die GeNo nachgewiesen sein muss, und man bekommt dann auch die Möglichkeit, diesen Betrag bis zum 30. November nicht zu kündigen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Hört, hört!)

Dies ist im Endeffekt dann aber kein Kredit mehr. Nach unserer Auffassung: Kredite unterstellen, dass sie irgendwann zurückgezahlt werden müssen. Nach unserer Auffassung handelt es sich hier um einen verdeckten Zuschuss für die GeNo, denn wenn die positive Kapitaldienstfähigkeit nicht mehr gegeben ist, ist eine Kreditfähigkeit generell nicht mehr gegeben, und wenn es ein Zuschuss ist, dann muss es zumindest unter den Gesichtspunkten der Schuldenbremse anders behandelt werden.

(Beifall CDU)

Dies hat Ihre Vorlage überhaupt nicht berücksichtigt, und da hoffen wir, dass wir jetzt in den nächsten Wochen eine entsprechende Nacharbeitung bekommen und zumindest diese Frage untersucht werden muss.

Wenn Sie sich das Dilemma um die GeNo einmal anschauen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und wie sieht eigentlich die GeNo-Ausgleichspolitik aus: Seit 2015 sind in die GeNo 453 Millionen Euro hineingeflossen. Allein in den Jahren 2020 bis 2023, wenn diese 48 Millionen Euro tatsächlich bewilligt werden, belaufen sich die Summen allein in dieser Legislaturperiode auf 195 Millionen Euro. Und ist dadurch irgendetwas langfristig gesichert worden? Nein! Das ist die bittere Erkenntnis.

Jetzt gibt es im Aufsichtsrat den Auftrag, dass man ein Sanierungskonzept erarbeiten möchte, zum Ende der Legislaturperiode! Raten Sie einmal, wann das vorgelegt werden soll! Im Juni dieses Jahres! Das hat natürlich überhaupt nichts mit der Bürgerschaftswahl zu tun, die zufällig im Mai stattfindet!

(Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihre Rede ja heute auch nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wollen die bitteren Wahrheiten offensichtlich erst nach der Wahl verkünden, nur damit kommen Sie nicht durch, Frau Bernhard. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie noch deutlich vor dem 14. Mai sagen, wie es nach Ihrer Auffassung weitergehen soll. Das sind Sie den Angestellten in den Häusern schuldig, das sind Sie den Beschäftigten der GeNo und den Menschen in Bremen und im Umland schuldig, die medizinisch in diesen Krankenhäusern versorgt werden, aber insbesondere sind Sie es auch den Wählerinnen und Wählern schuldig, dass vor einem Wahltermin Klarheit herrscht.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das erwarten wir von Ihnen, und wir sind sehr gespannt auf die Debatte heute. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg: Es ist schön, wieder hier zu stehen,

(Beifall)

bei euch/bei Ihnen zu sein, darüber freue ich mich! Das Thema, mit dem wir uns heute befassen, ist allerdings nicht ganz so schön, das hat Herr Eckhoff schon angedeutet, und es hat natürlich auch etwas mit dieser reißerischen Überschrift zu tun: „Eine halbe Milliarde Euro sind weg,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja!)

und die GeNo steht wieder am Abgrund.“

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Die sind jetzt woanders!)

Herr Eckhoff, was Sie zusammengerechnet haben, ist eine Mischung aus Äpfeln, Birnen, Beeren und Murmeln.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Ja, mit Murmeln im Obstsalat, das schmeckt auch nicht so! In diesem Bereich etwas durcheinanderzuwerfen, wo man Zuschüsse hat mit Kapitalerhöhungen und dergleichen, das geht so nicht! Wenn

wir wirkliche Zuschüsse haben, verlorene Zuschüsse im engeren Sinne, dann sind das die 134 Millionen Euro, die wir aus dem Bremen-Fonds hineingegeben haben, aber auch das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist kein weggeworfenes Geld. Wir haben in der schwersten Krise des deutschen Gesundheitswesens unseren wichtigsten medizinischen Anbieter gerettet, und das ist kein weggeworfenes Geld.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Anstatt in diesem Bereich solche Blendgranaten zu werfen, lohnt es sich tatsächlich, einmal genauer hinzuschauen, und zwar einerseits auf die Einnahmenseite, was sich da getan hat. In diesem Bereich stellen wir fest, wir haben wie alle Krankenhäuser deutliche Mindereinnahmen in dem Bereich. Wir haben diese Coronakrise, wo Sie gesagt haben, das haben ja alle anderen auch, und das ist ja auch schon vorbei, aber im vergangenen Jahr war es zusammen mit den Problemen des Fachkräftemangels so, dass rund 200 Betten im ganzen Jahr nicht bespielt werden konnten. Unter dem Strich bedeutete das 31 Millionen Euro Ausfall. Dazu kommen nicht besetzte Kurzzeitpflegen. Da haben wir auch gesagt, noch einmal acht Millionen Euro dazu, Leiharbeit, zu der wir gezwungen waren, noch einmal zwölf Millionen obendrauf. Das sind 50 Millionen Euro, die wir auf der Einnahmenseite erst einmal als Problem haben, und nicht wir allein, und wo wir sagen können, es ist gut, dass es auch vom Bund ausgeglichen worden ist. Aber wir sind dort nicht in einer Sonderstellung.

(Abgeordneter Detlef Scharf [CDU]: Doch!)

Dann sehen wir uns die zweite Seite an, das ist die Kostenseite, wo Sie sagen, es habe sich dort nichts getan. Offensichtlich ist das Problem, Sie haben nicht genau hingesehen,

(Zuruf CDU: Doch!)

weil Sie nämlich feststellen werden, wenn Sie es sich anschauen, dass die Kostenseite im Jahr 2021 um 26,5 Millionen Euro verbessert worden ist und im Jahr 2022 um 28,5 Millionen Euro. Das heißt, wir haben allein in den letzten zwei Jahren 57 Millionen Euro an Kostenverbesserungen. Ich möchte einmal sehen, wie viele Krankenhäuser in Deutschland dies auch gern bei sich sehen würden!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wenn Sie dann schauen, wie sieht es denn mit dem Ergebnis aus: Sie haben das mit dem operativen Ergebnis zitiert und ja noch einmal unterstrichen, dass uns das natürlich interessieren sollte. Es war geplant in dem längerfristigen Sanierungsprozess, dass im Jahr 2022 ein Minus von 23 Millionen Euro erwirtschaftet worden ist. Was wurde erwirtschaftet? Minus 16 Millionen Euro! Auch diese minus 16 Millionen Euro hätten wir nicht gehabt, wenn nicht gleichzeitig in diesem Jahr diese extreme Inflation zugeschlagen hätte, die die GeNo mit rund 20 Millionen Euro belastet hätte. Ohne die Inflation, Herr Eckhoff, hätten wir im Jahr 2022 genau diese schwarze Null gehabt.

Das heißt jetzt über den Bereich nicht, dass wir sagen können, wir wären mit der GeNo heraus aus den schweren Gewässern. Wir sind noch drin, die Herausforderungen sind da, und jetzt im Übergang – und das macht natürlich auch die jetzige Situation aus – fallen erst einmal die Ausgleiche bei Covid/bei Corona weg, und wir merken, dass diese Krise noch einmal ein Katalysator dazu gewesen ist, dass viele nicht mehr in den stationären Bereich kommen, dass es hier einen strukturellen Umbruch gibt. Das müssen wir bewältigen.

Wenn Sie jetzt sagen „den Blick nach vorn“, dann haben wir die Situation, das ist nicht mehr allein der Vorstand der GeNo, das ist nicht mehr allein die Politik hier in Bremen, sondern das wird ganz wesentlich mitbestimmt werden über die neue Gesetzgebung, die vom Bund kommen wird. Wir wissen noch nicht genau, wie sie am Ende aussehen wird, aber eines ist klar: Es wird um das Abschmelzen von Kapazitäten gehen, und es wird einen Konzentrationsprozess geben, und für die GeNo wird das einerseits bedeuten, dass die 900 Betten, die jetzt auch so nicht bespielt werden, dort der Spielraum sind, wo Umstrukturierungen möglich sind.

Der Konzentrationsprozess, der kommen wird, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird darin bestehen, dass, wenn die GeNo nicht hier als der harte Kern gestärkt wird, wenn sie nicht das Level 3 hier erreicht, der gesamte Gesundheitsstandort Bremen vor die Hunde gehen würde, und das wird nicht passieren. Deshalb kann ich den Kolleginnen und Kollegen, die ihre Arbeit in der GeNo machen, nur sagen und auch zurufen: Wir sind noch nicht heraus aus diesen schweren Gewässern, wir werden auch noch einiges an Umwälzungen erleben, aber es wird nicht zu dem aus den Unkenrufen der CDU hier kommen: Es wird nicht dazu kommen, dass die GeNo in den Abgrund fährt. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber.

Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Eckhoff, Sie haben gerade schon die Reden von 2018/2019 zitiert, wir können auf 2017 zurückgehen. Ihr Kollege, Herr Röwekamp damals noch, eröffnete die Rede, er würde in angestrenzte – ich kann es jetzt nicht im O-Ton wiedergeben – Gesichter sehen, weil es schon wieder um die GeNo geht. Ich sehe heute eher, zumindest, was die Koalition angeht, in angestrenzte Gesichter, weil die Art und Weise, wie Sie, liebe Abgeordnete der CDU, diese Debatten eröffnen, doch anstrengend ist.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Eine plakative Überschrift zu finden, das ist schnell gemacht, und um auf die halbe Milliarde Euro zu kommen, geht man direkt zurück auf das Jahr 2016, denn sonst würde man diese Zahlen so nicht zusammenbekommen, und sie würden für diese Legislaturperiode deutlich anders aussehen, liebe Abgeordnete der CDU.

(Zuruf CDU: Wie bitte?)

Ich gebe Ihnen recht, was Zeiträume angeht, was die Dauer von Prozessen angeht, aber in einer anderen Bewertung, als Sie es tun. Unerwähnt zu lassen, was in den letzten vier Jahren an Umstrukturierungen passiert ist und welchen Bedingungen die Kliniken, ja, das gesamte Gesundheitswesen ausgesetzt waren, ist keine faire Darstellung aus meiner Sicht,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

bezogen auf die erbrachten Umstrukturierungen und Kraftanstrengungen innerhalb der GeNo, auch wenn Wahlkampf ist, aber um den Wahlkampf scheint es Ihnen, liebe Abgeordnete der CDU, ja vorrangig an dieser Stelle zu gehen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD – Zurufe CDU: Oh! – Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Somit möchte ich jetzt in dieser Debatte zu Beginn noch einmal darstellen, was in dieser Legislaturperiode seit 2019 alles passiert ist: Zu Beginn gab es

einen Wechsel in der Geschäftsführung. Frau Senatorin Bernhard hat ausgiebig und intensiv nach einer Person gesucht, die diese Umstrukturierungen – wir reden über einen Konzern mit vier Standorten, 8 000 Beschäftigten, tradiert – angehen kann und fand dann 2020 eine Person, Frau Dr. Dreizehnter, die jetzt mit ihrem Dreierteam die Sanierung angeht und versucht, die nötigen Umstrukturierungen umzusetzen. Ja, Sie haben recht, 2019 und 2020 sind die Ergebnisse stark abgerutscht, jedoch ist sofort, noch im Pandemiejahr 2020, begonnen worden, durch die neue Geschäftsführung diesem Trend entgegensteuern. Ein gezieltes Personalmanagement wurde betrieben, sodass sich die Erlösseite gezielt steigern konnte.

Im Jahr 2021 erfolgte die Inbetriebnahme des Eltern-Kind-Zentrums Prof. Hess, in dem alle Disziplinen der Kinderheilkunde zunächst noch ohne Neonatologie aus dem Klinikum Links der Weser und aus dem Klinikum Bremen-Mitte unter einem Dach zusammengeführt wurden. Das ist eine Umstrukturierung. Zu dem, wie die Menschen das finden, komme ich noch. 2022 erfolgte dann die Verlagerung der Geburtshilfe, der Neonatologie und der Gynäkologie vom Krankenhaus Links der Weser in das Klinikum Bremen-Mitte, eindeutig eine Umstrukturierung. In diesem Jahr wird es wahrscheinlich sowohl zu der Verlagerung der unfallchirurgischen Abteilung aus dem Klinikum Bremen-Ost an das Klinikum Bremen-Mitte kommen, und auch die Verlagerung der Thoraxchirurgie wurde beschlossen und ist in Vorbereitung.

Es wurde gegen den Fachkräftemangel in der Pflege angegangen, es wurden zahlreiche Pflegekräfte aus dem Ausland rekrutiert, Ausbildungszahlen wurden gesteigert, und es gibt in allen Kliniken inzwischen eine klinische Pflegedirektorin, die zum Kreis der Krankenhausdirektion gehört. Es werden regelmäßig Pflegekonferenzen durchgeführt, um auch diese Problematiken zu besprechen. Alles das sind auch interne Umstrukturierungsprozesse, meine Damen und Herren.

Die Digitalisierung ist ein fortdauernder Prozess. Viele Projekte dazu sind angestoßen beziehungsweise sind in der Umsetzung. Dieser Prozess wird sicherlich noch viele Jahre dauern, wie sich alle vorstellen können. Dann, das ist schon angeklungen, hat die GeNo drei Jahre lang die Pandemie bewältigt, sowohl in der Versorgung der Bremerinnen und Bremer als auch mit den Herausforderungen, die sie intern hatte. Natürlich ist auch Klinikpersonal von der Pandemie betroffen gewesen,

ausgefallen, es mussten regelmäßig Dienste ersetzt werden.

Die GeNo hat es geschafft, in den beiden letzten Jahren – das hat der Kollege Gottschalk an den Zahlen dargelegt – einen Sanierungsbeitrag zu leisten. Das waren 2021 diese schon genannten 26,5 Millionen Euro, und es wird voraussichtlich so sein, dass im Jahr 2022 28,5 Millionen Euro als Sanierungsbeitrag geleistet wurden. Das ist absolut nicht zu vernachlässigen und gehört eben auch zu der Wahrheit dazu, wenn man plakativ nur die halbe Milliarde als verschwendetes Geld bezeichnet.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich habe mir aus den Reden der vergangenen Jahre herausgeschrieben, was Ihre Schlagworte waren, und ich konnte sie der Reihe nach abarbeiten: Kosten-, Strukturprobleme, Personalaufwendungen zu hoch, Materialaufwendungen zu hoch, falsche Einschätzung bezüglich Umsatzerlösen und so weiter und so fort. Ich glaube, der Flughafen Berlin – er wurde heute nicht genannt – war sonst auch immer sehr beliebt in der Argumentation.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Vulkan!)

Das alles reicht aber definitiv nicht für die heutige Debatte.

Meine Damen und Herren, es ist schon in verschiedenen Punkten angeklungen: Es gibt verschiedene Kräfte in dieser Stadt, die auf diesen Gesundheitskonzern einwirken. Wir haben intern den Aufsichtsrat, wir haben die Geschäftsführung, wir haben die Betriebsräte, wir haben die Beschäftigten aus allen Bereichen – wir reden nicht nur über Medizin und Pflege –, wir haben uns als Politik, und wir haben diejenigen, die eine angemessene und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung brauchen. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, diese ganzen Kräfte in einem Prozess der Umstrukturierung der GeNo-Kliniken zufriedenzustellen, das wird uns leider Gottes nicht gelingen, meine Damen und Herren.

Was uns aber gelingen kann, ist zu sagen – und das ist wichtig aus Sicht der Politik –: Es ist derzeit eine Geschäftsführung in der Arbeit, die deutlich macht, dass sie bereit ist, Umstrukturierungen vorzunehmen, dass sie bereit ist, Veränderungsprozesse zu gestalten und dies kommunikativ mit allen Beteiligten, die ich nannte, hinzubekommen. Das ist

kein Selbstläufer. Das ist eine riesengroße Herausforderung, und die lässt sich eben nicht innerhalb von vier Jahren einmal eben so erledigen. Das ist ein längerer Prozess.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ja, zur Wahrheit gehört eindeutig dazu: Die Coronapandemie ist für die Kliniken nicht vorbei, Stand heute. Sie ist definitiv nicht vorbei. Auf den Intensivstationen sind immer noch betroffene Menschen, die eine hohe qualitative Versorgung brauchen, und auch auf den peripheren Stationen kommt es immer wieder zu Einweisungen ins Krankenhaus, wo schwer kranke Menschen Betreuung brauchen und wo Personal gebündelt werden muss und normale Betriebsabläufe in allen Krankenhäusern in Bremen noch immer nicht möglich sind. Das kann man nicht vernachlässigen, Herr Eckhoff.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wir haben über den Fachkräftemangel schon an vielen Stellen gesprochen. Der Fachkräftemangel ist nichts Neues, er hat sich weiter zugespitzt, er ist dramatisch. Wir befinden uns in einer Situation, dass verschiedene Bereiche ihre Betten deswegen nicht mehr füllen und ihre Behandlungen durchführen können, auch geplante Eingriffe nicht mehr, weil es kein Personal mehr gibt, und zudem belastet die Inflation die Krankenhäuser gleichermaßen.

Das Thema Leiharbeit, auch das ist in vorherigen Debatten – –. Sie fingen schon vor der vorletzten Legislaturperiode an, zogen sich über die letzte Legislaturperiode und haben sich zugespitzt in dieser Legislaturperiode, aber wir müssen diese Debatte inzwischen aus einer anderen Perspektive führen. Wir können nicht einfach nur sagen, die GeNo hat zu viel Leiharbeit. Die GeNo braucht inzwischen die Leiharbeit, weil die Strukturen im Gesundheitswesen so prekär sind, dass kein Krankenhaus, kaum eine Altenpflegeeinrichtung und auch ambulante Pflegedienste ohne Leiharbeit inzwischen nicht mehr ihre Leistungen erbringen können, wir sind angewiesen auf Leiharbeit. Ja, Leiharbeit kostet viel, ist teuer, aber wir haben ein strukturelles Problem an dieser Stelle, was die GeNo aus eigenen Kräften – –. Nur, weil sie es unter Umständen – ich weiß nicht genau, was das Ziel der Debatte dort war – nicht mehr schafft, eigenes Personal in ausreichender Menge zu rekrutieren, kann man ihr das nicht zum Vorwurf machen, sondern wir müssen überlegen, wie wir das System Zeitarbeit in unsere Gesundheitsversorgung eingliedern.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD – Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Wir können das ja mit Herrn Eckhoff gemeinsam untersagen!)

Lassen Sie mich noch einmal auf die Punkte eingehen, die dann auch gegen das Ressort gehen und gegen die Politik, gegen die rot-grün-rote Koalition! Meine Damen und Herren, Veränderungsprozesse zu benennen, das ist in ausreichender Form geschehen. Da gebe ich der CDU, und das haben wir ja auch schon in der Gesundheitsdeputation und auch beim Controllingausschuss – –. Herr Bensch sagt dann immer gern, wir haben kein Erkenntnisproblem, wir haben ein Umsetzungsproblem. Nein, wir haben kein Erkenntnisproblem, aber wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Erkenntnisse der jetzigen Zeit und alle Veränderungen – und wir kommen morgen in der Aktuellen Stunde noch auf die Empfehlungen der Regierungskommission, wir kommen noch auf die Debatten, was auf Bundesebene angezettelt wird – noch mit einfließen müssen.

Ich betone noch einmal: Die GeNo zu verändern – und ich spreche jetzt aus dieser Legislaturperiode – mit den angeschobenen Möglichkeiten, die bisher getroffen worden sind, mit dem Willen aller, dies zu tun, ist sehr wichtig und ist richtig, und sie werden ihre Zeit dauern. Ich bitte alle, Herr Fecker, mein Fraktionsvorsitzender, wurde zitiert, dass er – –.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Ein wichtiger Satz fehlte noch! Er hat damals gesagt, meine Geduld ist endlich! – Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Darauf habe ich Sie aber schon vorbereitet, Herr Bensch!)

Genau, Herr Bensch! Mit dem Satz hatten wir heute eigentlich gerechnet, aber nun kam er nicht, jetzt nehmen wir den anderen Satz, das ist auch in Ordnung! Er hat gesagt – ich kann ihn jetzt nicht wortwörtlich zitieren –, das heißt, dass wir nicht bereit sind, alles mitzutragen, und da stimme ich ihm heute immer noch zu, und das sage ich auch. Ich bin auch nicht bereit, alles mitzutragen, aber ich bin bereit, die Veränderungsprozesse, die angeschoben sind, die benannt sind, die vielleicht nicht in aller Klarheit zu diesem Zeitpunkt benannt sind, mitzumachen, und ich glaube nicht, dass es eine Lösung für Bremen ist, dieses Klinikunternehmen in die Insolvenz laufen zu lassen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich sage auch, wir werden Krankenhausinsolvenzen und Schieflagen nicht nur bei der GeNo, sondern auch noch bei anderen Kliniken erleben, wo wir sicherlich noch nach Lösungen suchen müssen, und es braucht Mut – und das ist vielleicht ein Kritikpunkt, den Sie nennen, den ich mitgehen kann –, es braucht unglaublichen Mut aller Beteiligten, diese Veränderungsprozesse mitzutragen. Sie sagten, dass Sie das mitgehen wollen. Dann erinnere ich Sie aus meiner Perspektive auch noch daran, dies zu tun im Hinblick darauf, was bisher schon angeschoben wurde, ich habe ein paar Komponenten dazu genannt. Bleiben Sie bei Ihrer Linie, denn diese Veränderungen lassen sich nicht in einem, zwei oder drei Jahren umsetzen, auch im Hinblick darauf, dass Sie natürlich recht haben, dass es eine weitere Perspektive zurück aus dieser Legislaturperiode hat.

Ich wünsche mir, dass wir die Transparenz – –. Es war in meinem Redebeitrag von 2019, das war eine der ersten Reden, glaube ich, in diesem Parlament zur GeNo, da habe ich noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig die Transparenz ist und dass es immer wieder nicht ausreichend transparent ist aus Sicht der Betriebsräte, aus Sicht der Politik – wir sitzen im Controllingausschuss immer wieder und kämpfen um die Transparenz, damit wir Zahlen verstehen, damit wir sie einordnen können –, aus Sicht der Bevölkerung, aus Sicht der einzelnen Standorte. Das kann ich sofort verstehen. Nichtsdestotrotz habe ich immer wieder die Wahrnehmung und dann auch die Bestätigung, dass sehr stark versucht wird, diese Transparenz zu schaffen, auch von Frau Senatorin Bernhard. Dass sie nicht immer aus den verschiedenen Perspektiven ausreichend ist, glaube ich, ist der Sache an sich geschuldet.

Wir werden in der Krankenhauslandschaft eklatante Veränderungen erleben, das ist uns allen klar, das ist in den bisherigen Redebeiträgen auch schon gesagt worden. Die können wir nur gemeinsam hinbekommen, das ist wirklich mein Appell, und immer mit dem Fokus, eine bestmögliche medizinisch-pflegerische Versorgung für Bremen hinzubekommen. Das ist eine Kraftanstrengung.

Zweitens müssen wir es gleichzeitig bei dieser guten Versorgung hinbekommen, dass die Kliniken eine Perspektive haben. Wir brauchen einen Krankenhausplan, ich glaube, das ist kein Widerspruch. Wir hätten ihn sehr gern zum Ende dieser Legislaturperiode gehabt, um eben für die einzelnen Klinikstandorte eine Klarheit zu schaffen. Er ist nicht da, das ist, finde ich persönlich, sehr bedauerlich,

und ich hoffe, dass er bis zum Ende dieses Jahres vorliegt, denn alle Kliniken brauchen eine Orientierung, an welchem Leistungssystem und mit welchen Fachrichtungen sie ihre wirtschaftliche Lage verbessern können, sodass Investitionen getätigt werden können und sie bestehen können.

Damit mache ich heute ganz bestimmt keine Standortfrage auf, sondern es geht mir darum, dass alle medizinischen Versorgungsgebiete abgedeckt werden und dass sie sich so unter den Klinikstandorten verteilen, dass es Perspektiven gibt, und wo es keine mehr gibt, muss darüber offen geredet werden und auch da nach Perspektiven geschaut werden. Dieses komplexe Thema ist weitreichend und reicht kaum für eine Debatte an dieser Stelle. Ich hoffe, ich konnte ein paar Gesichtspunkte mehr einbringen, als nur zu sagen, dass eine halbe Milliarde Euro versenkt wurden. – Vielen Dank bis dahin!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass die GeNo einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsversorgung in Bremen leistet. Nichtsdestotrotz leistet sie immer wieder auch ein Defizit für den Haushalt, und das ist doch das Problem, dass wir es uns nicht dauerhaft leisten können, die GeNo so zu finanzieren, wie wir es mit anderen Krankenhäusern nicht tun, denn das belastet den Haushalt. Wie viele Kindergärten, Schulen et cetera pp. könnte Bremen bauen, finanzieren, wie viel weniger Schulden könnten aufgenommen werden, hätten wir dieses Problem nicht?

(Beifall FDP, CDU)

Insofern, weil das nach meiner Einschätzung das größte Haushaltsrisiko für den Haushalt der Stadtgemeinde Bremen ist, ist es richtig, dieses Thema zu thematisieren, wie reißerisch auch immer, denn man kann gar nicht oft genug darüber reden, weil dieses Thema, weil diese Problematik abgestellt werden muss im Sinne der Beschäftigten, die Ruhe in diesem Thema haben wollen, im Sinne der Patientinnen und Patienten, die in einem Krankenhaus sein wollen, das gute medizinische Arbeit leistet und sich nicht mit sich selbst befassen muss, aber

am Ende auch im Sinne des Standortes, weil wir hier eine gute medizinische Versorgung brauchen.

Wir diskutieren das hier an dieser Stelle ja wirklich nicht zum ersten Mal: Jedes Mal, wenn ich in der Bürgerschaft war – ich habe zwischen 1992 und jetzt ja manche Auszeit genommen –, war die GeNo Thema oder die städtischen Krankenhäuser, weil es immer wieder zu Schieflagen kam, und wir müssen bis heute feststellen: Bremen kann nicht Krankenhaus. Insofern bleibt es die Aufgabe, das entweder zu lernen oder das Leute machen zu lassen, die es freigemeinnützig besser können. Insofern ist das am Ende eine Frage, ob diese Sanierung hier gelingt, und insofern, hier erlebe ich auch eines immer wieder: Kurz vor dem Ende der Legislaturperiode sind die Mittel aufgebraucht, und man muss es dann in die nächste Legislaturperiode retten. Das war in der letzten Legislaturperiode so und ist auch in dieser Legislaturperiode so.

Ja, da bin ich ganz bei Frau Osterkamp-Weber: Man darf Corona nicht ausblenden, aber ehrlich gesagt, auch trotz Corona hätte man Etliches machen können. Als wir dieses Thema Anfang 2020, glaube ich, debattierten, habe ich hier gefordert, wir müssten umstrukturieren, die Verwaltung muss näher an die Häuser heran. Die Verwaltung muss nicht in der Kurfürstenallee in teuer gemieteten Räumen fernab der Häuser sitzen, weil jeder Spediteur weiß, dass er mindestens auf einen Betriebshof schauen sollte, damit er weiß, wie das Geschäft läuft. Ich glaube zwar, dass die Leute in der Verwaltung wissen, wie es prinzipiell läuft, aber nicht sehen, wie es täglich abläuft, und deshalb bleibe ich bei der Forderung: Die Verwaltung muss dringend und zügig näher an die Krankenhäuser heran, und da hilft auch nicht eine Pflegedirektion in jedem Haus. Das ist noch nicht die Verwaltungsspitze, die dort hingehört, damit sie Bescheid weiß und das tägliche Geschäft nicht nur aus Listen und aktuellen Computerbildschirmen kennt, sondern spürt.

(Beifall FDP – Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE]: Woher wissen Sie, dass das so ist?)

Ehrlich gesagt ist es sehr transparent, dass es so ist, und das andere ist, Herr Rupp, dass ich schlichtweg sagen muss: Können wir uns diese Extramieten leisten, wo wir etliche Betten nicht nutzen – ich finde dieses Wort „bespielen“, das da benutzt wurde, falsch –, nicht nutzen können? Das ist doch falsch. Wir haben dort Raum in Krankenhäusern, den wir vorgeschlagen haben, ihn für Kurzzeitpflege zu nutzen, den wir vorgeschlagen haben, für

die Verwaltung zu nutzen, damit er effektiver genutzt wird. Was haben wir stattdessen? Leerstände, die nicht coronabedingt sind! Leerstände!

(Zuruf Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE])

Das heißt, wir haben dort auch noch ein großes Problem, nicht nur, wie wir die Gebäude sanieren, sondern dass wir uns überlegen müssen, wie wir sie nutzen und dass wir sie auf einen Stand bringen, dass wir mit der vorhandenen Substanz effektiv umgehen. Auch das ist bis heute nicht geschehen, und auch das Thema hätte man parallel zu Corona angehen können und nicht bis danach aufschieben.

(Beifall FDP)

Wir erkennen natürlich an, dass die GeNo etliche Leistungen in der Coronapandemie erbracht hat. Klar, sie hat auch Aufgaben des Gesundheitsamtes erbracht. Ich habe hier damals zu Beginn der Pandemie gefordert: Schreibt das auf! Schreibt eine Rechnung an das Gesundheitsamt, damit klar ist, wo das Defizit angefallen ist! Ist das erfolgt? Ich habe das so nicht wahrgenommen, und ehrlich gesagt hätte man auch dann diese Darstellung und die Debatte sauberer und ehrlicher führen können, als es jetzt ist, indem man das vorher auseinanderrechnet.

Ja, wir Freien Demokraten gehören auch zu denen, die einen Landeskrankenhausplan für überfällig halten. Hätten wir ihn vor vier oder fünf Jahren gehabt, wo er schon fällig war, hätten wir jetzt eine Basis, um einen neuen zu machen und könnten in Richtung der neuen Krankenhausgesetzgebung agieren, die von der Bundesebene kommen wird. So kommen wir aber mit einem Gesundheitssektor, der in seinem Kern – die GeNo erbringt ja den größten Teil, ich glaube, zwei Drittel der Gesundheitsleistungen in Bremen, die im Krankenhausesektor erbracht werden – in seinem größten Teil nicht darauf vorbereitet ist. Wenn man jetzt in einen so großen Umbruch kommt, seine Hausaufgaben nicht gemacht hat, dann ist diese Herausforderung weit aus größer, als wenn wir diese Herausforderung angegangen wären und auf eine besser dastehende, zumindest teilsanierte GeNo treffen würden, die nicht so anfällig wäre für den Sturm, der von der Bundesebene hereinbrechen wird; von einem sozialdemokratischen Bundesgesundheitsminister, das muss man der Wahrheit halber auch sagen, der sicherlich gute Ansätze dabei hat, die auch notwendig sind, und der dabei auch Qualität im

Sinn hat im Sinne von Konzentration auf Fähigkeiten, auf wenige hochspezialisierte Häuser.

Das wird uns auch sicherlich noch einmal ganz andere Debatten bescheren hinsichtlich des Herzzentrums am Klinikum Links der Weser, aber auch hinsichtlich der Frage, was machen wir in welchen Häusern der GeNo, und wo siedeln wir vielleicht auch MVZs an

(Abgeordnete Ute Reimers-Bruns [SPD]: Kommt!)

als subsidiäre Leistung der Stadtgemeinde? Wo machen wir welche ambulanten Leistungen? Das sind ja MVZs. Das sind genau die Fragestellungen, denen wir uns da stellen müssen. Das werden harte Debatten, und da kann man nicht leichtfertig sagen, wir erhalten alles, aber wollen eine Sanierung. Nein, wir können nicht alles so erhalten, wie es ist! Es wird alles auf dem Prüfstand stehen, und zur Ehrlichkeit gehört auch, dass man das nicht bis nach der Wahl verschiebt, sondern vor der Wahl sagt, was man machen will. Das ist nicht Aufgabe der Opposition, sondern es ist Aufgabe der Regierung, die hier ihre Hausaufgaben nicht macht, und insofern bin ich gespannt auf Ihre Antworten, Frau Bernhard.

Einen Punkt will ich auch noch ansprechen: Wir haben die Diskussion über die Frage: Wie ist es denn mit der Aufsicht bei der GeNo? Wer hat den Aufsichtsrat vor sich? Ist es klug – diese Frage haben wir öfter gestellt –, diese Beteiligung nicht in einem Beteiligungsressort, sondern im Gesundheitsressort zu führen, weil es dort natürlich erst einmal vermutet, ich will gar nicht sagen, dass Sie da hineingeraten sind, aber vermutet Interessenkonflikte gibt? Wäre es nicht besser, das zu trennen und dem Finanzressort die Aufgabe der Führung dieser Beteiligung zu geben und dem Gesundheitsressort die Aufgabe zu geben, ganz klar für Gesundheitspolitik zu sorgen und dann in dem Wettstreit dieser beiden Ressorts, der dann natürlich auch entsteht, die bestmögliche Lösung zu suchen? Insofern, auch diese Frage hätte angegangen werden können, ob man den Aufsichtsrat anders organisiert. Wir haben das adressiert, das ist von Ihnen abgelehnt worden. Ich sage nicht, dass man mit dieser Maßnahme das Defizit überwunden hätte, es ist aber ein Baustein, und ehrlich gesagt, wenn man so große Defizite hat und es mit einer Maßnahme getan wäre, wäre das einfach.

Wir wissen, dass Frau Dreizehnter, Frau Penon und andere dort einen Riesenjob machen und sich auch

anstrengen, aber ehrlich gesagt, mit allen Beiträgen, die sie zur Sanierung leisten, haben sie es noch nicht geschafft, den Turnaround zu schaffen, und der ist dringend notwendig, damit es nicht mehr die größte Haushaltslast der Stadtgemeinde Bremen ist, dass wir die GeNo haben, denn wir wollen städtische Krankenhäuser, sie gehören zur Versorgung dazu, und Bremerhaven zeigt ja auch, dass es geht: ein Haus, das an der Level-3-Schwelle steht oder darüber ist und insofern im Wettbewerb besteht mit hochmoderner Medizin, Ausbildungsort für Physician Assistants und Ausbildungsort für andere Ärztinnen und Ärzte ist.

Insofern ist es doch möglich, städtische Krankenhäuser zu machen, unsere kleine Schwesterstadt macht uns das vor. Dass wir das nicht können, ist ehrlich gesagt sehr, sehr traurig und muss uns sehr zu denken geben, und das zeigt, wie hoch die Lernkurve hier noch ist, die wir hinlegen müssen, denn eines ist so – dabei bleibe ich auch –: Die GeNo leistet gute Medizin, die wir in dieser Stadtgemeinde brauchen, die wir als Großstadt, als Oberzentrum brauchen. Es kann doch nicht sein, dass wir in andere Städte reisen müssen! Wir sind nicht das platte Land, wo man länger zum Krankenhaus reisen muss. Es sind wenige Kilometer zwischen den einzelnen Standorten, aber wenn wir das erreichen wollen, müssen wir es auch erreichen mit einer wirtschaftlich gesunden Gesellschaft, und diese Aufgabe kann Ihnen als Senat als denjenigen, die in der Verantwortung stehen und als Regierungsfractionen, keiner abnehmen. Da können wir leider auch nicht ewig Geld hineinpumpen, damit Sie die Zeit für die nötigen Entscheidungsprozesse haben. Sie müssen zügig getroffen werden. – Vielen Dank!

(Beifall FDP, CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, verehrte Anwesende! Erlauben Sie mir zunächst zwei kurze persönliche Bemerkungen! Erstens, im Anschluss an diese Sitzung erlaube ich mir, wie ich es immer gemacht habe, wenn ich an einem Plenarsitzungstag Geburtstag habe, die Abgeordneten der Koalition, der FDP und der CDU zu einem kleinen Umtrunk in der Mittelhalle einzuladen, der spätestens um 20:00 Uhr zu Ende ist für den Fall, dass jemand Anschlussstermine hat.

Die zweite Bemerkung ist, ich muss mich auch ganz persönlich beim Krankenhauspersonal bedanken. Ich hatte ja ein kleines Problem. Im Urlaub in Japan im Januar hat mich ein Schlaganfall ereilt. Ich bin dann in das Rote-Kreuz-Krankenhaus in Ashikaga gegangen, und die Menschen, die dort arbeiten, und das ärztliche Personal und die Pflegerinnen und Pfleger machen dort eine ausgezeichnete Arbeit. I have to send my warmest regards to the Red Cross Hospital in Ashikaga. It's about you, that I can stay here, can talk and can be with you. Thank you very much! Otsukaresama deshita, Arigatou gozaimasu (Japanisch), Red Cross Hospital!

(Beifall)

Ich kann die romanisierte Form der japanischen Ausdrücke gern zur Verfügung stellen. „Otsukaresama deshita“ heißt so etwas wie „vielen Dank für die Mühe“, und „Dōmo arigatōgozaimasu“ heißt „herzlichen Dank“. Das werden einige von Ihnen wahrscheinlich auch wissen.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Das kann ich bestätigen!)

Ich finde, es ist nicht nur Aufgabe der Opposition, getane Arbeit oder Vorhaben zu kritisieren. Wer zur Bürgerschaftswahl antritt, muss damit rechnen, dass diese Partei auch Teil einer Koalition wird. Deswegen haben wir uns immer so verstanden, als wir noch Opposition waren, dass wir Vorschläge machen, was wir anstatt der derzeitigen Regierung tun würden.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das haben Sie ja dann hinterher vergessen!)

Ja, keine Sorge! Ich meine, das gehört zu einer soliden Oppositionsarbeit dazu.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Da reicht es nicht, einfach zu sagen, 500 Millionen Euro sind in die GeNo hineingepumpt, und nun sind sie weg, und jetzt steht die GeNo vor einem Abgrund.

Ich bin ja seit geraumer Zeit auch Vorsitzender des Controllingausschusses. Da haben dieses Parlament und die Mitglieder dieses Ausschusses jeden Monat die Möglichkeit, die aktuellen Entwicklungen monatsgenau nachzuvollziehen. Dort bekommen sie gesagt, welche Gründe für welche Entwicklung es gibt, und das, was da gesagt worden

ist, ist viel genauer, viel transparenter und viel sachdienlicher als eine Aktuelle Stunde, wo unterstellt wird, da wären 500 Millionen Euro in die GeNo geflossen, und das hätte nicht sein müssen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Frage ist – fangen wir von vorn an –: Waren es 500 Millionen Euro? Nach meiner Rechnung waren es circa 420 Millionen Euro. Der Kollege Gottschalk hat schon gesagt, da werden Dinge miteinander verglichen und addiert, die man so nicht vergleichen und addieren darf. Es sind ungefähr 230 Millionen Euro an Schuldübernahme und Kapitalaufstockung enthalten. Ein nicht unwesentlicher Teil davon wurde notwendig, weil eine Vorgängerlandesregierung der Meinung war, ein Krankenhaus kann die eigenen Investitionen selbst finanzieren und dann den Kapitaldienst – –.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Das war eine Vorvorvorgängerregierung!)

Das war eine Vorvorvorgängerregierung, Herr Dr. Buhlert! Aber dieses Prinzip war natürlich ein eklatanter Irrtum, und ich finde es richtig, dass auch in dieser Legislaturperiode mitgeholfen worden ist, das zu ändern, denn dieses Prinzip entspricht nicht dem Gedanken des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, das besagt, Krankenhausinvestitionen müssen steuerfinanziert sein, auch im Land, und der laufende Betrieb muss durch die Krankenkassen ermittelt werden.

Die Frage ist: Ist dieses Geld jetzt weg? Ich sage einmal eher, nein. Ein Großteil dieses Geldes steht momentan auf dem Gelände des Krankenhauses Bremen-Mitte als modernes Krankenhaus und in anderen Bereichen der GeNo auch. Das heißt, da ist ein Wert dagegen. Dieses Geld ist nicht weg,

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

und es befindet sich ein Stück weit auch noch in der Eigenkapitalreserve der GeNo. Also zu behaupten, dass dieses Geld weg ist im Sinne von ausgegeben und nutzlos verausgabt, finde ich grundfalsch.

Es gibt darüber hinaus eine ganze Menge Betriebskostenzuschüsse, es gibt eine Übernahme von Pensionslasten, und es gibt einen Covid-Verlustrausgleich auf Bremer Ebene von 133 Millionen Euro. Wenn jemand ernsthaft behauptet, insbesondere diese 133 Millionen Euro hätten durch die GeNo aus eigener Kraft erbracht werden können, und es

wäre sozusagen gar nicht notwendig, das da hineinzutun: Sie wurden gebraucht, um Schutzausrüstung zu kaufen und vor allen Dingen auch, um die Menschen zu entlohnen, die geholfen haben, viele Menschenleben zu retten. Auch dieses Geld ist nicht weg. Es war vollständig notwendig, dieses Geld auszugeben für die Gesundheitsversorgung, um die Menschen, die an Covid erkrankt waren, zu versorgen. Dieses Geld liegt auf einem Konto, das nicht in Geld aufzuwiegen ist, es liegt auf dem Konto für gesunde und lebensfähige Menschen. Auch das ist ein Wert in dieser Gesellschaft, dass wir dafür Geld ausgeben, und ich finde es völlig richtig, dass wir die Krankenhäuser während der Coronazeit mit dieser Form von Betriebskostenschüssen beziehungsweise Verlustausgleich versorgt haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, wir diskutieren, seit ich in diesem Parlament bin, auch über die GeNo. Das war nicht am Anfang mein Thema, es ist dazu geworden. Ich habe eines gelernt: Für ein komplexes Problem gibt es immer eine einfache Lösung, und die ist falsch. In diesem Fall warte ich noch oft auf die Vorschläge, wenn der Kollege Eckhoff sagt, man muss den Mut haben zu unbequemen Entscheidungen, und man muss sie auch durchsetzen, und ähnliche, ich sage einmal, stammtischfähige Plattitüden. Was heißt denn das genau? Wenn wir jetzt sagen, wir brauchen unbequeme Lösungen: Was ist unbequem an einer Lösung? Für wen ist sie unbequem, und warum ist die Unbequemlichkeit eine Lösung? Diese Frage wird meines Erachtens in diesem Zusammenhang überhaupt nie beantwortet.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Der nächste Mythos oder die nächste Unterstellung ist, grundsätzlich könnte die GeNo kostendeckend arbeiten. Es gibt verschiedene Bereiche, in denen ist nachgewiesen, dass insbesondere kommunale Kliniken deutliche Schwierigkeiten haben, kostendeckend zu arbeiten, insbesondere dann, wenn sie einen Versorgungsauftrag für Notfallversorgung und für Geburtshilfe haben. Beide Bereiche sind nicht kostendeckend finanziert durch das laufende, durch das aktuelle Krankenhausfinanzierungssystem: Landesbasisfallwert zu niedrig, die diagnosebedingten Gruppierungen sind nicht ausreichend. Für einen Notfall gibt es 49 Euro, egal, was man hat. Das ist überhaupt viel zu wenig. Wenn man als kommunales Krankenhaus gehalten ist, eine 24/7-Notfallversorgung aufrechtzuerhalten, finde ich es begrenzt berechtigt, zu sagen, mit diesen 49 Euro

müsst ihr auskommen. Ich weiß nicht, was da mit den Patientinnen und Patienten passiert.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die interessante Frage ist: Steht also die GeNo an einem Abgrund? Man könnte ja scherzhaft sagen, gestern noch standen wir am Rande des Abgrunds, heute sind wir einen großen Schritt weiter, aber solche Vergleiche sind in diesem Zusammenhang einfach nicht zulässig. Was bedeutet Abgrund? Ist die GeNo nicht mehr in der Lage, ihren gesundheitlichen Versorgungsauftrag zu erfüllen? Besteht die Gefahr, dass gleich morgen, wenn ein weiterer Schritt gemacht wird, die GeNo dann in diesen Abgrund fällt und die gesundheitliche Versorgung nicht mehr sicherstellen kann? Ich befürchte, wer das heraufbeschwört, befindet sich einerseits in einem deutlichen Irrtum und schürt auch damit eine Panik, die vor allen Dingen die großartigen Leistungen der Beschäftigten der GeNo in den letzten drei bis vier Jahren unzulässig entwertet.

(Beifall DIE LINKE)

Es wurden Debattenbeiträge von August 2018 zitiert, wenn ich es richtig in Erinnerung habe.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Das war vom Mai, glaube ich!)

Sagen wir Mai 2018, was auch immer! Ich bin relativ sicher, hätte es eine normale weitere Entwicklung auf dem Gebiet der gesundheitlichen Versorgung gegeben, dann wären wir, was die Frage der Sanierung angeht, schon einen Schritt weiter. Es wurde gesagt, dass es selbst 2021 Sanierungserfolge gegeben hat und sie mit der Umstrukturierung angegangen wurden, und auch mit der neuen Geschäftsleitung hätte es eine Chance gegeben, diese Form von Sanierung oder in der Frage der Sanierung und der Frage der betriebswirtschaftlichen Auskömmlichkeit einen Schritt weiterzukommen. Das hat – und das weiß jeder Mensch, der sich einmal mit der finanziellen Situation der GeNo beschäftigt hat, das weiß jeder – Corona gründlich verhindert, dass eine solche normale Entwicklung gibt, und es stimmt auch, in vielen Fällen ist es so, dass Corona nach wie vor nachwirkt.

Herr Bensch, ich habe Ihre Randbemerkung, das wäre eine Coronalüge, gehört.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Nein, von 2006 bis 2019!)

Ich weise das zurück! Die Pandemie hat für die Krankenhäuser, für die Beschäftigten und auch für die Menschen im Bundesland

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber doch nicht davor!)

eklatante Folgen, und diese Folgen haben betriebswirtschaftliche Auswirkungen auf die GeNo, die die GeNo allein nicht hätte stemmen können und die Beschäftigten auch nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Aber solche Bemerkungen sind typisch für die präzise und tiefgründige Analyse der CDU, was die Gesundheitsversorgung in Bremen und auch die GeNo angeht.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Dann sollten wir auch einmal 2009 anfangen! Da ging das doch schon los! Wir können doch nicht immer nur die letzten vier Jahre – –! Also wenn schon, dann richtig!)

Entschuldigung, wer hat denn gesagt seit 2016? Wir doch nicht! Sie haben doch diese Aktuelle Stunde eingereicht!

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Das können wir auch gern machen, aber dann tun Sie sich selbst einmal einen Gefallen und machen Sie eine Analyse, die auf Fakten basiert und nicht auf Vorwürfen!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, diese 500 Millionen Euro sind faktenbasiert!)

Nein, sind sie nicht! Der Vorwurf ist nicht basiert.

Wir haben also eine Situation, wo wir immer noch die Coronafolgen ausbaden müssen, die Beschäftigtensituation ist schwierig, und der Vorwurf, ausgerechnet eine linke Senatorin würde jetzt Leiharbeit befördern,

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Ist doch so!)

ist so etwas von widersinnig! Entschuldigung! Erstens, Leiharbeit in den Kliniken ist etwas anderes als Billigleiharbeit irgendwo auf dem Bau. Ich wünsche allen Beschäftigten der GeNo und der Krankenhäuser ähnliche Beschäftigungsverhältnisse und auch eine ähnlich gute Bezahlung wie den

Menschen, die in Leiharbeit sind. Es ist Fakt, dass sie bessere Arbeitsbedingungen haben und besser bezahlt werden als die normalen Beschäftigten. Deswegen ist die Leiharbeit für Beschäftigte interessant.

(Zurufe CDU)

Zweitens, würde man diese Leiharbeit nicht nutzen, um Stationsschließungen zu vermeiden und Operationen durchzuführen, hätte das zwei Folgen: Erstens, für die Menschen, die Gesundheitsversorgung brauchen, würden Operationen nicht stattfinden, und es würde das betriebswirtschaftliche Ergebnis verschlechtern, wenn man diese Leiharbeit nicht einsetzen würde. Deswegen, schweren Herzens ist Leiharbeit im Moment ein notwendiger Umstand, um eine bestimmte Form von Betrieb und vor allen Dingen die gesundheitliche Versorgung der Menschen in Bremen sicherzustellen, da beißt die Maus den bekannten Faden nicht ab.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Letztendlich zu der Frage: Ho ho ho, jetzt macht ihr ein Konzept, aber wann kommt das denn? Nach der Wahl im Juni? Ho ho ho! Wir sind hier nicht im Karneval, auch wenn er noch nicht zu Ende ist! Fakt ist, seit Kurzem gibt es einen Entwurf einer Regierungskommission

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Das ist auch eher ein Trauerspiel und keine lustige Veranstaltung!)

für eine neue Krankenhausfinanzierung/für eine neue Krankenhausstruktur. Deren Auswirkungen werden jetzt untersucht, sie werden jetzt auch umgerechnet auf Bremen. Wir wissen das noch nicht genau, und wir wissen auch noch nicht, an welchen genauen Punkten wir Einfluss nehmen können. Wenn das wahr wird, das wurde schon angedeutet, wird es auch für die GeNo unglaublich schwer, und wenn wir es schaffen, bis Juni eine Antwort auf diese strukturellen Fragen zu finden, dann haben wir eine Geschwindigkeit an den Tag gelegt, die notwendig ist, aber die den Umständen genau entspricht, denn viel schneller kann das niemand, es sei denn – –. Ich würde mich ja freuen, wenn die Kollegen von der CDU ein Krankenhausfinanzierungskonzept oder ein Sanierungskonzept für bremische Krankenhäuser hätten, das den neuen Entwürfen entspricht.

Also, die 500 Millionen Euro sind überwiegend gut ausgegebenes Geld, das Geld ist nicht weg,

(Zuruf Abgeordneter Rainer Bensch [CDU])

und die GeNo steht nicht am Abgrund. Die GeNo wird finanziert, weil sie für die Menschen in Bremen unglaublich wichtig ist. Die GeNo hat seit 2016 knapp 700 000 Menschen oder Fälle behandelt. Das sind knapp 700 000 Menschen, das heißt, faktisch war jede Bremerin und jeder Bremer einmal in der Zeit in der GeNo zu Besuch, und deswegen, finde ich, muss die GeNo erhalten bleiben, auch wenn es weiterhin ein Stück Steuergelder kostet. Das ist gut angelegtes Geld. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Claudia Bernhard.

Senatorin Claudia Bernhard: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider ist es hier zum Teil ja immer eine etwas unernsthafte Dramaturgie, wenn ich mir die Überschrift dieser Aktuellen Stunde ansehe.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich meine, die Botschaft ist ein wenig zweifelhaft, aber was ich doch feststellen muss – und am Anfang der Legislaturperiode war ich ja bei den Debatten dabei, und der Kollege Herr Eckhoff hat das ja auch entsprechend zitiert –, ist, wir müssen uns ja von ein paar lieb gewonnen Argumentationsstrukturen verabschieden. Die eine ist die Historie, die immer bemüht wird. Da muss man sich ja entscheiden: Ist es diese Legislaturperiode, die ich mitverantwortete? Ist es davor? Was hat es als Historie gegeben? Sie können es auch nicht leiden, wenn Ihnen die 16 Jahre auf Bundesebene vorgeworfen werden, was da alles nicht passiert ist!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wird aber trotzdem gemacht!)

Das wird aber trotzdem gemacht! Insofern sind Sie da auf derselben Seite.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Selbst die Große Koalition in diesem Land ja noch!)

Das Zweite ist das Geld, immer nach dem Motto: Wie viel ist bitteschön alles in die GeNo geflossen, und das ist die größte Haushaltsbelastung. Das ist ja Quatsch!

(Zuruf CDU)

Das ist wirklich Quatsch, dass das die höchste Haushaltsbelastung ist.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Das sagt ja auch der Rechnungshof!)

Das mag schon sein, aber da sind Sie praktisch auf dem falschen Dampfer!

Der andere Punkt ist: Geld werden die Krankenhäuser in jedem Fall kosten, und zwar alle, was die Investitionen angeht. Das beklagen sie ja auch zu Recht, dass das lange Zeit nicht stattgefunden hat. Ich sage an der Stelle immer, wir haben das im letzten Haushalt tatsächlich sehr viel breiter aufgestellt, es ging allerdings über die Variante Bremen-Fonds. Damit bin ich auch nicht richtig glücklich, das muss verstetigt werden, aber Geld wird es kosten. Darüber braucht man sich überhaupt keine Illusionen zu machen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Über die Leiharbeit in Krankenhäusern ist hier schon gesprochen worden. Im Übrigen sind wir auf Bundesebene sehr hinterher, das einzudämmen, denn das ist letztendlich etwas, was man im Grunde genommen gar nicht mehr finanzieren kann. Das ist dermaßen über alle Möglichkeiten hinausgeschossen und teuer geworden, das ist relativ indiskutabel, und gerade im Gesundheitsbereich finde ich das ausgesprochen schädlich. Die Instrumente stehen mir derzeit allerdings nicht zur Verfügung.

Wenn ich jetzt noch einmal auf die Gelder komme, die hier mit den Unterstützungsmaßnahmen genannt worden sind – es war ja hier schon von einem Obstkorb die Rede –: Dem kann ich mich nur anschließen, denn es ist natürlich bunt vermischt worden, was hier in den verschiedenen Beträgen genannt worden ist. Das ist die Finanzierung des TEN, es ist die Aufstockung des Elkis, es sind Übernahmen der Pensionskosten, und es sind natürlich auch Betriebskostenzuschüsse gewesen. Wenn ich das dann noch einmal abgrenze zu den Covid-Verlustausgleichen, sind das, was rein die Betriebskostenzuschüsse angeht, überschaubare Zahlen.

Ja, die GeNo ist durch Betrauungsakt im Jahr 2014 mit der Sicherstellung von stationären medizinischen Leistungen ausgestattet worden, und insbesondere das Krankenhaus Bremen-Mitte nimmt eine sehr, sehr wichtige besondere Stellung ein. Die Unterstützungsmaßnahmen, die 216, sind tatsächlich die Aufstockungen und Schuldübernahmen, die in die Finanzierung des KBM und den Teilersatzneubau geflossen sind. Ich war übrigens Teil der Gesundheitsdeputation von 2011 bis 2015, ich war im Untersuchungsausschuss, und auch dort wurde immer wieder zu Protokoll gegeben, dass man sich tatsächlich der Hoffnung hingegeben hat, dass der TEN aus dem Krankenhaus heraus erwirtschaftet werden kann. Das hat sich ziemlich lange gehalten, es ist noch nicht so lange her, dass man sich davon verabschiedet hat.

Ja, es ist richtig, der Betriebsmittelkredit ist verdammt hoch, und wir haben ihn im Verlauf der Coronapandemie entsprechend auch wieder aufgestockt. Die Befristung soll jetzt bis Ende 2026 verlängert werden. Ich glaube nicht, dass jemand richtig froh darüber ist. Die Pandemie ist tatsächlich für beendet erklärt worden – das Blättchen fällt dann übrigens am 7. April –, das heißt aber nicht, dass die Krankenhäuser tatsächlich wieder auf die Erlösvarianten kommen werden, wie sie 2019 bestanden haben. Davon geht im Übrigen niemand aus.

Wir hatten wahnsinnige Krankheitsausfälle, wir haben Patientinnenzahlen, die gering waren, Fachkräftemangel – das ist übrigens eines der massivsten Probleme, mit denen wir aktuell und auch in der Zukunft zu tun haben werden –, dazu kamen dann noch der Krieg in der Ukraine und die Energiepreiskrise, sodass auf eine chronische Erkrankung dann noch einmal eine akute obendrauf gekommen ist. Das ist für die GeNo nicht einfach, das möchte ich gar nicht bestreiten. Sie kann die Kostensteigerungen auch nicht einfach weitergeben.

Der Landesbasisfallwert ist entsprechend gesetzlichen Vorgaben gegenüber 2022 um 4,3 Prozent erhöht worden. Das ist erst einmal gut, muss aber natürlich auch die Tarifsteigerungen entsprechend refinanzieren, das sind Ärzte, Pflegepersonal und natürlich insgesamt die Beschäftigten. Der Bund gleicht Energiekostensteigerungen durchaus aus, aber es reicht nicht. Das haben wir inzwischen auch nachgerechnet, und das belastet die Ergebnisse im Übrigen extrem.

Wenn Sie sich unter den kommunalen Kliniken von München bis Oldenburg umschaun, dann ächzen

alle unter genau diesen Problematiken. Ich habe eine Umfrage für die bremischen Landeskrankenhäuser wie auch darüber hinaus: Es schafft kaum noch jemand schwarze Zahlen. Das geht ehrlich gesagt ziemlich ans Eingemachte.

Ich möchte aber trotzdem noch einmal ein Stück weit auf das kommen, was jetzt aktuell der Fall ist, und da möchte ich auch noch einmal sagen, lieb gewordene alte Diskussionen helfen uns an dem Punkt schlichtweg nicht weiter. Wir haben eine ganze Menge geschafft. Seit 2019, wenn man das Gesundheitsressort übernimmt, war es immer schon eine Herausforderung mit der GeNo. Ich habe relativ früh gesehen, das war Ende 2021, dass wir tatsächlich Strukturen verändern müssen, und ich habe deshalb auch ein Gutachten in Auftrag gegeben, bevor die Regierungskommission eingesetzt wurde.

Interessanterweise liegen die Ergebnisse durchaus in der Nähe dessen, was die Regierungskommission jetzt aufgeschrieben hat. Das möchte ich in dem Zusammenhang auch noch einmal unterstreichen, denn es wird eine Neuordnung der Krankenhausversorgung und auch der Krankenhausfinanzierung geben. Wir wissen schon lange, dass die DRGs unterfinanzieren und praktisch nicht dem gerecht werden, was wir an Qualität brauchen. In dem Zusammenhang, einmal abgesehen von der morgigen Debatte, wir sind heute bei der GeNo: In der jetzigen Struktur ist die GeNo nicht überlebensfähig. Das ist auch in diesem Gutachten deutlich geworden.

Wenn wir uns dann aber anschauen, was wir in der letzten Zeit gemacht haben, in den letzten drei Jahren – und die Pandemie hat eine große Rolle gespielt, das ist nicht lustig gewesen –: Wir haben Umstrukturierungen vorgenommen. Die Dermatologie wurde umverlagert, die Gynäkologie und die Geburtshilfe. Wir haben das praktisch zentralisiert, wir haben Ausbildungsstätten zentralisiert. Wir haben jetzt die Unfallchirurgie und die Thoraxchirurgie entsprechend auch in Angriff genommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Widerstände sind hier fraktionsübergreifend in allen Reihen vorhanden, und das kann ich Ihnen aus persönlicher Erfahrung nur dreimal unterstreichen: An dem Punkt hätte ich gern Unterstützung, was die Stadtteile angeht. Ich möchte gar nicht im Einzelnen darauf eingehen, aber da macht sich hier niemand einen schlanken Fuß.

Nur noch einmal zur Kurfürstenallee – die ist im Übrigen in Auflösung begriffen, ein Stockwerk ist schon gekündigt, die Geschäftsführung sitzt inzwischen beim KBM –: Das finde ich sehr richtig, das war von Anfang an wahrscheinlich keine gute Idee, aber ich möchte auch noch einmal sagen, ich werde diese Schritte, die wir unternommen haben, hier nicht kleinreden lassen. Hier ist schon davon gesprochen worden, wir haben Sanierungserfolge. Mit der Pandemie und allen Krisen, die danach kamen, konnte man das überhaupt gar nicht auffangen. Ich möchte mich nicht davor bewahren, zu sagen: Natürlich gibt es Problematiken, und es gibt auch Problematiken, die über die Pandemiebelastung hinausgehen, das möchte ich gar nicht bestreiten, aber wir haben sie tatsächlich in Angriff genommen. Der Krankenhausplan ist im Entwurf fertig, er wird in den nächsten Wochen auch noch abgestimmt.

(Beifall DIE LINKE)

Krankenhäuser sind Tanker. Debatten um Krankenhausveränderungen, -umwandlungen und gerade dieses hässliche Wort Schließungen beschäftigen gerade die Bundesrepublik landauf, landab, und das wird noch einmal eine ganz interessante Auseinandersetzung. Wir fangen gerade erst an, uns in diesen Debatten tatsächlich zu positionieren, und da würde mich auch noch einmal sehr interessieren, was die CDU in dem Zusammenhang in die Runde werfen möchte, denn wir haben sehr wohl eine langfristige Strategie. Die weitere Straffung der Struktur und der Kapazitäten der GeNo steht da ganz oben. Sie besteht zweitens übrigens aus einem langfristigen Umbau der Krankenhausstruktur, und zwar zu einem konsequent abgestuften System: Maximalversorgern, Fachkliniken, Häusern, die vorwiegend sektorenübergreifend und ambulant arbeiten. Dazu brauchen wir bundesgesetzliche Grundlagen, die wir aktuell nicht in allen Fällen haben, aber das wird verdammt notwendig werden.

Drittens, beim Bund werden wir etwas mehr Realismus bei den aktuellen Reformplänen durchsetzen müssen, denn so, wie es aktuell auf dem Tisch liegt, bei allen richtigen Ansätzen, wird es nicht umsetzbar sein ohne einen brutalen Kahlschlag. Aber auch diese Diskussionen laufen. Wir sind daran beteiligt und bringen uns auch entsprechend ein.

Als letzten Punkt möchte ich noch einmal die gesamte Versorgungslandschaft erwähnen. Ich habe es auch in der Deputation schon gesagt: Ich fände

es richtig, wir hätten auf der ambulanten Ebene auch schon entsprechende Vorschläge, denn dort werden wir heranrücken, Stichwort niedergelassenes System, Selbstverwaltung, wie geht es weiter, wir brauchen Gesundheitszentren, und wir brauchen natürlich entsprechende MVZs, wir brauchen aber auch eine Zusammenarbeit und Kooperation. Das wird es auffangen müssen, wenn sich die Krankenhausstrukturen verändern. Da wird kein Auge trocken bleiben, aber ich bin fest davon überzeugt, wenn wir das hier entsprechend gemeinsam strukturieren und auch dagegenhalten, können wir es im Schulterschluss mit den anderen Bundesländern so hinbekommen, dass es tatsächlich gut qualitativ funktioniert.

Ich sage noch einmal: Wir brauchen eine gemeinsame Unterstützung, diese Entscheidungen dann auch zu tragen. Bis zum Sommer soll unser verehrter Herr Bundesminister eine ganze Menge von Gesetzen vorlegen und wird auch da eine Grundstruktur auf den Tisch legen, und ich hoffe, dass wir mit dem, was wir hier schon vor eineinhalb Jahren angestoßen haben, dann relativ gut zu einer Strategie kommen, die dann Schritt für Schritt umgesetzt wird. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jens Eckhoff.

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Oh, ich habe noch so viel Redezeit zu diesem Zeitpunkt! Das ist ja ein erfreuliches Ereignis! Dann möchte ich als Erstes einmal ganz deutlich sagen: Ich bin auch sehr froh – dies als persönliche Bemerkung! –, dass sowohl Herr Gottschalk als auch Sie, lieber Herr Rupp, hier wieder so fit am Rednerpult stehen. Debatten ohne Sie sind wirklich nur die Hälfte wert.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Insofern macht es mir auch eine große Freude, hier mit Ihnen bei allen inhaltlichen Unterschieden, die wir sicherlich haben, diskutieren zu können.

Zweitens, diese Dramatik, die uns jetzt unterstellt wurde in unserem Titel der Aktuellen Stunde – ich fand meinen Beitrag ehrlich gesagt eigentlich eher zurückhaltend,

(Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE]:
Das stimmt!)

deshalb haben Sie sich alle auf den Titel bezogen – , das sind ja keine Sachen, die ich mir ausgedacht habe, sondern diese Dramatik entsteht ja wirklich durch die Situation, die wir im Haushalts- und Finanzausschuss zur Kenntnis nehmen: Erstens, dass es bis jetzt noch keinen Wirtschaftsplan für die GeNo gibt, sondern, glaube ich, nur einen vorläufigen Wirtschaftsplan, der in der nächsten Aufsichtsratssitzung noch einmal nachgearbeitet werden muss.

Zweitens – und dazu hätte ich mir von meinen beiden Haushaltskollegen Herrn Gottschalk und Herrn Rupp ein bisschen mehr erwartet –, dass sich offensichtlich der Finanzsenator genötigt sah, den „Kredit“, den er auslegt, nicht mehr an die positive Kapitaldienstfähigkeit zu binden, sondern sagt, er legt ihn auch aus, wenn sie nicht da ist, dass es egal ist. Das ist doch ein dramatischer Vorgang, wenn man im Endeffekt die Kreditbasis verlässt. Man bekommt, wenn man nicht kreditfähig ist, nirgendwo mehr Geld, und der Finanzsenator weiß, dass offensichtlich diese Kreditfähigkeit nicht da ist, und steuert da jetzt gegen. Das habe ich mir ja nicht ausgedacht, das kommt vom Ressort, vom Haus des Finanzsenators.

Drittens, wenn man im Februar dazu greifen muss – –. Ich weiß auch, dass Corona nicht in den Krankenhäusern vorbei ist, aber ehrlich gesagt kann heute noch keiner sagen, wie die Corona-Ausgleichszahlungen bis Dezember laufen müssen, das müsste ja ein Hellseher sein, und trotzdem greift man jetzt bereits zu diesem Mittel. Auch das habe ich mir nicht ausgedacht, sondern das hat man sich zwischen dem Haus der Gesundheitsministerin und dem Finanzsenator ausgedacht. Alle diese drei Dinge sind doch Alarmsignale, wo wir im Moment mit der GeNo stehen, und das sind alles Alarmsignale, die im Senat ausgelöst worden sind, die wir als Opposition nur aufgegriffen haben, und das ist nun einmal unsere Aufgabe.

(Beifall CDU)

Ich will es so ganz deutlich sagen: Frau Senatorin Bernhard, dass das keine leichte Aufgabe ist, die Sie da übernommen haben, glaube ich Ihnen sofort. Das wussten Sie aber auch schon zu Beginn der Legislaturperiode, dass diese Aufgabe komplex und schwierig ist und dass natürlich die Herausforderungen, die im Zusammenhang mit der GeNo vorhanden sind, ganz erheblich sind. Die Frage ist

jetzt, und die sollten wir uns aber schon noch einmal stellen: Haben Sie wirklich alles gemacht in diesem Zeitraum, der Ihnen zur Verfügung stand? Da will ich zumindest sagen, dass wir bei der Krankenhausplanung nicht damit zufrieden sind, dass dies jetzt im Entwurf zum Ende der Legislaturperiode fertig ist, sondern wir haben das mehrfach eingefordert. Der Kollege Bensch wird dazu bestimmt morgen auch noch einmal etwas sagen, wenn das Thema noch einmal etwas anders beleuchtet wird.

Wir haben immer wieder darauf gedrängt, dass wir diesen Krankenhausrahmenplan haben wollten. Er ist eigentlich seit 2019 überfällig, und er ist in vier Jahren nicht gekommen. Das finden wir bedauerlich, weil wir, glaube ich – –. Da möchte ich das aufgreifen, was die Kollegin Frau Osterkamp-Weber, glaube ich, auch gesagt hat, sie war enttäuscht, wenn ich das so richtig in Erinnerung habe, was der Kollege Dr. Buhlert gesagt hat – –. Ich bin mir ziemlich sicher, wenn wir diesen Plan schon vor zwei Jahren beschlossen hätten, wären wir für die Herausforderungen, die jetzt auf uns zukommen – auch mit den neuesten Vorschlägen von Herrn Lauterbach –, deutlich besser gewappnet gewesen als ohne Plan, und vor diesem Hintergrund ist das zumindest etwas, was wir kritisieren, wo wir uns von Ihnen hätten mehr Aktivitäten vorstellen können.

Noch einmal zurück zur GeNo, denn allein, wenn wir mit unseren Kollegen – das geht doch keinem in anderen Fraktionen anders – aus Bremerhaven diskutieren, fragen die uns doch immer: Leute, wie kann das sein? Wir haben ein Zentralkrankenhaus, das in den letzten Jahren immer irgendwie über die Runden kommt, das teilweise eine schwarze, vielleicht auch mal eine kleine rote Null, aber immer im Bereich der Null oder auch leicht positiv unterwegs ist. Wie kann es sein, dass ihr in der Stadt überhaupt so viel Geld habt, dass ihr das immer in die Krankenhäuser hineinsteckt? Da müssen wir doch in unseren eigenen Parteien schon die Antworten darauf geben, und ehrlich gesagt, uns fällt es zumindest schwer, darauf auch Antworten zu geben, und dann kommt ja das, lieber Herr Rupp, was Sie immer so gern sagen: Dann wird immer gefragt, wie sind denn eure Konzepte.

Ich finde nur, wenn man in einer Regierungsverantwortung ist, und da unterscheide ich mich von dem – –. Nein, ich unterscheide mich gar nicht, da bin ich mit Frau Osterkamp-Weber einer Meinung, die gesagt hat, man kann sich nicht überall beliebt machen, und man kann auch nicht alle befriedigen. So habe ich es mir zumindest aufgeschrieben. Das

sehe ich genauso. Aber wenn man in einer Regierungsverantwortung ist, muss man auch schon den ersten Aufschlag machen, und da finde ich es bedauerlich, dass jetzt – –. Das kann man mit Herrn Lauterbach wunderbar begründen, aber wir wissen doch, dass es einen Umstrukturierungsbedarf gibt. Ich meine, lieber Herr Rupp, Sie sind ja im Namen des Haushalts- und Finanzausschusses permanent bei den Treffen mit dem Klinikum Links der Weser dabei, wo wir Ihnen sehr dankbar dafür sind, dass Sie diese Zeit und diese zeitliche Belastung auf sich nehmen, aber diese Fragen haben sich vorher gestellt. Durch Herrn Lauterbach wird vielleicht die Fragestellung noch einmal anders formuliert.

Ich finde, die Menschen haben es nun einmal verdient, als Erstes von der Regierung dann auch zu hören, wie die konkreten Reformvorschläge sind. Ich finde, wenn eine Regierung antritt, um wiedergewählt zu werden, dann muss sie den Menschen das auch vor der Wahl sagen. Wir werden das dann auch gern kritisch begleiten und es uns auch nicht leicht machen, weil wir auch ganz genau wissen, dass nicht alles so bleiben kann, wie es ist, dass es auch deutliche Veränderungen geben muss. Das sagt der Kollege Bensch übrigens auch bei jeder Gelegenheit.

(Zuruf Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE])

Aber dass Sie jetzt von uns erwarten, ohne den gesamten Apparat, ohne die Möglichkeiten, dass wir als Erstes einmal Vorschläge machen sollen, das ist doch vollkommen klar: Da wollen Sie uns in eine Wahlkampfallee laufen lassen, und da laufen wir nicht hinein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Ich möchte noch etwas zum Kollegen Gottschalk sagen, weil ich mit Ihnen beiden auch angefangen habe! Lieber Herr Gottschalk, Sie haben ja so gejubelt: Anstatt minus 23 Millionen Euro ist das Betriebsergebnis minus nur 16 Millionen Euro, und das wäre ein großer Fortschritt. Sie haben natürlich einmal vergessen, dass darin die sieben Millionen Euro Pensionsausgleich enthalten sind, und Sie haben auch vergessen, dass über 50 Millionen Euro Corona-Ausgleichszahlungen vom Bund und von den Ländern in diesem Jahr mit darin enthalten sind. Aber egal! Wie man es nimmt, um das auch ganz deutlich zu sagen: Es ist zumindest sehr weit entfernt von dem Ergebnis deutlich über null, das Sie ja in der Debatte 2018 eingefordert haben.

Auch das kommt ja nicht von uns, der CDU-Fraktion. Das war ja Ihre Forderung, die der SPD-Fraktion, und daran ist man zumindest deutlich gescheitert.

(Beifall CDU)

Letzte Bemerkung – das möchte ich gern auch noch einmal in Richtung der Senatorin wiederholen –: Frau Senatorin, bitte legen Sie die Konzepte vor der Wahl vor! Ich sage Ihnen zu, dass wir in der Begleitung dort kein Wahlkampfgetöse machen werden, sondern dass wir es kritisch konstruktiv begleiten werden, aber es ist allemal besser als die Gerüchte, die hier zunehmend durch die Stadt gehen über mögliche Schließungen von Standorten. Ich glaube, dass diese Gerüchteküche insgesamt weder Ihnen nutzt noch der Politik insgesamt, sondern dass Gerüchte in diesem Bereich eher zu Politikverdrossenheit führen, und das wollen wir doch alle nicht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht, weil ich auch gern mit Herrn Eckhoff debattiere, komme ich noch einmal, sondern ich möchte schon noch einmal auf die Inhalte eingehen! Erster Punkt: Herr Eckhoff, Sie haben noch einmal den Kredit angesprochen, der jetzt noch einmal aufgestockt worden ist. Wir haben den in allen zuständigen Gremien als vertrauliche Vorlage behandelt, und deshalb habe ich auch kein Interesse daran, hier in einer Öffentlichkeit Dinge, bei denen wir uns darauf geeinigt haben, dass sie vertraulich sind, weil sie interne Sachen angehen, dann hier doch zu diskutieren.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Das hätte ich mir von Ihnen auch gewünscht.

Zweiter Punkt damit: Ich glaube, dass die Diskussion darüber, wie dieser Kredit zu bewerten ist, in der Tat auch in den Gremien geführt werden sollte, wo man sich dies als Fachgremium vertieft ansieht. Wir haben ja auch dazu beschlossen, dass die Bürgerschaftsverwaltung dazu auch noch ein Gutachten erstellt, wie das zu beurteilen ist, und wir waren eigentlich der Meinung, dass wir nicht draußen herumgackern, bevor wir nicht dieses Gutachten haben. Auch da hätte ich mir ein anderes Vorgehen gewünscht.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Ich gebe Ihnen allerdings recht, dass wir uns dann, wenn das ansteht, in der Tat die Zeit nehmen müssen, das genauer anzuschauen und das genauer zu bewerten, denn da hängen schon Fragen dran, Punkt eins!

Punkt zwei: Herr Eckhoff, Sie haben noch einmal eingefordert den Plan, den Plan, den Plan. Der wesentliche Punkt, den wir hier in der Debatte doch eigentlich herausgearbeitet haben, und Frau Osterkamp-Weber hat das sehr ausführlich getan, und die Senatorin hat es auch noch einmal aufgezeigt, ist, was – sequenziell – an Maßnahmen in dieser Legislaturperiode gemacht worden ist. Es sind Schritte umgesetzt worden, und es ist nicht nur ein großer Plan geworden und gewesen, sondern es sind tatsächlich Veränderungen angestoßen worden.

Wir müssen zusätzlich auch etwas sehen, was man gar nicht hoch genug schätzen kann: In dieser gesamten Zeit ist es uns gelungen, zusätzlich noch sehr renommierte Mediziner jeweils an Spitzen dort hinzubekommen – Menschen, die auch ein Potenzial mit hineinbringen, gerade auch, wenn es darum geht, überregional auch Patienten einzuwerben. Ich glaube, wenn man dies jetzt vor dem Hintergrund sieht, dass man in einer Legislaturperiode so viele wie die beschriebenen Änderungen hineinbekommt, und das in einer Zeit, wo niemand wusste, wie entwickelt sich denn überhaupt dieses ganze Problem – –. Wir hatten auch eine Zeit, als die Bilder aus Italien kamen und wo die GeNo jeden, den sie bekommen konnte, erst einmal eingestellt hat und dann plötzlich die Zahlen von 5 700 und bei über 6 000 waren, aber wer, Herr Eckhoff, hätte denn in der damaligen Situation sagen können, das alles ist falsch, da brauchen wir erst einen Plan, bevor wir das machen?

(Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

Es kann doch in diesem Bereich gar nicht anders ein, als dass man sich in so einer schwierigen Situation tatsächlich erst einmal auf die machbaren Sachen konzentriert, die akuten Herausforderungen, die man hat, gleichzeitig aber auch mit einem strukturierten Plan im Hintergrund vorgeht, und ich glaube, die Menge der Veränderungen, die dort geschafft worden ist, verdient ein hohes Maß an Anerkennung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Der dritte Bereich: Wir haben jetzt noch einmal auf das geschaut, was war, manchmal auch auf historisch ganz weit zurückliegende Sachen, aber ich glaube, wir stehen jetzt wirklich auch vor einer Zeitenwende, was die Entwicklungen im Krankenhaus angehen wird. Das, was an Veränderungen hier kommen wird, das wird uns alle in einem Ausmaß beschäftigen, denn, Frau Bernhard hat es gesagt, die Veränderungen: Es wird nichts so bleiben, wie es ist.

Es sind schon in der Vergangenheit Dinge mit angesprochen worden. Wir haben auch das Gutachten in dem Bereich gehabt, wo ich es sehr begrüßt habe, dass auch einmal dieser Fokus aufgemacht worden ist und man in den Blick genommen hat: Es geht nicht nur um die Frage, wie wir diese GeNo reorganisieren, sondern wir stehen vor der Herausforderung, den gesamten Standort, den gesamten Krankenhausstandort Bremen zu betrachten und zu fragen, wie bekommen wir ihn so reorganisiert, dass wir hier in unserer Metropolfunktion tatsächlich auch optimal aufgestellt sind und auch in der Lage sind, über unseren eigenen Standort hinaus Patienten zu versorgen und Patienten zu gewinnen.

Ich glaube, dass dieser Punkt, der ja schon vorausgegangen ist, jetzt durch das, was vom Bund angestoßen wird, erheblichen Rückenwind bekommen wird. Die Situation, die jetzt kommt, und das bitte ich mir dann zum Ende auch – –. Ich glaube, natürlich ist es manchmal so, das ist ja nun auch gerade in einem Wahljahr immer dahinter, dann muss man sich auch mal fetzen – das ist einfach auch so, das muss man ja auch gar nicht anmeckern –, aber ich glaube, das, was jetzt vor uns steht, wird von uns allen ziemlich gute Nerven brauchen, und ich glaube, wir sind auch alle gut gefordert, wenn diejenigen, die sich damit befassen müssen, auch wirklich tief in die Materie hineingehen und die Diskussion führen.

Das brauchen wir für diesen Standort hier, das brauchen wir aber auch bei dieser ganzen komplexen Ausgangslage, und ich denke, es ist eine Herausforderung, die man sinnvollerweise auch nach einer Wahl dann angehen wird. Die nächste Legislaturperiode wird die große Herausforderung in dem Bereich sein, und wir alle stehen dann vor einer ziemlichen Herausforderung. – Danke schön!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete, verehrte Anwesende! Hier steht gar keine Zeit! Ich habe doch jede Menge Zeit.

(Heiterkeit – Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Die wird gerade eingestellt!)

Drei Bemerkungen! Erstens, der Nachweis, dass es 500 Millionen Euro sind, ist begrenzt erbracht. Der Nachweis, dass das Geld weg ist, ist nicht erbracht, und der Nachweis, dass die GeNo vor dem Abgrund steht, was die Gesundheitsversorgung in Bremen angeht, ist auch nicht erbracht. Von daher ist diese Ansatzthese der Aktuellen Stunde widerlegt.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Zweitens, die Haushaltsbelastung, was die GeNo angeht: Es gibt eine ähnliche Haushaltsbelastung. Seit 2016 hat das Sondervermögen Häfen knapp 600 Millionen Euro bekommen, und es käme auch kein vernünftiger Mensch auf die Idee, zu sagen, das Geld ist weg. Letztendlich hat der runde Tisch zur Perspektive des Klinikums Links der Weser gezeigt, dass auch Planungsentwicklungen und Untersuchungen eine gewisse Zeit brauchen, denn sie haben nämlich Perspektiven aufgemacht, die vor diesem runden Tisch so nicht bekannt waren. – Deswegen danke ich für die Aufmerksamkeit, bis zum nächsten Mal!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Meine sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh!)

Die Frage, ist das Geld weg, hat mich dann doch einmal hierhergerufen, weil wir hier eben schon Diskussionen in diesem Raum hatten, ob Äpfel mit Birnen oder Orangen mit Äpfeln oder Marmeladen mit irgendetwas verglichen werden, und an der Stelle stößt es mir dann doch schon komisch auf, wenn das Sondervermögen Infrastruktur für den Hafen hier mit dem Geld der GeNo verglichen wird. Natürlich ist das Geld nicht weg, denn die Mitarbeitenden der GeNo, die Dienstleister für die GeNo,

all die haben Geld bekommen, aber Geld ist im großen Teil in der GeNo konsumiert worden, und da ist das Geld ausgegeben, und es wird auch nicht wieder erwirtschaftet werden. Da sind wir, glaube ich, ziemlich einig, denn sonst hätten Sie ja auch der These zustimmen können, dass man den TEN aus den Überschüssen erwirtschaften könnte, was man nicht kann, was ich genauso teile wie Sie.

Aber deswegen ist es eben ganz anders als mit dem Hafeninfrastukturvermögen.

(Zuruf Abgeordneter Ingo Tebbe [DIE LINKE])

Das Geld ist in aller Regel investiert worden, das ist dann verbaut worden. Ja, da haben auch Arbeitnehmer Geld bekommen und so weiter, aber es ist eine Investition. Da stehen Hafenkanten, und da steht der Hafen, und insofern ist dort auch Geld ausgegeben worden.

(Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

Ja, der TEN steht dort auch, aber ehrlich gesagt haben wir hier Defizite aus dem laufenden Betrieb, und das können Sie an der Stelle nicht mit Investitionen vergleichen. Insofern: Bitte bleiben Sie da ehrlich und sauber!

Wenn ich sage, dass es eine große Haushaltsbelastung und meiner Meinung nach die größte für den städtischen Haushalt ist, ist das vielleicht nicht die größte Ausgabe, aber ehrlich gesagt bleibt es dabei, dass hier das wirtschaftliche Risiko groß ist, das die Stadtgemeinde Bremen zu tragen hat, und das können wir uns nicht schönreden.

Ich habe in meiner Rede vorhin schon gesagt, es sind Kindergärten und Schulen, die wir nicht bauen können, Zinsen, die wir zahlen müssen, weil dieses Geld ausgegeben werden muss,

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

weil die Hausaufgaben noch nicht gemacht worden sind, die hier gemacht werden müssen. Es stimmt, Frau Krümpfer, es kann nicht investiert werden, oder es muss Geld dafür aufgenommen werden, und da müssen Zinsen gezahlt werden. Insofern stimmt das, was ich hier sage, und da brauchen Sie mit Ihrem Zwischenruf nicht glauben, ablenken zu müssen.

Es ist und bleibt eine Belastung für den Haushalt,

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Welche Kita wurde nicht gebaut?)

es bleibt eine Investition für den Kindergarten. Es bleibt eine große Herausforderung für den Haushalt, und Sie könnten mehr Kitas bauen, hätten mehr Kitas bauen können, Frau Leonidakis. Es ist schlichtweg an der Stelle so, weil die Mittel fehlen.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Welche Kita wurde nicht gebaut, weil kein Geld da war? – Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Warum spielen Sie das gegeneinander aus?)

Ich spiele das überhaupt nicht gegeneinander aus! Sie können das nur aus Schulden finanzieren, weil hier Schulden dafür gemacht werden müssen. Merken Sie denn nicht, dass Sie nicht wirtschaften können? Ich glaube, mit dieser Denkweise werden Sie nie Krankenhaus können! – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber.

Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle meine Vorgänger, die jetzt gerade noch einmal in die zweite Runde gegangen sind, haben mich motiviert, dass ich glaube, dass noch einmal eine Zusammenfassung nötig ist. Meine Damen und Herren, wir reden hier über gesundheitliche Daseinsfürsorge. Wir reden nicht über irgendwelche Päckchen und irgendwelche spekulativen Immobilien oder über irgendetwas anderes, was keiner Menschenseele wehtut, wir reden über gesundheitliche Versorgung in unserer Stadt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Dafür haben wir hier verschiedenste Kliniken. Wir haben die GeNo – über die wurde heute geredet –, wir haben die freien Kliniken, wir haben private Anbieter. Alles das wird zusammen gebraucht. Natürlich haben alle miteinander recht, dass wir nicht endlos Geld investieren können, um diese Kliniken aufrechterhalten zu können, aber ich finde es unglaublich wichtig, und da spreche ich auch noch einmal ganz deutlich nicht aus finanzpolitischer Sicht, sondern aus gesundheitspolitischer Sicht, dass alle Kliniken eine Perspektive bekommen, wie sie weiter bestehen können und dass wir den Fokus vor allen Dingen auf die Menschen legen, die uns

in diesen Kliniken täglich versorgen – nicht personifiziert hier, aber alle Menschen, die gesundheitliche Versorgung in Bremen brauchen, die Hilfe brauchen –, dass diese Menschen weiter ihre Motivation haben, in den Kliniken ihre gute und wertgeschätzte Arbeit zu leisten und dass es nicht an diesen Debatten, die wir heute geführt haben, vorbeigeht. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert zu einer Kurzintervention.

(Zurufe – Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Wird aber alles ausgeschöpft!)

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jetzt habe ich 90 Sekunden, eben hätte ich noch acht Minuten gehabt. Ich habe mich sehr aufgeregt über dieses ökonomische Verständnis, aber ich bin Frau Osterkamp-Weber dankbar, dass sie am Ende der Debatte noch einmal den Fokus auf das Gesundheitliche gelegt hat. Ehrlich gesagt ist es das, was hier geleistet werden muss, aber nur geleistet werden kann, wenn Sie als Regierungskoalition und Sie, Frau Senatorin, Ihre Hausaufgaben machen und eine Landeskrankenhausplanung vorlegen, überlegen und festlegen, wer denn welche Versorgungsaufträge erledigt und endlich lernen, dass gewirtschaftet werden muss, denn dann haben die Leute, die dort arbeiten,

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Wir haben darauf gewartet, dass Sie uns das beibringen!)

die dort auf die gesundheitlichen Dienstleistungen angewiesen sind, alle eine Perspektive, die sie dringend brauchen.

Wir wollen hier eine medizinische Versorgung auf hohem Niveau. Wir wollen hier einen Maximalversorger in der Stadt, wir brauchen ihn als Oberzentrum, aber dann müssen wir auch die Voraussetzungen dafür schaffen. Ehrlich gesagt, Bremerhaven macht es uns vor, und wenn sie das dort können, dann müssen Sie sich fragen lassen, warum Sie das nicht können. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Wahlausschüsse für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen sowie Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028

**Mitteilung des Senats vom 17. Januar 2023
(Drucksache [20/832 S](#))**

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

14. Ortsgesetz zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen Unter den Linden, Lesumer Heerstraße, Birkenhof, Neue Konsulnstraße, Bundesautobahn A 270 und Waldwinkel
**Mitteilung des Senats vom 24. Januar 2023
(Drucksache [20/839 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 35
vom 17. Februar 2023
(Drucksache [20/849 S](#))**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Petitionen S 20/285 und S 20/306 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(FDP, L.F.M.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der restlichen Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan 133
(mit Vorhaben- und Erschließungsplan) („Blumenstraße“)
für eine Bebauung westlich der Blumenstraße
zwischen Ostertorsteinweg, Bauernstraße und
Beim Steinernen Kreuz in Bremen-Mitte
Mitteilung des Senats vom 21. Februar 2023
(Drucksache [20/850 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 133 mit Vorhaben- und Erschließungsplan beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Drei Jahre wieder nichts passiert: Wie geht es weiter mit der Innenstadtentwicklung?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. Juni 2022
(Drucksache [20/712 S](#))**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 30. August 2022
(Drucksache [20/754 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Gabriele Nießen.

Ich gehe davon aus, dass der Senat die Antwort auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholen möchte, sodass wir direkt in die Aussprache eintreten können.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das wäre es ja noch gewesen! Bevor wir gleich in die Debatte einsteigen, möchte ich kurz anmerken: Falls dann irgendjemand jetzt auch hier der CDU wieder Wahlkampf vorwirft wie in der letzten Debatte, möchte ich darauf hinweisen, dass wir in dem Fall nicht schuld sind,

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Das ist Wahlkampf!)

denn man darf ja nicht vergessen, wir haben diese Anfrage gestellt, und insgesamt hat es 23 Wochen und zwei Anläufe gebraucht, um überhaupt ansatzweise brauchbare Antworten durch den Senat zu erhalten. Wir haben die Anfrage am 14. Juni 2022 gestellt, und dann haben Sie sich ziemlich viel Zeit gelassen.

Man muss sich das einmal so vorstellen: Sie, der Senat, erarbeiten eine Strategie zur Innenstadtentwicklung,

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Reguläre Zeit mit Fristverlängerung!)

die wievielte auch immer.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Was ist daran Zeit gelassen? Das stimmt nicht!)

Herr Güngör, bitte einfach zuhören, und dann kann ich das ja – –!

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Aber Sie können ja nicht irgendetwas in die Welt setzen, was nicht stimmt!)

Was ist? Was stimmt nicht?

(Zuruf Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen] – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Der Senat hat ganz normal mit Fristverlängerung diese Fragen beantwortet, Herr Strohmann!)

Ja, aber ich will es ja gerade erläutern! Sie müssen sich einmal – –.

Ja, so ist es ja auch, Herr Güngör! Jetzt müssen Sie sich einmal vorstellen, Sie erarbeiten eine Strategie, und dann stellt einer zu diesen Strategien, die Sie sich ja richtig genial erarbeitet haben, ein paar Fragen, und Sie haben darauf keine Antworten. Es kam ja noch besser. Genau das ist ja das Problem. Sie haben es dann ja selbst zugegeben, dass – –. Bei den Detailfragen haben Sie dann bestimmte Aus-

sagen zu unseren Fragen so weit umschiffen, es handelt sich dabei lediglich um Überschriften. Jetzt sage ich Ihnen, Sie haben gar keine Strategie für die Innenstadt.

(Beifall CDU)

Sie haben einfach keine!

Das ist jetzt ehrlicherweise auch nicht mein großes Problem. Man könnte da auch offen darüber sprechen, dass es bestimmte Situationen in dieser Innenstadt gibt, über die man im Moment gar nicht hinwegkommt, Hindernisse, über die man im Moment gar nicht hinwegkommt, und dann muss man offen darüber sprechen. Das ist im Grunde genommen der einzige Vorwurf, den wir Ihnen seit Jahren dann auch machen, denn dieses Thema ist ja ein Thema, das uns seit, ich weiß nicht, mindestens zwölf Jahren intensiv beschäftigt, denn mein Vorwurf, mein Hauptvorwurf ist eigentlich, dass Sie Fehler machen, was passieren kann, aber diese Fehler dann hinwegwischen und mit weiteren Fehlern immer noch weiter unterfüttern und sich in Situationen hineinreiten und Sie ab einem gewissen Punkt nicht mehr weiterkommen. Das ist eigentlich die entscheidende Diskussion.

Wie komme jetzt darauf?

(Zurufe SPD)

Wir haben circa 2010, dann noch einmal 2012 kam die erste Idee – –.

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Das CDU-Konzept jetzt? – Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sind ganz Ohr!)

Na ja, mittlerweile – –. Das ist genau das Problem: Sie haben es ja damals verlacht, das war der Rückbau des Parkhauses Mitte. Das war ja die erste Idee. Sie haben es ja verlacht. Mittlerweile ist es ein bisschen anders, und das meine ich: Das mache ich Ihnen noch nicht einmal zum großen Vorwurf, denn wenn es von der CDU kommt, kann es ja sowieso nicht sein. Der Einzelhandel, das war ja alles brilliant, und die Innenstadt hatte zu dem Zeitpunkt gar kein Problem, und es war ja alles schön, und wie kommt die CDU überhaupt dazu, ein Parkhaus abreißen zu wollen? Das haben die Grünen jetzt nicht gesagt, aber das waren andere. Das ist jetzt auch nicht so mein Problem. Mein Problem ist dann: Was haben Sie gemacht? Sie haben Unfug gemacht: Sie

haben den Lloydhof gekauft und wollten dann ein großes City-Center auf den Lloydhof bauen. Das war 2014.

(Abgeordneter Ingo Tebje [DIE LINKE]: Wer sind „Sie“?)

Dann kommen wir nicht nur wieder bei dem – –. Da geht es nicht nur um den Fehler, sondern Sie haben diesen Fehler dann auch vertuscht, haben sich 2015 über die Wahl geholfen, wohl wissend, dass dieses Einkaufszentrum nicht kommen wird, weil es von vornherein Blödsinn war, weil es kalkulatorisch gar nicht ging, und da sind wir wieder bei der Frage: Wie gehe ich offen und ehrlich mit solchen Situationen um?

(Beifall CDU)

Dann ging es weiter: Nach der Wahl 2015 wurde dann gesagt, ja, das ist jetzt alles schwierig gewesen, und der Internethandel – ich höre noch die Worte –, Herr Günthner war ja auch dann, ich weiß nicht, als Wirtschaftssenator, keine Ahnung, haben wir mit Herrn Bücking ja sowieso – –. Wahrscheinlich hatte die CDU Schuld, weil sie das vorausgesagt hat, und die magischen Kräfte, keine Ahnung. Dann kam Zech und hatte genau die Idee des Rückbaus oder Abrisses des Parkhauses Mitte mit der Entwicklung der Fußgängerzone. Auf einmal haben Sie gerufen: Hurra! Drei Jahre vorher war das alles nicht möglich, und Sie haben gerufen: Hurra, es ist alles schön, jetzt wird das alles gut, Herr Zech macht das dann letztlich schon; wohl wissend, dass die Probleme, die Sie ja 2012 angeführt hatten, weshalb es keinen Abriss geben konnte, ja immer noch bestehen, bestanden damals, 2015, das war ja Vergangenheit, und es ist ja nachfolgend.

Das ist auch alles noch so, da sage ich okay, aber was ich Ihnen richtig vorwerfe, ist im Grunde genommen Ihre Kleinteiligkeit, Ihr Kleindenken, Ihre Mutlosigkeit, und da kommen wir nämlich – –. Dann kamen die Schapira-Brüder. Sie haben gesagt, Mensch, hier im Stephaniviertel wollen wir etwas entwickeln und erst einmal – –. Damals hat Bürgermeister Dr. Sieling gesagt, das kann ich mir anhören, das hört sich gut an, das können wir machen, und dann wurde dieses Projekt hier in dieser Stadt durch diese drei Fraktionen kaputtgeredet.

(Beifall CDU)

Anstatt froh zu sein, dass wir mit einem Architekten wie Libeskind hier wirklich ein Ensemble hinbekommen hätten, das wirklich ein Pilotprojekt, ein Leuchtturm gewesen wäre, wofür Menschen in diese Stadt gekommen wären, um sich das anzuschauen, um dann zu sagen, liebe Schapira-Brüder, das ist toll, dann machen wir etwas gemeinsam, wir haben auch eine Idee, wir könnten einen Campus zum Beispiel, die Universität, mit in die Innenstadt holen, wir können das entwickeln: Was haben Sie in Ihrer Kleinteiligkeit – mehr will ich dazu nicht sagen – gemacht? Nein, das ist alles doof, das wollen wir alles nicht. Wir verkaufen lieber den Lloydhof, und wir lassen alles so, wie es ist. Dann kam auf einmal einer um die Ecke und sagte, so, jetzt machen wir hier den Unicampus, wohl wissend, dass das gar nicht funktioniert. Betriebswirtschaftlich kann das nicht funktionieren so ein Campus eins zu eins, das kostet zig Millionen.

Warum ist die Sparkasse da hinausgegangen? Diese Fragen wurden sich nicht – -. Das ist im Grunde genommen das, was mich dann ärgert: Sie sagen, das ist jetzt schlecht gelaufen, da haben wir einen Fehler gemacht – wenn Sie das überhaupt sagen –, aber eigentlich ist doch alles schön, aber jetzt machen wir den Campus. Jetzt hat sich aber schnell herausgestellt, mit dem Campus ist es auch nicht, jetzt machen wir das ehemalige Gelände der Bremer Landesbank, und wir machen jetzt noch etwas ganz Geniales vor der Wahl: Die BREPARK verkauft jetzt das Parkhaus an die BREBAU, und da wird dann ein Letter of Intent gemacht, und dann geht es nach der Wahl im Sommer dann los. Sie beantworten aber nicht die Frage, wie ist es mit den Nutzungsrechten, Überwegungsrechten und dergleichen, und ich sage Ihnen hier voraus – wahrscheinlich werde ich ja in der nächsten Legislaturperiode hier noch irgendwo sitzen –: Da werden Sie genau wieder mit den gleichen Argumenten – -.

(Heiterkeit – Zuruf: Na?)

Ja, die Fünf-Prozent-Hürde werden wir wahrscheinlich schaffen, das glaube ich schon! Da bin ich sehr optimistisch! Dank Ihnen ja auch werden wir ein gutes Ergebnis einfahren. Da werden Sie dann auch genauso wieder das schönreden, wie es ist.

Das ist das Nächste: Sie vertun sich dann wieder in kleinteiligen Diskussionen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ob die Straßenbahn jetzt mit der Oberstraße oder dergleichen, das ist nicht das Problem der Innenstadt, und auch die Haltestellen an der Domsheide sind nicht das Problem der Innenstadt.

Ich kann nur noch einmal werben: Wir müssen uns jetzt ehrlich machen, dass das Parkhaus Mitte – -.

(Unruhe – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Entschuldigen Sie, Herr Kollege! Dieses Dauerbimmeln ist so nervig. Können Sie bitte einmal Herrn Felgenträger hereinrufen, dass er sein Telefon ausschaltet?

(Durchsage: Wir bitten Herrn Felgenträger einmal in den Plenarsaal, um sein Handy auszustellen! – Heiterkeit – Beifall)

Vielen Dank! Aber das ist wirklich störend, und wir haben jetzt keine andere Möglichkeit, den Kollegen dazu aufzufordern, seine elektronischen Geräte hier störungsfrei zu betreiben.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja! Der Bundesvorstand hat angerufen wegen der Klage, oder – -? – Heiterkeit)

Ich habe die Redezeit angehalten, ich lasse sie jetzt weiterlaufen. Bitte sehr, Herr Kollege! Vielen Dank! Entschuldigung, dass ich Sie unterbrechen musste!

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Ja, vielen Dank! Ich möchte jetzt, dass wir uns ehrlich machen, dass wir genau analysieren, was wir im Moment machen können, das nutzen, wo wir als Kommune eigenständig Möglichkeiten haben, und da sage ich ganz ehrlich, und das vermessen Sie auch, denn wir haben den Domshof, den Wochenmarkt. Da könnten wir wirklich ein Highlight entwickeln, das können wir ganz einfach schnell mit ein paar Euro machen, um Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu schaffen, denn bei vielen Sachen haben wir im Moment gar nicht die Möglichkeit, proaktiv gegenzusteuern, weil man da sagen muss: Die die Fehler sind nun einmal gemacht worden, mein Gott, das ist dann einfach so.

Wir müssen jetzt aber nicht neue Fehler auf Basis der alten Fehler machen, denn das wird letztlich immer teuer, denn die Leerstände sind nach wie vor problematisch. Wir sind beim Wohnungsbau in der Innenstadt nicht einen Schritt weiter, und deswegen müssen wir uns ehrlich machen und darüber diskutieren, und ich werbe nach wie vor immer noch dafür: Es gibt so bestimmte Sachen – da gehört die GeNo dazu, und da gehört auch unsere Innenstadt dazu –, das sind keine wahlpolitischen Themen für den Wahlkampf, sondern es ist unsere

Stadt, und es sind unsere Krankenhäuser. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir jetzt das CDU-Phrasenbingo einmal erfolgreich durchgespielt haben, will ich zumindest einmal den Versuch unternehmen, eine Struktur in diese Debatte zu bekommen,

(Zurufe CDU: Oh!)

einen Versuch, und dann können Sie mir ja hinterher sagen, ob es gelungen ist oder nicht! Die Innenstädte in Deutschland, nicht nur die Bremer Innenstadt, sind auf einem harten Weg. Sie sind gebaut in der Regel für die – –.

(Zuruf)

Oh, Entschuldigung! Stört es Sie, eine Ausgangsanalyse zu machen, bevor man direkt in die Debatte einsteigt?

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf CDU)

Ach so! Nein, genau! Direkt zu Schlussfolgerungen ohne eine Ausgangsanalyse! Dann verstehe ich auch, wie der Rest Ihrer Rede zustande gekommen ist.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Sie verstehen das doch gar nicht!)

Die Innenstädte in Deutschland sind gebaut in der Nachkriegszeit für das 20. Jahrhundert, und wir haben jetzt vor uns die schwere Aufgabe, im Wesentlichen innerhalb dieser baulichen Strukturen den Sprung zu einer attraktiven Innenstadt des 21. Jahrhunderts zu schaffen,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, und?)

und nicht alle Innenstädte in Deutschland werden diesen Weg schaffen. Ich bin aber froh, sagen zu können, unsere Bremer Innenstadt ist schon heute auf dem richtigen Weg, und wir werden diesen Weg schaffen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Jetzt kann man natürlich sagen, purer Optimismus oder die Gefühlswelt von Herrn Wagner oder was auch immer, und deshalb habe ich mir erlaubt, einmal die nackten Zahlen anzuschauen, die Herr Strohmann – –.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Jugendlicher Leichtsinn!)

Jugendlicher Leichtsinn? Nehme ich auch gern auf! Dann gelte ich noch einmal als jugendlich, das freut mich! Schauen wir uns doch einmal die Passantenfrequenzen an und wie sie sich entwickelt haben! Im Sommer dieses Jahres lagen die Passantenfrequenzen in der Bremer Innenstadt um bis zu 15 Prozent höher.

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Als was?)

Danke, dass Sie fragen, Frau Grobien! Nicht um 15 Prozent höher als im Vorjahr, wie man jetzt vielleicht fürchten würde, denn da war ja Pandemie, sondern um 15 Prozent höher, als sie vor Corona gewesen sind!

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Da waren sie ja auch schon düster!)

Jetzt werden aufmerksame Zuhörer und Zuhörerinnen sagen: Ja, im Sommer, da war das 9-Euro-Ticket, und eine touristisch attraktive und mit dem Zugverkehr gut erschlossene Stadt Bremen profitiert überproportional. Erstens, ja, das ist auch gut so, aber zweitens: Auch im Oktober, nach dem Auslaufen des 9-Euro-Tickets, waren die Passantenzahlen um 7,5 Prozent höher, als sie vor Corona gewesen sind.

Gehen wir in das Weihnachtsgeschäft, die wichtigste Zeit des Jahres für den Einzelhandel! Allein in der zweiten Adventswoche haben die Lichtschranken über eine halbe Million Passantinnen und Passanten gezählt, es waren 200 000 mehr als im Vorjahr und zehn Prozent mehr als im Weihnachtsgeschäft vor Corona.

Nächste Frage: Was ist im Januar passiert, denn da ist das Weihnachtsgeschäft vorbei? Im Januar lagen die Passantenzahlen 9,5 Prozent über dem Januar 2020 vor Corona. „Keine Spur von Neujahrsblues“ titelte der „Weser-Kurier“ zu Recht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bremer Innenstadt ist auf einem guten Weg, auch wenn es der CDU nicht passen mag.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist auch kein Wunder, und es ist auch kein Zufall, dass das so ist, weil die Bremer Innenstadt bei den Menschen, die nach der Pandemie wieder rausgehen möchten, ihre Stärken voll ausspielen kann: Wir haben eine Altstadt, die ein Touristenmagnet ist, wir haben eine Schlachte, die beliebt ist, und der Weihnachtsmarkt brummt. Das sind strukturelle Eckpfeiler, die unsere Innenstadt beliebt machen, und wir dürfen, glaube ich, bei aller Bescheidenheit als Koalition auch sagen, sie sind auch positiv unterstützt worden durch Sofortmaßnahmen, die gemacht worden sind aus dem Aktionsprogramm Innenstadt, im Januar zum Beispiel „Lichter der City“ um einmal ein Beispiel zu nennen. Die „Lichter der City“, das ist das, was Sie alles wahrgenommen haben als die Illumination, die Sie am Rathaus, am Dom, am Schütting und so weiter gesehen haben. Sie haben Menschen in die Innenstadt gezogen, die haben das alle fotografiert, bei Social Media eingestellt, gratis virale Werbung für die Bremer Innenstadt gemacht. Eine hervorragende Aktion, die dazu beigetragen hat, auch nach dem Weihnachtsgeschäft die Bremer Innenstadt zu beleben!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Diese Attraktionen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind erfolgsentscheidend, und das, lieber Herr Kollege Strohmann, nennt sich dann Strategie. Diese Attraktionen schaffen Erlebnisse und Besuchsanlässe für unsere Innenstadt, und sie rahmen den sich gerade erst erholenden Einzelhandel ein.

Der Weihnachtsmarkt ist das vielleicht beste Beispiel für so ein Erfolgsrezept, und ich will einmal sagen, weil Herr Strohmann ja nach der Strategie gefragt hat, wie sich das verstehen lässt! Die Stadtentwickler landauf, landab schreiben den Innenstädten ins Stammbuch: Einzelhandel allein als Frequenzbringer reicht nicht mehr, ihr müsst Erlebnisse schaffen. Dann kommen die Menschen, und dann kaufen sie bei der Gelegenheit auch gern ein. Der Weihnachtsmarkt ist ein hervorragendes Beispiel für diese Funktionsweise, denn wir haben das Glück, dass wir in Bremen einen der beliebtesten Weihnachtsmärkte Europas haben, und der zieht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Er war mit rund zwei Millionen Besuchern und Besucherinnen – –.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Baut doch das ganze Jahr Weihnachten auf!)

Er war mit rund zwei Millionen Besucherinnen und Besuchern rappelvoll,

(Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

und siehe da, da das Weihnachtsgeschäft die wichtigste Zeit des Jahres für den Einzelhandel ist, Herr Eckhoff, konnte man auch wunderbar sehen: Deutschlandweit fiel die Bilanz des Einzelhandels für das Weihnachtsgeschäft gemischt aus, in Bremen fiel sie überdurchschnittlich positiv aus.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich möchte aber auch deutlich sagen, bei aller Substanz der Bremer City und bei allen Zwischenerfolgen gibt es keinen Grund, sich auszuruhen, sondern wir müssen genau da weitermachen. Wir müssen noch mehr Besuchsanlässe schaffen, denn wir müssen die City langfristig zu einer Erlebniswelt Innenstadt entwickeln, damit die Innenstadt, da greife ich den Punkt gern auf, das ganze Jahr brummt. Das ist das Ziel, das wir verfolgen, und deswegen braucht es weitere Besuchsanlässe, und wir werden neben den Sofortmaßnahmen auch die großen langfristigen Veränderungen umsetzen.

Das geht nicht von heute auf morgen, aber wir haben – damit können wir, denke ich, zufrieden sein – in dieser Wahlperiode Weichen für viele Großprojekte gestellt, und wir wollen sie, wenn uns das denn anvertraut wird, in der nächsten Wahlperiode vollenden. Das ist zum Beispiel die Neueröffnung eines Fachbereichs der Universität in der Altstadt, mit der etwa 1 000 Studierende in die Altstadt kommen werden, moderne Räume bekommen, unsere historische Altstadt als Lernort erleben können, aber auch die Innenstadt beleben. Wir reden vom Stadtmusikanten- und Literaturhaus, das sowohl ein touristischer Anziehungspunkt werden soll als auch die Kulturszene Bremens direkt in der Altstadt bereichern soll, und wir reden auch, das hat der Kollege Strohmann schon angesprochen, von der Umnutzung des Parkhauses Mitte, wo ich neben öffentlichen Nutzungen – das wird Sie nicht wundern – dafür plädieren würde, dass dort auch Wohnen stattfindet, und zwar sozial gemischt. Das ist eine Garantie dafür, dass die Innenstadt auch nach 18:00 Uhr belebt ist.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Ich möchte zum Schluss noch zwei Punkte nennen, wo wir noch nicht so weit sind, wie ich es mir wünschen würde, denn auch das gehört, finde ich, zu

einer ordentlichen Gesamtbilanz dazu! Das eine sind die Wallanlagen. Wir haben eine Grünader mitten in der Altstadt. Andere Großstädte beneiden uns um so eine Anlage, das hätten sie auch gern. Ich finde, daraus müssen wir mehr machen. In die Wallanlagen gehört eine Kulturgastronomie. Dazu muss man sich das trauen. Ich finde, auf einem Berg, der deshalb Theaterberg heißt, weil da einmal ein sehr großes Theater stand, darf auch locker eine Gastronomie stehen.

Das andere ist die Modernisierung des Domshofs, die hat der Kollege Strohmann, finde ich übrigens, auch zu Recht angesprochen, wo ich froh bin, dass wir, noch bevor die Legislaturperiode endet – also wir/ich nicht, aber schlaue Köpfe –, im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens einen Entwurf für die Umgestaltung präsentieren und dann vorschlagen werden.

Was wir an der Stelle brauchen, ist Mut zu Entscheidungen auch in diesen Fragen, und das sage ich in Ihre Richtung, weil dieser Mut zu Entscheidungen auf dem Innentadtgipfel sehr gelobt worden ist. Wer da war und seine Pressemitteilung nicht schon vorher geschrieben hatte und sie dann unabhängig vom Verlauf des Gipfels verschickt hat,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Welche?)

der hat bemerkt, dass die Kaufleute, dass diejenigen, die die Innentadtakteure sind, den Senator sehr umfänglich dafür gelobt haben, dass man zum Beispiel in Sachen Universität, dass man zum Beispiel in Sachen Parkhaus Mitte zu Entscheidungen kommt und dass man diesen Mut zu Entscheidungen bitte beibehalten möge.

Ich möchte das noch einmal auf das Beispiel Domshof übertragen, weil ich weiß, ich bin immer nicht so gut in allen Vorgeschichten der letzten 20 Jahre drin wie Herr Strohmann zum Beispiel,

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Das ist schade, weil das nichts geändert hat!)

das bitte ich mir nachzusehen. Aber ich finde, beim Thema Domshof zum Beispiel hat die Genussbox, die da im Sommer stand, ganz wunderbar gezeigt, wie man einen wunderbar eingebetteten historischen Ort neu beleben kann, wenn man sich traut, auch einmal etwas Neues zu machen. Auch beim Domshof, und da sind viele Akteure am Werk, und ich weiß, viele möchten, dass es so bleibt, wie es schon immer war,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein! – Zuruf Abgeordnete Susanne Grobien [CDU])

ich weiß, da gibt es die Ansicht: Das war doch in den Achtzigern auch schon schön, und das ist doch immer noch schön. Ich habe auch nichts gegen die Achtzigerjahre. Für mich persönlich waren das schöne sechs Monate,

(Heiterkeit – Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Komischerweise war da der Umsatz des Einzelhandels noch viel höher!)

aber ich finde, wir müssen nicht ewig dieselben Debatten führen. Deshalb bin ich auch an dieser Stelle für den Mut zur Entscheidung. Wenn der Vorschlag für die Umgestaltung gekommen ist, dann sollten wir zügig dazu kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hohe Besucherzahlen in der Bremer Innenstadt, auch wenn der CDU das leider gar nicht ins Wahlkampfkonzept passt. Wir haben Weichen gestellt für große Strukturprojekte, und ja, die Innenstädte in Deutschland sind auf einem harten Weg, und ja, wir sind auch mit der Bremer Innenstadt noch nicht am Ziel, aber wir dürfen heute sagen, ich glaube, wenn man ehrlich ist, würden das sogar alle sagen: Die Bremer Innenstadt ist auf einem guten Weg. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Strohmann, das ist ja ein sehr schöner Anfang, den Sie gemacht haben mit der Replik auf die letzten zwölf Jahre, was unter Rot-Grün alles schlecht gemacht worden ist, und Herr Wagner hat gesagt, was wir als rot-grün-rote Regierung alles richtig gemacht haben auf dem Weg, auf dem wir momentan sind. Ich glaube, das Grundproblem ist – und ich finde, das hat Herr Wagner eben gerade auch schon ganz gut dargestellt –, dass Ihre Analyse ein reines Schwarzmalen ist, aber überhaupt keinen Bezug für die Zukunft hat, sondern eigentlich immer ein reines Blicken in die Vergangenheit ist. Insofern kann ich nur sagen, so düster wie Sie sehe ich die Innenstadt hier in Bremen nicht.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Was habe ich denn düster gesagt? – Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Bitte? Für uns ist das klar: Wir wollen eine Innenstadt, die von einer reinen Konsumzone zu einem lebenswerten Wohn- und Arbeitsquartier für alle Einkunftsgruppen entwickelt wird. Bezahlbares Wohnen, Studieren in der Innenstadt in einer Architektur, in die die bestehenden Strukturen hineinpassen, das sind für uns entscheidende Punkte für die zukünftige –. Ich glaube, da sind wir uns doch auch einig. Ich komme ja gleich auch noch auf den weiteren Punkt, wo wir auch stehen. Ich glaube, da stehen wir gar nicht schlecht da.

So, wie Sie es darstellen, verstehe ich einfach nicht, dass die Eigentümer und die Investoren hier in der Innenstadt ganz deutlich an die Innenstadtentwicklung glauben. Das kann man auch merken. Die Immobilienpreise fallen eben nicht stark, das tun sie nicht. Teilweise wäre es sogar wünschenswert, wenn sie etwas mehr fallen würden, weil man im Grunde auch andere Konzeptionen machen könnte, die auch unterschiedliche Nutzungsarten in dieser Innenstadt ermöglichen, die teilweise über die jetzigen Mietspiegel gar nicht möglich sind. Also das Bild, das in der –.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Welches Bild?)

Ja, Herr Strohmann, Sie haben doch die ganze Zeit dargestellt, was im Grunde alles nicht passiert ist, an Entwicklungen nicht passiert ist, was versäumt worden ist, wo wir nicht weitergekommen sind – angeblich, sage ich nur!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, wieso? Ist das Parkhaus abgerissen? Das steht da noch!)

Herr Wagner hat es gerade gut dargestellt: Die Besucherfrequenz hat sich wieder positiv entwickelt, und der „Weser-Report“ – ganz im Gegensatz zu Ihnen – titelte im letzten Monat „Aufbruch in der City“. Ich weiß nicht, der „Weser-Report“ ist ja eigentlich nicht gerade ein linkes Kampfblatt, das habe ich bisher noch nicht so wahrgenommen, aber trotzdem gibt es ja scheinbar andere, die einen ganz anderen Eindruck haben, wie der Zustand der City auch ist und wie es auch darzustellen ist, was momentan positiv passiert.

Der Wandel in der Innenstadt ist kein Phänomen, von dem nur Bremen betroffen wäre, das ist eben gerade auch schon gesagt worden. Er wird häufig negativ beschrieben, so wie Sie es auch tun, als Krise des stationären Einzelhandels, aber das ist auch nur ein Aspekt unter vielen Gesichtspunkten,

auch, wenn wir nämlich schauen, was die Arbeitsplätze angeht. Viele andere Funktionen der Innenstadt sind davon unberührt.

Die zentrale Vernetzungsfunktion, wie der Deutsche Städtetag es nennt, nimmt eher zu. Die Innenstadt ist ein Ort, wo man ankommt, umsteigt, wo sich Weltkulturerbe und kulturelle Standorte befinden, wo es eine starke Konzentration von Arbeitsplätzen in der Verwaltung und Firmenzentralen gibt. Insofern ist es ja auch eine Frage, wie die Entwicklung der Innenstadt weitergeht, nämlich dass wir sie kleinteilig und eng begleiten, und das tun wir doch auch. Dafür steht das Innenstadtbüro, dafür steht der Aufbau von Personal in den verschiedenen Ressorts, das sich mit der Innenstadt befasst.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Oh ja!)

Ja! Das Wirtschaftsressort hat da einen hervorragenden Job gemacht mit dem Zwischennutzungsprogramm und den Pop-up-Stores. Mehr als die Hälfte der Konzepte, die dort entwickelt worden sind, Gastronomie und Einzelhandel, bleiben für Bremen dauerhaft erhalten. Das Kaufhaus „Made in Bremen“ in der Stadtwaage oder die Markthalle Acht stehen genau für diesen kulturellen Wandel der Innenstadt, und der ist auch wirklich nötig, liebe Kolleginnen.

(Beifall DIE LINKE)

Die Frage ist auch hier: Wenn die Eigentümer diese Erneuerung der Innenstadt tatsächlich wollen, dann müssen sie diesen Projekten auch dauerhaft Perspektiven anbieten. Den viel beschworenen Nutzungsmix in der Innenstadt kann es nur geben, wenn es auch einen Mietenmix geht, darauf hatte ich eben gerade schon einmal hingewiesen. So können innovative Projekte auch unterschiedliche Rendite abwerfen wie ein Discounter. Da muss man einfach auch einen anderen Mix in der Innenstadt herstellen, und hier sehe ich ehrlich gesagt noch nicht genügend Bewegung und gerade nicht genügend Bewegung auf der Seite der privaten Eigentümer in der Innenstadt.

Was die Stadt tun kann und tun muss, ist, die Funktionen Wohnen und Wissenschaft in die Innenstadt zurückzuholen. Das sind entscheidende Stellschrauben, um die soziale Zusammensetzung der Innenstadt zu verändern. Aber auch die Stadt kann nicht jeden Preis zahlen, der hier aufgerufen wird, und Sie haben es gerade gesagt: Ein Hochhaus Am Brill, das hätte doch nicht die Situation verbessert, was die Bezahlbarkeit dieser Räume angeht. Das

war doch von Haus aus ein Projekt, das im Grunde für einen Unistandort so gar nicht geeignet gewesen wäre, einfach auch aus dem Punkt, wie so ein Projekt zu bezahlen ist, auch für die Innenstadt. Deswegen brauchen wir Angebote mit Konditionen, die auch so sind, dass eine Uni sich in die Innenstadt entwickeln kann. Da haben Sie ja selbst darauf hingewiesen, da sind wir doch mit der Bremer Landesbank genau auf dem richtigen Weg. Das ist doch deutlich besser als Am Brill zu utopischen Preisen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Dann habe ich mich wohl geirrt! Wahnsinn! – Ein Experte!)

Wohnen muss bei allen künftigen Umbauprojekten in der Innenstadt eine stärkere Rolle spielen, und das heißt, auch mit Sozialwohnungsquote, mit Möglichkeiten für Baugenossenschaft oder für kombinierte genossenschaftliche Projekte aus Wohnen und Gewerbe. Bislang geht es hier wirklich nur langsam voran, aber auch hier ist die bisherige Erfahrung, dass das Interesse der Eigentümer und Investoren an sozial gemischtem Wohnen und Arbeiten in der Stadt noch relativ verhalten ist, und so kommen wir immer wieder zu demselben Punkt zurück. Es wird keine schiefe Arbeitsteilung geben können. Die Ansicht, die Stadt kümmert sich um die lebendige Innenstadt, und die privaten Immobilienbesitzer schöpfen die Kaufkraft ab, so kann und darf das im Grunde nicht vonstattengehen! Wir müssen von allen Projekten erwarten, dass sie auch zu einer positiven Nutzungsmischung und zu einer sozialen Durchmischung beitragen.

Es war eben falsch und dem damaligen Sparkurs geschuldet, dass sich die Stadt jahrelang aus eigenen Immobilien in der Innenstadt zurückgezogen und diese veräußert hat. Wir hätten doch ganz andere Möglichkeiten für das Stadtmusikantenhaus, für innovative Läden, für wissenschaftliche und kulturelle Nutzung, wenn sich das Kontorhaus, der Lloydhof und andere Objekte noch in öffentlichem Eigentum befinden würden. Hier hat inzwischen ein Umdenken stattgefunden.

Das Parkhaus Mitte – Sie haben es ja gerade auch angesprochen – ist aus unserer Sicht da auch ein Kipppunkt. Hier wird jetzt auf Eigenentwicklung gesetzt. Das ist ein wichtiges Signal und eine große Chance, genau die richtigen Akzente zu setzen. Bremen braucht wieder mehr selbst entwickelte und gebaute Projekte in öffentlicher Hand für Verwaltung, Wohnen und Soziokultur in unserer Innenstadt. Neben Immobilien Bremen müssen und

sollen sich die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften dazu entsprechend engagieren und einen Beitrag leisten, und da sind wir ja auf einem guten Weg.

(Beifall DIE LINKE)

Es gibt für die Entwicklung der Innenstadt keine schnellen Lösungen. Die Erfahrung ist in der Tat, dass sich die ganz großen Ideen eher als Blockaden erwiesen haben. Wir haben jahrelang darauf gewartet, dass Zech beim Parkhaus-Kaufhof-Komplex den Knoten durchschlägt, und das hat in der Tat nur Zeit gekostet. Man kann nicht von der Hand weisen, dass die große Idee Straßenbahn aus der Obernstraße jetzt ebenfalls Kapazitäten bindet und im Moment andere Entscheidungen blockiert, zum Beispiel eine vernünftige Ausgestaltung der Martinistraße, die jetzt länger im Zustand eines Provisoriums bleibt, solange über diese bisher nicht entschieden ist, und da gebe ich Ihnen durchaus an dem Punkt auch recht.

Viel wichtiger und zielführender sind die etwas kleineren Projekte, bei denen wirklich zukunftsfähige Nutzungsmischung gefördert wird, auf die es ankommt. Neben Wohnen und Wissenschaft halte ich es für notwendig, dass die Förderungen für innovative Unternehmen, für innovativen Einzelhandel und neue gewerbliche Ideen ganz klar verstetigt werden. Die Finanzierung aus dem Aktionsprogramm war an die Bewältigung der Coronakrise gebunden.

Wir brauchen Pop-up- und Zwischennutzungskonzepte, aber für einen deutlich längeren Zeitraum, weil die Veränderung der Innenstadt eine längerfristige Herausforderung ist und sie deutlich über die Folgen der Pandemie hinausgeht. Wir brauchen die Bereitschaft der Eigentümer, solchen innovativen Projekten auch dauerhaft eine Heimat zu geben, aber nur mit beginnenden Projektumsetzungen, zum Beispiel in der Obernstraße 45 bis 47, die dann Einzelhandel im Erdgeschoss und Büroflächen in den mittleren Ebenen und zusätzliche Apartments vorsieht, sind wir da genau auf dem richtigen Weg. Davon braucht es mehr Projekte, aber der Strukturwandel in der Innenstadt ist eben ein Marathon; aber während die CDU hier scheinbar immer noch an der Streckenplanung ist, sind wir längst losgelaufen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Solveig Eschen.

(Zurufe CDU)

Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Die Innenstadt bezieht sich ja nicht nur auf Bau und Stadtentwicklung, sondern auch auf Wirtschaft,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das stimmt!)

deswegen werden wir hier gemeinsam auftreten, und ich fange jetzt einmal an, bedanke mich erst einmal und sage erst einmal: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg:innen! Ich bedanke mich bei meinen Kollegen Herrn Wagner und Herrn Tebje, die hier schon sehr viele wichtige Dinge benannt haben. Das werde ich jetzt nicht alles wiederholen, aber mir natürlich ein paar Punkte herausgreifen.

Wenn man sich die Antworten aus der Großen Anfrage anschaut, dann fällt ein Punkt auf – mir zumindest ist er aufgefallen –, und zwar heißt es dort, es sei eine Rückbesinnung auf die Innenstadt als Standort für Wohnen, Bildung, Wissenschaft und Kultur der richtige Zeitpunkt beziehungsweise werfe neue Fragestellungen auf. So ist es auch: Diese Rückbesinnung ist genau die Richtung, in die es gehen muss, das ist ja auch in den vorherigen Redebeiträgen schon angeklungen.

Ich möchte, das ist vielleicht auch gar nicht so verwunderlich, anfangen mit dem Thema Wissenschaft in der Innenstadt. Dazu habe ich auch eine kleine Historie, und das liegt mir natürlich noch weiterhin am Herzen und ist ja auch ein wichtiger Bestandteil der Innenstadtentwicklung. Ich möchte zunächst sagen, Sie hatten kritisiert, Herr Strohmann, dass man dann vom Brill abgerückt ist und da nicht die Wissenschaft hineingebracht hat. Ich bin froh, dass es eine Machbarkeitsstudie gegeben hat, damit man herausfinden konnte, ob das der richtige Ort ist. Es hat sich herausgestellt, es ist nicht der richtige Ort,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Richtig! Genau wie das Einkaufszentrum im Lloydhof!)

dementsprechend ist es auch richtig so, dass nach Alternativen gesucht wurde. Es gab ein paar von uns – Herr Bücking und ich haben darüber immer mal wieder gesprochen, auch in der Öffentlichkeit –, die früher auch gern ein paar andere Standorte

in Erwägung gezogen hätten, aber es ist gut, dass es jetzt so gekommen ist, und mit der Landesbank haben wir jetzt eine realistische Alternative.

Ich habe auch kürzlich noch einmal mit der Uni gesprochen, und jetzt läuft etwas, was wirklich auch für die Innenstadt wichtig ist und was ja auch kontinuierlich läuft, und das wird auch nicht so schnell enden: eine intensive Arbeitsphase, denn wir sind immer noch in Umbrüchen, und diesen Umbrüchen ist nicht einmal eben so begegnet, das wurde auch schon vorher von den Kollegen erwähnt.

Es müssen alle einbezogen werden. Das gilt für die Wissenschaft, da müssen die Statusgruppen einbezogen werden, die Stakeholder, dazu gehören aber auch andere Innenstadttakteur:innen, und es müssen zum Beispiel Fragen beantwortet werden: Wie können die zukünftig zwei Standorte der Uni zusammengehalten werden? Auch das ist für die Innenstadt wichtig. Es ist wichtig, dass dieses Thema Wissenschaft in der Innenstadt ein Erfolg wird, und das hat großes Potenzial, dass wir dort die Wissenschaft in der Innenstadt ausweiten, und dementsprechend muss man zusehen, dass es insgesamt gut funktioniert. Man muss also zum Beispiel schauen: Wie kann auch die Unibibliothek in der Innenstadt präsent sein? Wie kann mit den anderen bereits ja schon ansässigen Hochschulen in der Innenstadt auch noch weiter kooperiert werden?

Sowohl für die Uni als auch für die Innenstadt gilt, das Agieren muss einen Mehrwert haben, die Planung muss nachhaltig und solide sein, und die Wissenschaft in der Innenstadt muss auch Raum für eine eigene Dynamik haben. Sie muss mit der Innenstadt verwachsen und auch in ihr wachsen können. Ich glaube, es wäre ein Fehler, zu denken, wir holen da jetzt einmal etwas hin, und dann funktioniert das irgendwie. Es wird sich auch noch einmal Neues ergeben, es werden sich Dinge entwickeln, von denen wir jetzt noch gar nichts wissen, und ganz ehrlich, das ist auch genau richtig so,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

denn es besteht jetzt eine hervorragende Chance, und zwar, den Transfer aus der Wissenschaft und Forschung in die Stadtgesellschaft noch zu intensivieren und auch Synergiemöglichkeiten im direkten Umfeld zu schaffen. Das ist eine sehr gute Gelegenheit. Das ist hervorragend und wird von uns politisch unterstützt.

Ebenfalls angesprochen wurde das Thema Wohnen. Dazu kann ich noch einmal bekräftigen, auch

wir Grüne halten das Thema Wohnen in der Innenstadt für essenziell, und dazu – das ist dann noch einmal ein Anknüpfungspunkt zu dem, was ich eben gesagt habe – würde für mich zum Beispiel auch studentisches Wohnen gehören. Das funktioniert aber nur bei entsprechender Preisgestaltung, denn nur, wenn das Wohnen in der Innenstadt für Studierende finanzierbar ist und auch, wenn es für Familien finanzierbar ist und für alle möglichen Gruppen finanzierbar ist – Herr Tebje hat es auch schon erwähnt –, dann funktioniert auch ein vernünftiges sozial durchmischtes Wohnen, und das sollte im Sinne der Innenstadt vorhanden sein.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Es ist deshalb gut, dass, wie in der Großen Anfrage erwähnt, bei aktuellen Investitionsvorhaben in der Innenstadt Wohnen bereits mitgedacht wird. Ich bin mir sicher, dass es die richtige Lösung ist, um Leerstand zu nutzen und umzuwidmen, um Wohnungsnot zu begegnen. Das ist für die Menschen gut, und es ist gleichzeitig für die Innenstadt gut, und es zeigen sich ja bereits auch Zeichen des Wandels in der Innenstadt: Wir haben zum Beispiel einen Supermarkt mitten in der Obernstraße. Das ist etwas, was vor Kurzem noch unvorstellbar gewesen wäre,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Da gibt es Sushi!)

und wie praktisch, da gibt es Sushi, höre ich, da gibt es auch alle möglichen anderen Dinge. Das ist für Berufstätige praktisch, und es ist natürlich auch ganz, ganz wichtig, dass wir solche Anknüpfungspunkte haben – darauf werde ich auch gleich noch einmal eingehen –, wenn wir mehr Wohnen in der Innenstadt installieren wollen.

Insgesamt befinden sich die Innenstädte ja insgesamt in einem Wandel, nicht nur in Bremen, und auch, wenn man natürlich gern die Situation als allein bremengemachte Krise heraufbeschwören will, würde ich sagen: Lassen Sie uns das nicht tun! Lassen Sie uns in der Innenstadt im Sinne aller, die die Innenstadt nutzen und sich dort auch ihren Lebensunterhalt verdienen, doch nicht immer alles schlechtreden! Wir haben, liebe Abgeordnete der CDU, doch niemandem geholfen, wenn wir sagen, dies läuft schlecht und das läuft schlecht, und uns immer nur darauf konzentrieren. Das ist – –.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das hat doch gar keiner gesagt!)

Doch! Das haben Sie sehr wohl gedacht und gesagt,

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Er macht die ganze Stadt schlecht!)

und ich muss auch noch einmal sagen: Trotz Leerstandsdiskussionen, trotz Umbruch und so weiter

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ich habe von Leerstand gar nichts gesagt!)

dürfen wir doch nicht vergessen, die Bremer Innenstadt hat etwas zu bieten. Das wurde jetzt auch noch einmal deutlich gemacht, und das zeigen auch die hohen Zahlen im Tourismus und die anderen Zahlen, die mein Kollege Wagner schon dargelegt hat. Das heißt natürlich nicht, dass wir uns zurücklehnen, aber das macht hier auch niemand, im Gegenteil.

Die Innenstadt wird immer wieder als Visitenkarte unserer Stadt bezeichnet. Da finde ich die Frage wichtig: Was wollen wir eigentlich von dieser Visitenkarte? Ich würde sagen, wir wollen, dass die Menschen kommen und dass sie auch verweilen, und das funktioniert nur – da komme ich noch einmal zu den heraufbeschworenen Anknüpfungspunkten –, wenn wir diese Anknüpfungspunkte auch für alles schaffen. Wir brauchen Anknüpfungspunkte für die Uni, für das Wohnen, wir brauchen Aufenthaltsqualität, und dazu gehören auch mehr Grünflächen in der Innenstadt. Wenn es eine Psychologie der Innenstadt gäbe, dann wären diese Anknüpfungspunkte, die schon gleichzeitig kommen müssen, die da sein müssen, damit etwas Neues entstehen kann, das, was das System Innenstadt positiv beeinflusst und nachhaltig macht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Was mir dabei noch einmal wichtig ist zu sagen: Das bedeutet, wir brauchen ein gut funktionierendes Zusammenspiel zwischen privaten Akteur:innen und öffentlicher Hand, denn der Einfluss auf bestimmte Dinge in der Innenstadt durch die öffentliche Hand ist auch nur begrenzt. Das heißt, wenn etwas geplant wird, wenn etwas überlegt wird, muss geschaut werden, wie das jeweils von der anderen Seite unterstützt werden kann, um die beschworenen Anknüpfungspunkte dann tatsächlich auch gemeinsam zu schaffen, denn wenn wir rein isolierte Neuerungen machen wie zum Beispiel ein einzelnes Projekt Wohnen, dann kann das auch scheitern, wenn nicht die anderen Anknüp-

fungspunkte bereits da sind. Das heißt, da muss zusammengearbeitet werden. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, bei allen, die in der Innenstadt tätig sind, dafür zu werben, darauf einen ganzheitlichen Blick zu werfen und zu kooperieren, damit die Transformation auch tatsächlich nachhaltig gelingt.

Eine Sache ist mir zum Schluss noch wichtig: Egal, was in der Innenstadt angefasst wird, alles ist ein Baustein. Ich höre immer wieder, dieses oder jenes sei jetzt der große Wurf, der die Innenstadt rettet. Das ist nicht der Fall. Es muss alles gemeinsam kommen, es müssen die Bausteine vernünftig ineinanderpassen, damit das Puzzle Innenstadt dann auch tatsächlich gut funktioniert, und dazu möchte ich zum Schluss einen klugen Kopf aus der Uni zitieren. Da wurde mir gesagt: Für das Projekt Wissenschaft in der Innenstadt gilt, seriös arbeiten, nicht übereuphorisieren. Ich glaube, das kann man für alle Projekte in der Innenstadt sagen, aber ich möchte auch noch einmal hinzufügen: Es hilft dabei auch ebenso wenig, zu verbreiten, drei Jahre sei nichts passiert, denn das wird der Innenstadt nicht gerecht. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Der macht jetzt auch immer alles wieder schlecht!)

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, bei einer Analyse können wir uns alle dahinter versammeln, das hat einer meiner Vorredner gesagt – ich glaube, es war ein Vorredner, ich glaube, Herr Wagner war es –, dass die Herausforderungen, die die Innenstädte haben, nicht nur in Bremen existieren. Das ist so. Das ist eine Erkenntnis, die ist aber auch nicht neu. Sie enthebt Sie auch nicht von der Verantwortung, indem Sie auf andere Städte zeigen und sagen, da läuft es jetzt aber auch nicht so gut, dass nicht alles Mögliche versucht wird, um die Innenstadt in Bremen nach vorn zu bringen, und das, was Sie hier über die letzten Jahre abliefern, ist eindeutig zu wenig und wird dem nicht gerecht, was die Innenstadt verdient hat.

(Beifall FDP)

Wir haben in den Antworten zahlreiche Projekte aufgelistet bekommen, die entweder umgesetzt

worden sind oder sich noch in der Umsetzung befinden. Da ist ein kleiner, aber dann doch bedeutender Unterschied, denn sich in der Umsetzung befindlich heißt ja letztendlich, es kann gerade gestartet sein, vielleicht hat man gerade angefangen zu planen oder darüber zu diskutieren, das kann alles bedeuten.

Sie haben ein paar bauliche Veränderungen angeführt, so beispielsweise die Discomeile, die Versuche auf der Martinstraße oder die Entwicklung des Schnoors. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, im Schnoor habe ich jetzt keine großen Veränderungen festgestellt. Die Discomeile ist, glaube ich, in dem schlechtesten Zustand seit Jahrzehnten, und die Verkehrsversuche auf der Martinstraße hätten Sie sich sparen können. Das hat unsere Innenstadt nicht nach vorn gebracht, also frage ich Sie: Was sollen das bitte eigentlich für Erfolge sein? Das alles wird unsere Innenstadt, wird den gesamten Innenstadtbereich sicherlich nicht voranbringen.

(Beifall FDP)

Wo ich mitgehe, ist, dass wir einmal eine ehrliche Analyse machen müssen, und zwar die ehrliche Analyse – bevor wir zu der Frage kommen, was muss eigentlich passieren, muss ja erst die Analyse kommen –: Wo stehen wir jetzt? Herr Wagner, wir haben Ihre Analyse gehört, und jetzt kommt meine: Schauen wir uns doch einmal die großen Projekte an, die ein Gamechanger in der Innenstadt in den letzten Jahren sein sollten, wo wir gesagt haben, darauf warten wir alle, damit wird wirklich etwas passieren! Wir reden über das Projekt Am Brill, das ist mehr oder weniger gescheitert. Wir reden über die Straßenbahn in der Obernstraße, auch nicht zum ersten Mal, seit 20, 25 Jahren haben wir die Debatte mindestens, wenn man einmal alte Artikel im „Weser-Kurier“ anschaut. Die Straßenbahn ist bis heute nach wie vor in der Obernstraße. Ob man sie dort herausnimmt oder nicht, ist eine andere Frage, aber das wäre einmal eine Möglichkeit gewesen, etwas zu verändern. Das Parkhaus Mitte ist nach fünf Jahren an dem gleichen Stand wie vor fünf Jahren, wir sind keinen Schritt weitergekommen. Die Bahnhofsvorstadt gibt meines Erachtens heute ein schlimmeres Bild ab als vor zehn oder 15 Jahren, und der Einzelhandel in der Innenstadt blutet aus.

Stattdessen werden hier in Bremen nach wie vor Stellvertreterdebatten geführt werden. Es werden Stellvertreterdebatten geführt, beispielsweise über die Frage, ob wir nun eine autofreie Innenstadt wollen oder eine autoarme Innenstadt. Wenn man

die Diskussionen innerhalb der Koalition hört, dann bekommt man den Eindruck, dass autofrei da noch gar nicht definiert ist. Die einen sagen, ja, also so wenig Autos wie möglich, die anderen sagen, sie sollen komplett heraus. Solange das nicht geklärt ist, kommen wir bei dieser Entscheidung auch nicht weiter.

Meine ehrliche Analyse ist: Ob wir jetzt eine Innenstadt mit Autos oder ohne Autos haben, ist gar nicht so entscheidend. Es gibt gute Beispiele für beides, es gibt gute Beispielstädte für beides, wo es funktioniert. Am Ende geht es doch um die Frage: Wie kommen die Menschen eigentlich in die Innenstadt, und gerade nicht nur aus Schwachhausen oder aus dem Viertel, sondern eben auch aus Oberneuland, aus Strom oder aus Kattenturm? Das wird perspektivisch, wenn wir erreichen wollen, dass die Menschen einigermaßen bequem in die Innenstadt kommen, nur mit dem Auto gehen. Die entscheidende Frage dahinter ist doch eigentlich: Wollen wir eine Metropole sein? Haben wir den Anspruch, ein Einzugsgebiet zu haben, dass die Menschen zum Einkaufen, zum Erleben nach Bremen fahren oder nicht? Diese Frage ist bis heute ehrlicherweise innerhalb der Reihen Ihrer Koalition nicht geklärt.

Wir müssen den Anspruch haben, bei allem, was jetzt so an Ideen in den Raum geworfen wird – –. Man hört ja immer sehr blumige Beschreibungen: Wir müssen einen Markt der Möglichkeiten eröffnen, wir müssen Chancen heben, wir müssen Potenziale ermöglichen. Das ist alles wunderbar, das ist blumig, aber was mir ein Stück weit fehlt, ist die konkrete Umsetzung, also die Frage: Was bedeutet das eigentlich? Da sind wir als FDP-Fraktion relativ klar: Wir brauchen in Bremen ein hochwertiges Markenangebot. Wir brauchen ein Angebot, das die Menschen aus dem Umland nach Bremen zieht – bei allem Respekt, das werden weder noch mehr Drogerien sein,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Müller fehlt noch!)

da werden auch nicht Dönerläden in der Sögestraße sein, und das werden auch nicht Secondhandläden sein –, das sind hochwertige Läden, wie wir sie in anderen Städten auch haben, wie sie andere Städte auch hinbekommen haben, beispielsweise Hannover oder Düsseldorf, ähnlich groß. Sie haben es geschafft, dort einen Apple Store anzusiedeln. Ich weiß nicht, warum wir das nicht schaffen. Wir müssen doch einmal ganz andere Ansprüche an unsere Innenstadt haben! Dazu haben wir ganz

konkrete Vorschläge gemacht. Wir haben gesagt, das Wirtschaftsressort muss sich darum kümmern, dass sich solche Läden in Bremen ansiedeln, das einfach laufen zu lassen, funktioniert nicht.

Wir haben klare Vorstellungen gehabt und Vorschläge gemacht, wie es mit dem Verkehr weitergeht. Wir haben gesagt, wir hätten gern eine verkehrsarme bis verkehrsfreie Innenstadt, wir hätten gern einen großen Fußgängerboulevard auf der Obernstraße. Mehr Sicherheit und Sauberkeit sind Quick Wins, ich weiß nicht, warum das bis heute nicht gelingt. Wir brauchen natürlich ordentliche Angebote für obdachlose Menschen, aber es kann auch nicht sein, dass man es einfach akzeptiert, dass obdachlose Menschen auch bei Minustemperaturen auf Parkbänken schlafen. Wir brauchen Investitionen in mehr Grün und Wasserläufe in der Stadt, wir brauchen eine andere Dachflächennutzung, wir brauchen ein hochwertigeres Angebot an Einkaufs- und Verweilmöglichkeiten. Also anstatt noch mehr Drogerien brauchen wir Flagship-Stores, weswegen die Leute auch aus dem Umland dann gerade nicht mehr zu Dodenhof fahren, sondern zu uns nach Bremen kommen, und wir brauchen die Schaffung von Wohnraum. Da könnte zum Beispiel auch das Thema Ansiedlung der Uni eine Rolle spielen, das muss man ja gemeinsam denken, das ist mir schon klar, aber wir müssen endlich einmal ins Machen kommen.

Um all das muss man sich kümmern, und das muss man auch irgendwann einmal umsetzen, und das ist eigentlich meine Hauptkritik. Wenn wir beispielsweise auf Seite 7 der Antworten lesen, was Sie konkret vorhaben, dann lese sich dort in chronologischer Reihenfolge: Es soll ein Konzept geben. Das Nächste ist, es soll noch ein Konzept geben.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Und dann ein Gutachten!)

Dann soll es eine Machbarkeitsstudie geben, dann soll es wieder ein Konzept geben, und auf weiteren Seiten sprechen Sie dann von noch weiteren Prüfungsaufträgen. Es ist ja nicht so, dass nicht genügend Ideen auf dem Tisch liegen. Ja, Analyse, Herr Wagner, darüber haben wir gerade gesprochen: Natürlich muss man einmal analysieren, wo stehen wir, aber es ist ja nicht so, dass wir heute zum allerersten Mal diese Debatte führen. Die führen wir ja seit mindestens dreieinhalb Jahren, seit ich Mitglied in diesem Haus bin, und ich glaube, schon deutlich länger. Das Problem ist doch nicht, dass wir keine Analyse haben, woran es hakt, sondern – –.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wir brauchen einen Innenstadtgipfel!)

Wir brauchen auch keinen Innenstadtgipfel, wir brauchen auch keinen runden Tisch. Der runde Tisch zur Rennbahn hat mich gruseln lassen. Er hat uns keinen Meter vorangebracht, wenn wir da mit 50, 60 Leuten stundenlang gegessen haben. Ich glaube nicht, dass uns das das Tempo bringt, das wir brauchen, sondern wir müssen irgendwann endlich einmal in die Umsetzung kommen. Von den vielen Ideen auf dem Tisch, die wir gern diskutieren können, wird viel Gutes dabei sein, manches auch nicht so Gute, keine Frage, aber wir müssen irgendwann einmal anfangen zu machen, und das bekommen Sie mit diesem rot-grün-roten Senat hier in Bremen einfach nicht hin, sehr geehrte Damen und Herren.

Für mich ist ganz wichtig, dass wir am Ende drei Dinge vorantreiben: Wir brauchen einmal ein einheitliches Verständnis. Wir brauchen ein einheitliches Verständnis davon, was in Bremen in der Innenstadt eigentlich laufen soll, was wollen wir, Punkt eins! Wir brauchen – Punkt zwei, und das spielt da mit hinein – Planbarkeit für die Investoren in dem Moment, wo ein Investor sagt, ich könnte mir vorstellen, hier Geld in die Hand zu nehmen. Es muss uns doch klar sein, dass Bremen das nicht alles selbst zahlen kann. Natürlich brauchen wir privates Kapital. Wenn ein Investor sagt, ich könnte mir das vorstellen, aber solange ich nicht weiß, was mit der Innenstadt passiert und Parkhaus Mitte ja oder nein, man weiß es nicht, Straßenbahn rein, wieder raus, da wird doch kein Investor Geld in die Hand nehmen. Er wird sich zurücklehnen und sagen, ich warte jetzt noch einmal fünf Jahre, und dann schauen wir einmal, was dann ist, aber ich investiere doch hier nicht einen zwei- bis dreistelligen Millionenbetrag, wenn ich gar nicht weiß, was in fünf Jahren ist. Wir brauchen endlich Verlässlichkeit und Planbarkeit für diejenigen, die in dieser Stadt Verantwortung übernehmen wollen. Wir brauchen endlich die Möglichkeit, dass diejenigen in dieser Stadt machen können, die machen wollen.

Das ist mein letzter Punkt: Wir müssen endlich in die Umsetzung kommen. Dieses ständige Hin und Her, alle zwei Jahre wird wieder eine neue Idee durchs Dorf gejagt, dieses Zögern und Zaudern, das ist doch das große Problem, weswegen es mit dieser Innenstadt seit 15, 20 Jahren nicht vorangeht. Hier müssen wir dringend in die Umsetzung kommen, und alles, was ich heute aus den Reihen der rot-grün-roten Koalition gehört habe, lässt mich gruseln und ist für mich nicht nur eine Begründung

dafür, warum es in den letzten 15 Jahren hier nicht vorangegangen ist, sondern es lässt mich auch mit etwas Schaudern in die Zukunft blicken, weil ich der festen Überzeugung bin, dass wir mit diesem Ansatz die Innenstadt nicht entwickelt bekommen werden. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Es war einmal! – Zurufe)

Fünf Minuten, Herr Bücking!

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist unfair! Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe ja eigentlich große Lust, mich jetzt im Einzelnen mit dem Beitrag von Herrn Strohmann auseinanderzusetzen und all den kleinen Ungenauigkeiten und dem vielen Unsinn. Das überspringe ich jetzt, weil ich ja nur fünf Minuten habe und nicht mit „ich war einmal“ anfangen darf.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein, weil Sie gar keine Argumente haben!)

Ich wollte mir jetzt streng nach unserer Arbeitsteilung, die ich mit Frau Dr. Eschen verabredet habe, vornehmen, ein paar Worte zur ökonomischen Lage der Innenstadt zu sagen, und da hatte Herr Wagner auf ein Konjunkturphänomen aufmerksam gemacht. Die Menschen aus der Stadt und aus der Region kommen im Moment in die Stadt und lassen sich hier zählen als Frequenz und tauchen auf in der Gastronomie und im Einzelhandel. So weit, so gut! Das ist ein Konjunkturphänomen. Das ist der Rückstau, der sich aus der Erfahrung der Pandemie ergibt, und die Leute können es nur machen, weil rundherum um den Einzelhandel/um die Innenstadt die wirtschaftliche Basis in der Stadt immer noch gesund ist und die Leute trotz der Zumutungen, die sich aus der Inflation ergeben, noch Einkommen haben. Genießen Sie den Stadtkern, das ist etwas sehr Positives!

Es ist aber zunächst einmal nur ein oberflächliches Phänomen, denn wenn wir vom Strukturwandel der Stadt sprechen, dann geht es ja um viel mehr. Diese Innenstadt ist, das haben wir schon ganz oft besprochen, geprägt von den großen Warenhäusern und diesen großen Blocks, die sich im Laufe des 20. Jahrhunderts gebildet haben, wo auch der Brill dazugehört, und unsere Hoffnung vor sechs

Jahren ist gewesen, dass sich genau diese drei großen Superblocks, die unsere Innenstadt beherrschen, grundlegend umgestalten lassen. Das war das Versprechen von Kurt Zech, als er gesagt hat, ich kaufe Galeria Kaufhof, ich organisiere dieses gesamte Ensemble von Parkhaus, Karstadt und Galeria neu, öffne diesen Block, organisiere Passagen und dergleichen mehr.

Genau dieses Versprechen ist an der kompletten Veränderung der Immobilienökonomie im Laufe der letzten sechs Jahre gescheitert. Es hat sich herausgestellt, dass Kurt Zech die Backen zu dick gemacht hat. Er war nicht in der Lage, Galeria Kaufhof zu kaufen, weil Galeria Kaufhof sich damit hinüberretten konnte, dass sie den Mietvertrag mit Opti gemacht hat. So war diese Hoffnung darauf, diesen Block aufzuknacken, also da Strukturwandel zu organisieren, erst einmal perdu. Ein vergleichbarer Vorgang war das Am Brill. Unsere Hoffnung war, dieses zusammengeklebte Ensemble aus 70 Jahren Sparkassenentwicklung aufbrechen zu können und mit einer neuen Nutzung zu füllen. Das ist missglückt, muss ich ehrlich sagen, an den unvorstellbaren Erwartungen der Schapira-Brüder. Das war nicht möglich, wir konnten das am Schluss nur abblasen. Deswegen steht das jetzt prekär, liegt, und man wartet darauf, dass es ein Einsehen bei den Eigentümern gibt, eine neue Vorstellung vom Preis dieser Immobilie und diesem Standort zu entwickeln. So ist das richtig.

Bei Christian Jacobs ist die Lage anders: Er hat souverän durchgezogen, entwickelt eine Immobilie nach der anderen und wird, nachdem er sich das Essighaus vorgenommen hat, da den Bauplatz hergerichtet hat, auch das Kontorhaus entwickeln. Da findet genau das statt, worauf wir gesetzt haben.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns aber doch klar darüber werden, jenseits aller Fehler, die der Senat bei Tag und Nacht gemacht hat: Die Veränderung der wirtschaftlichen Lage, vor allen Dingen auf dem Immobiliensektor, ist doch dramatisch. Der Immobiliensektor ist in Bezug auf Wohnen um 80 Prozent eingebrochen. Das wird doch keiner bestreiten. Es steht in der Innenstadt heute keiner Schlange, der sagt, ich habe günstig einen Bauplatz bekommen. Ich baue ein hohes Haus, lasse mich von Frau Dr. Reuther beraten. So ist doch nicht die Lage, sondern die Lage ist im Moment so, dass jeder – und zwar unter Einschluss der BREBAU, die sich Gedanken macht über das Parkhaus Mitte – fragen muss, wie man das denn finanzieren kann, welche Nutzungen denn ein neues Gebäude tragen können.

Es ist doch absurd, sich hinzustellen und zu sagen, es bestünde ein Mangel an Entschlossenheit bei den armen Senatoren und Staatsräten und Abteilungsleitern, wenn es schier nicht möglich ist, heute von der öffentlichen Seite aus mit den Leuten auf der privaten Parzelle und ihrem Geldsack auszuhandeln, was denn da entstehen könnte. So ist die Lage im Moment.

(Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

Deswegen ist es ein Glück, dass wir diese Passantenfrequenz haben, deswegen ist es ein Glück, dass wir hier 13 Millionen Euro für Standortwerbung ausgeben konnten und dass wir ein bisschen Städtebaumittel akquirieren konnten, um uns neue Pläne für die nächste Entwicklungsstufe zu machen, aber es ist absurd zu sagen, wir könnten uns heute hinstellen

(Glocke)

und mit schierer Entschlossenheit der Innenstadt ein neues Kapitel aufschlagen. So ist es nicht! – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Bücking, wenn man denn schon anderen vorwirft, dass sie Unsinn geredet haben, sollte man das dann auch noch einmal erklären. Ich möchte noch einmal eines sagen, auch lieber Herr Wagner, das war ja mit den Phrasen: Ich weiß ja, wie es ist, UB-Parteitag, es ist genau das Niveau, das ist auch in Ordnung. Sie sind ja gerade in den Karnevalsveranstaltungen des Wahlkampfes, da muss man das auch einmal sagen. Damit kann ich auch gut leben, das ist auch in Ordnung, und so, wie ich Sie jetzt verstanden habe, ist ja alles super, das ist ja alles toll.

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Keineswegs!)

Das ist das, worüber ich mich ärgere: Ich habe kein einziges Wort über den schlechten Zustand der Innenstadt gesagt, denn ich kenne den Weihnachtsmarkt besser als Sie. Da haben Sie sich enttarnt: Wenn Sie einmal genau hingesehen hätten auf dem Weihnachtsmarkt, können Sie nicht, das ist

kein Vorwurf – -. Auch da haben wir kleine Problemchen,

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Natürlich!)

worauf wir rechtzeitig reagieren müssen. Das war eigentlich mein Grundvorwurf, dass man nicht erst wieder reagiert, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, sondern frühzeitig auf strukturelle Veränderungen reagiert, die sich aus dem Rahmen heraus ergeben haben, aus Internethandel, aus Pandemien und dergleichen. Das war eigentlich mein einziger Vorwurf. Mein einziger Vorwurf war nicht, dass bestimmte Situationen in dieser Stadt so sind, wie sie sind. Ich weiß, was Herr Zech versucht hat. Es hätte klappen können, denn das hat dann auch etwas mit Verhandlungen oder Zocken, könnte man sagen, zu tun. Es hat nicht geklappt. Es hätte auch klappen können, aber die Situation ist so, wie sie ist, und wir müssen uns ehrlich machen.

Was mich nur ärgert, und da geht es nicht um die Kritik gegen die Innenstadt, da geht es nicht um den Leerstand, darum, dass wir einen Drogeriemarkt nach dem anderen bekommen – wahrscheinlich wird ja der Lloydhof jetzt schon voll vermietet sein, das wird ja ein Erfolgsmodell wie in den letzten 30 Jahren –, darum geht es nicht. Meine Kritik geht an diese Regierung, dass sie versucht, sich wieder von einer Wahl in die andere zu heben, und ich habe gesagt, dass wir uns ehrlich machen müssen. Frau Dr. Eschen, Sie haben es auch genau auf den Punkt gebracht, und da sind wir auch an Ihrer Seite – das waren wir übrigens schon immer –, dass wir mehr Wohnen, auch Studenten, junge Leute in die Stadt holen. Das geht über die Uni, Hochschulen, aber auch wohl wissend, dass das nicht so einfach geht, dass man sie nicht einfach da hineinpflanzen kann, und dann läuft das alles.

Die Hochschule ist ja schon in der Innenstadt. Sie ist ja schon in dem ehemaligen Bettenhaus, aber Studenten sind so, wie sie sind: Sie lassen sich nicht von oben etwas erklären nach dem Motto, jetzt müsst ihr hier schön in die Obernstraße gehen und bei REWE Sushi kaufen. Sie suchen sich andere Netzwerke und Aufenthaltsqualitäten. Das kann man nur als Angebot verstehen, und darum geht es im Grunde genommen: Mir geht es darum, dass wir uns ehrlich machen, dass wir schauen, was können wir eigentlich auch als Politik, als Stadt schaffen, und uns nicht immer vorgaukeln, das ist alles toll.

Auch bei Herrn Jacobs: Ja, es ist schön, dass Herr Jacobs dieses Geld hier investiert hat und es wahrscheinlich auch reinvestiert hat, aber am Ende ist

es ein Café, das für uns übrig ist, und das Geld verdient er dann ein bisschen anders. Es ist architektonisch wichtig, es ist ein wichtiger Baustein, aber wenn wir auch weiterhin die Leute in unsere wunderschöne Stadt holen wollen und auch in gewisser Weise Einzelhandel anbieten wollen, dann brauchen wir Laufwege,

(Beifall CDU)

und das ist das Grundproblem. Das ist das eigentliche Grundproblem, das wir seit 40 Jahren kennen.

Einzelhandel hat sich ja nicht erst in den letzten drei Jahren verändert, sondern auf alle Fälle das Verhalten in den letzten 40, 30 Jahren, dass Herr Bücking eben nicht mehr wie früher, weil er eine Hose brauchte, noch zu Karstadt gefahren ist, sondern dass die Menschen heute in die Stadt gehen, Aufenthaltsqualität wollen und vielleicht dann noch etwas einkaufen; dass Einzelhandel ein wichtiger Baustein in einer Innenstadt bleiben wird, aber dass es noch andere Möglichkeiten gibt und dass man Sichtachsen braucht und dergleichen, nur darum geht es uns als CDU.

Auch die Frage einer kleinteiligen Diskussion, worüber ich mich aufgeregt habe, ist genau die Frage, was die Grünen mit der autofreien Stadt machen. Der eine sagt autoarme, die FDP sagt ja jetzt Autostadt. Auch da haben wir als CDU-Fraktion seit etlichen Jahren einen pragmatischen Vorschlag gemacht, dass wir den Stadtkern zwischen Martinstraße und Am Wall autofrei machen. Das ist etwas für die Aufenthaltsqualität, weil wir nach wie vor sehen, wir sind und wollen ein Oberzentrum sein, und wir müssen nicht nur per Fahrrad erreichbar sein. Aus Bassum ist es schwieriger, mit dem Auto, öffentlicher Nahverkehr, das ist damit gegeben. Das ist nur unser Vorschlag zur Diskussion. Deswegen finde ich es nicht so schön, immer zu sagen, ja, die reden das schlecht.

(Glocke)

Einen Satz noch! Kritische Punkte muss man ansprechen, und ich habe heute keinen Satz zur Innenstadt gesagt, sondern nur zu Ihrem politischen Versagen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schäck, ich möchte doch einmal auf das Thema Analyse kommen! Es ist ja schön, dass Sie auch eine Analyse für sich gemacht haben, aber wir hatten ja einen Werkstattprozess mit der Urban Catalyst, der unterstrichen hat, dass es eben unterschiedliche Bereiche der Innenstadt gibt und dass viele Teilbereiche gut funktionieren: Der Bereich des Weltkulturerbes als starker Tourismusmagnet mit dem Dreieck Marktplatz, Schnoor und Böttcherstraße funktioniert gut. Die Schlachte als Erlebnisort und Gastronomieschwerpunkt boomt, läuft gut! Das eigentliche Problem, worauf ja gerade auch Herr Strohmann noch einmal eingegangen ist, ist das Ansgari-Quartier mit seinen Großbauten und die Kaufhausfunktionen herum, und da haben wir doch jetzt gerade als Koalition mit dem Vorschlag, wie wir jetzt mit dem Parkhaus Mitte umgehen wollen, einen Ansatz, wie wir auch vorankommen.

Herr Strohmann, wenn man schreibt, „Drei Jahre nichts passiert“, und dann sieht man, im Balgequartier passiert etwas, wir haben den Busbahnhof, wo etwas passiert, wir haben die GEWOBA, ich sage einmal, das Bundeswehrhochhaus, wo studentisches Leben hineinkommt, wir haben hier in der Obernstraße 45 bis 47 das Objekt, wo das neu gebaut wird: Wie kann man da so eine Überschrift machen und sagen, wir reden ja nichts schlecht?

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Natürlich ist das Schlechtreden, was soll denn das sonst sein?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Es geht um Innenstadtentwicklung!)

Ja, aber das sind doch Punkte der Innenstadtentwicklung! Das ist doch genau das, was wir hier diskutiert haben, dass wir diese vielen kleinen Aspekte brauchen! Wir haben ein großes Bild, wo wir hinwollen mit Belegung der Innenstadt, mit einer Mischung, entsprechend mehr Aufenthaltsqualität. Da sind wir ja in vielen Punkten gar nicht weit auseinander, aber dann muss man doch an diesen vielen einzelnen Punkten arbeiten und nicht eine Überschrift machen „Drei Jahre lang nichts passiert“! – Danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Danke, Herr Präsident! Es waren ja nicht mehr viele Fraktionen übrig.

Präsident Frank Imhoff: Doch, wir haben ja noch eine zweite Runde!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Eigentlich wollte ich mich gar nicht melden, aber der Beitrag des Abgeordneten Strohmann kann ja so nicht stehen bleiben, weil –. Ein paar Punkte hat mein Kollege Herr Tebje schon gesagt: Es gibt eine Erfolgsgeschichte, und da werden hier auch Legenden gebildet, mit oder ohne Wahl. Ich finde, man kann und darf dann auch nicht alles auf die Wahl schieben, aber ein paar Punkte muss man einfach sagen.

Die Aussage, Herr Schäck, der Einzelhandel blutet aus, steht jedenfalls im Widerspruch zur CityInitiative, die sagt, wir haben Ansiedlung, es geht voran.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Traditionshändler sind einer nach dem anderen weg! – Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Das ist nicht so zufriedenstellend, aber dass das ausblutet, steht im Widerspruch zur Aussage der CityInitiative und steht auch im Widerspruch zum Innenstadtgipfel und zur Rückmeldung aus dem Einzelhandel. Das muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen,

(Beifall SPD)

dass Sie zwar eine Meinung haben, aber dass sie sich offensichtlich nicht mit denen in der Innenstadt deckt.

Zweiter Punkt, die Frage des Weihnachtsmarktes! Jetzt glaube ich nicht, dass der Kollege Strohmann der Einzige ist, der vom Weihnachtsmarkt Ahnung hat.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Nein, das glaube ich auch nicht! – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

Wir haben uns in der Wirtschaftsdeputation nach dem Weihnachtsmarkt mit dem Wirtschaftsressort hingesetzt und haben gefragt, wo stehen wir jetzt eigentlich, weil das eine besondere Klientel ist, weil sie sehr unter Corona gelitten hat, weil wir da eine besondere Verantwortung haben, weil wir 80 Schausteller, die ihren Betrieb in Bremen haben, hier angesiedelt haben und weil wir uns mit dem

Konzept und dem Abstand und guten und schlechten Plätzen auch weit im Vorfeld gekümmert haben. Die Rückmeldung der Schausteller war, die Einnahmeseite – und am Ende kommt es darauf an – nach diesem Weihnachtsmarkt war besser denn je, und alle waren zufrieden. Das muss man auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall SPD – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Sehen Sie, und das ist das Problem!)

Wenn Sie hier sagen, Sie haben nicht gesagt „schlechter Zustand der Innenstadt“, Herr Kollege Strohmann, dann kann ich nur sagen, das steht unter Punkt 1 f in Ihrer Anfrage.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ich rede ja von der Debatte!)

Darin steht, man soll sich hier zum schlechten Zustand der Innenstadt äußern, und es wird alles ignoriert, was hier gut ist. Das ist unfair gegenüber den Händlern und der Innenstadt.

(Beifall SPD)

Letzter Punkt, und zwar für die Zukunft: Ich bin mir total sicher, dass es besser ist, dass diese Koalition weiterregiert, denn, Herr Kollege Strohmann, wenn man hier Investorenschelte betreibt, wenn man sagt, Jacobs ist letztendlich nur ein Café, dann vertreibt das Investoren und ist wirtschaftsfeindlich. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

(Zurufe)

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Es tut mir leid! Liebe Frau Präsidentin! Lieber Herr Stahmann, die Lautstärke ist nicht entscheidend.

(Zurufe – Abgeordneter Volker Stahmann [SPD]: Faktisch!)

Genau!

(Abgeordneter Volker Stahmann [SPD]: Investorenschelte!)

Ich will noch einmal auf den Eingang mit dem Weihnachtsmarkt – -. Genau das ist das Problem,

und das ist noch nicht einmal als Vorwurf gedacht: Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass wir zum Beispiel beim letzten Weihnachtsmarkt circa 30, 40 Beschicker weniger hatten als davor. Das ist erst einmal, wenn er gut läuft, für die anderen mehr, das ist ja einfach so. Wenn man sich aber einmal die Branchen dann genau ansieht, weiß ich nicht, ob das der richtige Weg ist, denn wir alle, wenn wir über den Weihnachtsmarkt diskutieren, wollen ja nicht nur essen und trinken, sondern ja auch Kunsthandwerk und solche Sachen.

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

Frau Krümpfer, jetzt ist ja gut! Das hat auch andere Gründe. Das hat jetzt nichts mit der Regierung zu tun. Ich möchte nur darauf hinweisen, das sind andere Faktoren, dass man sich frühzeitig fachlich solche Entwicklungen anschaut, um gegebenenfalls noch rechtzeitig gegenzusteuern, und dieser Weihnachtsmarkt ist so ein klassisches Beispiel dafür, was mein Vorwurf ist: dass man nicht frühzeitig auf bestimmte Fehlentwicklungen reagiert, die in dieser Innenstadt passiert sind, das „L“, kein Rundlauf zum Beispiel. Das ist eigentlich meine Kritik, nicht mehr und nicht weniger.

Noch einmal, ja, ich bleibe dabei: Es ist gut, dass Herr Jacobs das investiert hat, das ist architektonisch für die Stadtentwicklung wichtig, aber es rettet nicht den Einzelhandel in Bremen, denn es ist am Ende nur ein Bäcker.

(Abgeordneter Volker Stahmann [SPD]: Aber es ist mehr als ein Café! Das ist Investorenschelte! Das schädigt uns, alle!)

Ja, ist gut!

(Abgeordneter Volker Stahmann [SPD]: Ja!)

Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Staatsrätin Gabriele Nießen.

Staatsrätin Gabriele Nießen: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte, zugegebenermaßen wenige, Zuschauer! Ich hatte gehört, Herr Strohmann, die Senatorin hat sich bei Ihnen entschuldigt, dass sie nicht an der Sitzung teilnehmen kann.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Sie hat ein Battle mit Senator Mäurer!)

Ich mache das noch einmal hier für alle hörbar, und Sie hatten ja auch gesagt, es ist kein Wahlkampf. Ich muss sagen, in der Debatte hat es sich ein bisschen so für mich angehört.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Die haben aber angefangen!)

Einmal ein paar Grundsätze vorweg! Ich glaube, wir haben keinen Dissens: Es gibt viel zu tun, es ist eilbedürftig, und es ist dringend, und es gibt auch keinen Dissens darüber, dass der Strukturwandel in den Innenstädten nicht nur eine Bremensie ist.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Genau!)

Das trifft alle Großstädte – egal, ob Digitalisierung, verändertes Käuferverhalten und der Strukturwandel im Allgemeinen, aber ich hätte mir gewünscht, Sie wären mit offenen Augen durch die Stadt gegangen,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

weil ich sehe, dass abgerissen wird, dass gebaut wird und dass modernisiert wird, und ich schaue jetzt einmal zu Herrn Zillich, er kommt jetzt noch ein paarmal mehr vor.

Gestern hat sich der Beirat, der das Projektbüro Innenstadt begleitet, in einer Sitzung konstituiert. Die Hälfte sind Bremerinnen und Bremer, und die Hälfte sind auswärtige Experten. Mit denen sind wir durch die Stadt gegangen – eine schöne Stadt: gute Ansätze, viel Potenzial!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen, Herr Strohmann – und das habe ich nicht bei Herrn Tebje abgeschrieben, das steht bei mir auch! –, finde ich es nicht gut, dass Sie so ein düsteres Bild von unserer Innenstadt zeichnen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das tut uns nicht gut, das tut unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht gut, und ehrlich gesagt tut es auch unserer Außerdarstellung bei den Menschen, die wir für einen Besuch in unserer Stadt gewinnen wollen, nicht gut.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich war gestern bei schlechtem Wetter – Rosenmontag in vielen anderen Städten – im Schnoor und in der Böttcherstraße, und es war voll, und es war gut besucht, und ich zitiere noch einmal, Herr Wagner hat es erwähnt: „Die Besucherzahlen sind höher als vor Corona.“ Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist unsere Innenstadt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen teile ich auch den Titel Ihrer Großen Anfrage nicht, in dem steht – jetzt habe ich auch verstanden, bei dem „wieder“, das ist ja noch mehr als drei Jahre zurückgehend gewesen –, dass drei Jahre wieder nichts passiert ist. Das teile ich ausdrücklich nicht, denn auch eine konzeptionelle Vorarbeit ist wichtig, um die richtigen Entscheidungen für eine Innenstadt zu treffen.

Ich gehe jetzt gar nicht mehr auf das Konzept von 2014 ein, das haben Sie ja –.

(Unruhe CDU – Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Also jetzt zuzuhören, wäre schon respektvoll! – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ach so, Entschuldigung! Ja, Entschuldigung!)

Vielen Dank!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, so bin ich immer!)

Zum Konzept 2014 haben Sie ja schon viele Fragen in der Großen Anfrage gestellt, aber wenn Sie die Antworten gelesen haben, werden Sie auch bei den Antworten festgestellt haben, dass man gebaute Wirklichkeit schon sehen kann. Ich zumindest sehe ein Hotel und ein Parkhaus am ZOB, das fertiggestellt ist. Jetzt hätte ich extra für Herrn Saxe gesagt, okay, die Bepflanzung lässt noch zu wünschen übrig, aber er ist jetzt nicht mehr da. Ich sehe eine große Baustelle am Bundeswehrhochhaus – auch eine Maßnahme dieses Konzepts –, und weil das Thema Wohnen in der Innenstadt angesprochen wurde, kann man im Bereich der ehemaligen Stephani-Schule sehen, wie auch Wohnen in der Innenstadt funktionieren kann. Selbstverständlich ist unser Bebauungsplan, der das zulässt, schon ein paar Jahre alt, und es hat gedauert, bis er Wirkung zeigt, aber jetzt haben wir Anträge für 200 weitere neue Wohneinheiten in der Innenstadt vorliegen, und das wird unsere Innenstadt beleben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Stahmann, vielen Dank, dass Sie es so prägnant zusammengefasst haben! Auch auf meinem Zettel stehen das Balgequartier und das Jacobs Haus, und ich finde es sehr wichtig, dass wir Investoren und Bauherren haben, die sich mit unserer Stadt identifizieren, die sich mit der Geschichte der Stadt identifizieren, ein Jacobs Haus in der Obernstraße bauen, eine denkmalgeschützte Stadtwaage umnutzen und nach Schaffung des Planungsrechts auch ein neues Essighaus bauen. Das ist für mich kein Café, Herr Strohmann, sondern eine richtige Quartiersentwicklung mitten in unserer Innenstadt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Darüber hinaus muss ich sagen, ich habe ja verstanden, Konzepte mögen Sie nicht so leiden, aber wir haben uns entschieden, das Konzept für die Innenstadt im Jahr 2019 schon fortzuschreiben.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Nein, sie müssen nur einfach einmal umgesetzt werden!)

Ich muss darauf hinweisen, das war vor der Pandemie und vor einer Kriegssituation, das heißt, wir haben uns zu einem Zeitpunkt konzeptionell aufgestellt, wo das dringend erforderlich war, und das Konzept im Jahr 2021 vorgelegt, um es jetzt auch umsetzen zu können. Ergänzend – und ich schaue noch einmal kurz zu Frau Dr. Eschen – ist es wichtig, den Vorschlag haben wir gern aufgegriffen, dass wir jetzt dann auch dazu berichten, welche Maßnahmen aus diesem Konzept auch schon umgesetzt worden sind.

Für alles, was es in der Innenstadt zu tun gibt, braucht es auch Geld, der ökonomische Faktor ist gerade schon angesprochen worden. Deswegen haben wir uns für unsere Innenstadt – und das kann nicht jede Innenstadt von sich sagen – Fördermittel in Höhe von sechs Millionen Euro über das Programm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ besorgt. Das hilft uns in der Entwicklung enorm weiter.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Mit diesen sechs Millionen Euro, für die das Projektbüro Innenstadt verantwortlich zeichnet, wird ein innovatives – jetzt schaue ich noch einmal zu Herrn Zillich – Leerstandsmanagement auf den Weg gebracht. Herr Schäck, Sie hatten, glaube ich, von Dachlandschaften gesprochen, die spielen da auch eine Rolle, auch in der Begrünung und im PV.

Es geht bei dem ZIZ-Programm auch um die Transformation unserer Parkhäuser, das Parkhaus Mitte und das Parkhaus Katharinenklosterhof. Das heißt, auch da habe ich eine klare Antwort für Sie: Wir haben Strukturen geschaffen, damit sich um die Innenstadt gekümmert wird. Das haben wir mit dem Projektbüro gemacht. Das Team ist da, die Räume sind bezogen, die Netzwerke, Herr Zillich, hat er gestrickt und geknüpft, und deswegen haben wir zum Ausdruck gebracht, wie wichtig uns die Innenstadt ist, indem wir das in eine kompetente und verlässliche Hand geben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Zum Parkhaus Mitte – ich komme jetzt auch noch zu den großen Projekten, es ist immer erschreckend, wie schnell diese Uhr hier läuft! – muss ich auch noch einmal sagen: Vielen Dank an alle Vordredner! Wir haben versucht, ein Projekt auf den Weg zu bringen. Die Rahmenbedingungen haben sich verändert, es hat nicht funktioniert, und ich möchte ausdrücklich betonen, wie schnell der Senat reagiert und auch vereinbart hat, auf eine Interessenbekundung der BREBAU zu reagieren. Im Sommer dieses Jahres soll der Kaufvertrag endgültig abgeschlossen werden, der Wettbewerb beginnen, und das alles auf der Basis des jetzt schon geltenden Bebauungsplans.

Kommen wir zur Entwicklung des Campus in der Innenstadt! Auch hier möchte ich noch einmal einen vorhin genannten Satz aufgreifen. Ja, wir haben die Immobilie gewechselt, aber das Prüfen von Alternativen und das Entscheiden für die bessere Variante, das ist das, was man im richtigen Umgang mit Städtebau und Stadtentwicklung machen muss.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Der letzte Punkt: Wenn man ungeduldig ist, weil noch nicht fertig gebaut ist, ist es nach meiner Einschätzung genau das richtige Instrument – –. Herr Strohmann, Sie hören mir noch zu, oder?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Natürlich! Selbstverständlich!)

Sehr schön, vielen Dank!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Frau Staatsrätin, Ihnen am liebsten!)

Sehr schön, vielen Dank! Es ist genau das richtige Instrument, auch in der Zwischenzeit die Innenstadt zu bespielen. Das haben wir mit dem Aktionsprogramm und dem Zukunftsfonds Innenstadt für 13 Millionen Euro erfolgreich gemacht. Der Open Space ist vorhin schon genannt worden, der gern besucht wurde und wirklich ein Erfolgsprojekt war.

Wenn Sie jetzt auf den Brill fokussieren, kann ich Sie nur herzlich einladen, einmal ins Klima-Bauzentrum zu gehen, auch ein Projekt, das wir in der Innenstadt entwickelt haben und das zum richtigen Zeitpunkt für Menschen, die in der Energiekrise eine Beratung brauchen, dort eine kompetente Anlaufstelle ist.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Deswegen, zusammenfassend in meinen letzten 25 Sekunden: Ich teile Ihre Auffassung nicht, dass nichts passiert ist,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist Ihr gutes Recht!)

sondern wir haben viel auf den Weg gebracht. Jetzt gilt es, noch Weiteres umzusetzen, damit unsere Innenstadt im Wettbewerb der anderen Großstädte so konkurrenzfähig ist, dass sie gern besucht wird

und wir hier viele weitere Besucherinnen und Besucher haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache [20/754 S](#), auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Meine Damen und Herren, hiermit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt.

Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg oder wohin auch immer Sie jetzt fahren!

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung um 19:13 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfrage aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 21. Februar 2023

Anfrage 10: Doppelbesetzungen an Grundschulen in Bremen im zweiten Schulhalbjahr 2022/2023

Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwaser, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 14. Februar 2023

Wir fragen den Senat:

Auf Grundlage welcher pädagogischer, sozio-ökonomischer oder anderweitiger Erwägungen werden personelle Ressourcen für sogenannte Doppelbesetzungen zu unterrichtlichen Zwecken generell auf Grundschulen in Bremen verteilt?

Über welche pädagogischen Qualifikationen müssen besagte Kräfte regelmäßig verfügen, um im Rahmen einer derartigen Doppelbesetzung zu unterrichtlichen Zwecken innerhalb der Schulen in Bremen zum Einsatz kommen zu können?

Welche konkreten Grundschulstandorte in Bremen verfügen über eine wie geartete personelle Ressourcenausstattung (Vollzeitäquivalent, schulscharfe Darstellung), um Unterricht im zweiten Schulhalbjahr 2022/2023 verlässlich in Doppelbesetzung erteilen zu können, und wie viele dieser einzelnen Stellen sind gleichwohl aktuell vakant?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die Auswahl der Schulen erfolgt in der Reihenfolge entsprechend den Sozialindikatoren.

Zu Frage 2: Die Kräfte müssen entweder über eine staatliche Anerkennung als Erzieher:in beziehungsweise eine vergleichbare pädagogische Qualifikation oder über nachgewiesene mehrjährige berufliche Erfahrungen in der Tätigkeit mit Kindern oder Jugendlichen verfügen. Begrüßt wird zudem eine abgeschlossene Berufsausbildung in einem pädagogischen Ausbildungsberuf oder eine pädagogische Weiterbildung. Für Kräfte, die nicht über eine staatliche Anerkennung als Erzieher:in verfügen, ist eine berufsbegleitende Qualifizierung verpflichtend.

Zu Frage 3: Bis Ende 2023 ist in der Stadt Bremen die Besetzung von umgerechnet 35 Vollzeitäquivalenten als „Doppelbesetzungen“ durch pädagogische Fachkräfte möglich. Davon sind 20 Stellen über den Bremen-Fonds finanziert. Bisher konnten 22 Vollzeitäquivalente besetzt werden. Acht weitere Personen befinden sich im Besetzungsverfahren. Da absehbar ist, dass damit nicht alle zur Verfügung stehenden Stellen besetzt werden können, wird eine erneute Ausschreibung unmittelbar erfolgen. Zu beachten ist, dass diese pädagogischen Fachkräfte über ein ähnliches Qualifikationsprofil verfügen wie das zum Beispiel zur Sicherung des Ganztagsbetriebs eingesetzte nicht unterrichtende pädagogische Personal. Zur Beurteilung der Gesamtsituation ist es insoweit wichtig, auch die Einstellungen in diesem affinen Arbeitsbereich in die Betrachtung einzubeziehen. Im laufenden Doppelhaushalt konnten in diesem Bereich insgesamt 24 Stellen besetzt werden.

Die erbetene schulscharfe Auflistung ist im Rahmen der mündlichen Beantwortung dieser Anfrage nicht möglich, kann aber gern im Rahmen einer Sitzung der Deputation Kinder und Bildung nachgereicht werden.